Die Berliner Umweltzeitung Dezember 2014 / Januar 2015

DER RABE RALF

Herausgegeben seit 1990 von der GRÜNEN LIGA Berlin e.V. - Netzwerk ökologischer Bewegungen

Das Olympiadiktat der Funktionäre - Ausrichtervertrag und IOC Seite 3

Zerstörung grüner Lunge - 5.000 Wohnungen auf der Elisabethaue Seite 9

Stadt, Migration, Neue Nachbarn - „Flüchtlinge“ als Neu-Berliner Seiten 12

Zwei-Grad-Ziel gefährdet

Keine Überraschungen im neuen Klimabericht - Abschaltung von Kohlekraftwerken gefordert

Heißere Sommer, mildere Winter, Dürren, Überschwemmungen und Orkane: Die Folgen des Klimawandels sind schon heute spürbar, doch der Klimaschutz tritt auf der Stelle. Der Klimagipfel im September in New York führte trotz weltweiter Demonstrationen zu keinem konkreten Ergebnis. Anfang November hat der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change, was so viel heißt wie „Gremium der Regierungen für den Klimawandel“) seinen Synthesebericht zum Klimawandel veröffentlicht. Dieser Bericht bildet den vierten und letzten Teil des fünften Sachstandsberichts, den der IPCC seit 2013 vorgelegt hat. Er fasst den Zustand des Klimas auf unserer Erde zusammen und enthält vor allem auch Prognosen bis zum Jahr 2100 und darüber hinaus.

Diese Vorhersagen überraschen

Fortsetzung auf Seite 4/5

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung
betterplace.org www.betterplace.org/de/projects/8212
Jetzt spenden

PVSt - DPAG - A 14194 - VI (2014) - Entgelt bezahlt • GRÜNE LIGA Berlin e.V., Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin, Tel. (030) 44 33 91-47/-0, Fax -33 • ISSN 1438-8065 • 25. Jahrgang, Nr. 183

Liebe RABE RALF-Leser_innen,

Heißere Sommer, mildere Winter, Dürren, Überschwemmungen und Orkane: Die Folgen des Klimawandels sind spürbar, doch der

EditoriaL

Klimaschutz tritt auf der Stelle. Anfang November wurde der neue Weltklimabericht veröffentlicht. Er fasst den Zustand des Klimas auf unserer Erde zusammen. Der Inhalt des Berichts überrascht nicht, sondern bestätigt lediglich, was schon bekannt ist: Es steht nicht gut um unseren Planeten, wenn nicht endlich entschiedener und konsequenter gegen die Klimaerwärmung vorgegangen wird. Lesen Sie dazu unser Titelthema.
Weiteres Thema dieser Ausgabe ist unter anderem „Stadt, Migration und Neue Nachbarn" ein Beitrag zur aktuellen Flüchtlingsdebatte in Berlin aus etwas anderer Perspektive.
Damit DER RABE RALF auch 2015 umfassend über umweltrelevante Themen berichten kann, brauchen wir mehr Abonnent_innen und Ihre Unterstützung durch Spenden. Deshalb möchte ich auf unseren Spendenaufruf hinweisen.
Die Redaktion wünscht viel Spaß bei der Lektüre der neuen Ausgabe, frohe Feiertage sowie ein gutes neues Jahr 2015. Für Anregungen, Kritik und Lob sind wir immer dankbar - schreiben Sie uns!
raberalf@grueneliga.de

Jochen Mühlbauer

Aus dem Inhalt

Das Olympiadiktat der Funktionäre . . . 3
Klima - zwei-Grad-Ziel gefährdet 4/5
E-Mobilität: Lösung oder Luftnummer? 6
Vattenfall - Klima-Etikettenschwindel . . 7
Noch mehr „Bauwut" in Pankow. 8
Zerstörung grüner Lunge geplant. 9
Tierschutz völlig vernachlässigt 10
Infodienst Gentechnik. 11
Stadt, Migration und Neue Nachbarn . 12
Pilz und Vogel des Jahres 2014 13
Umweltschulen – jetzt umdenken! . . . 14
NGR - Der vergessene Vordenker . . . 15
ZeitzeicheN 2014 - die Preisträger 16/17
Tschechien: Wahlen und Braunkohle . 18
Polen: Erfolgreich gegen Fracking . . . 19
Arbeitslosigkeit und Energiewende . . 20
Wandermeilen zur Gesundheit 21
Deutscher Umweltpreis 2014 22

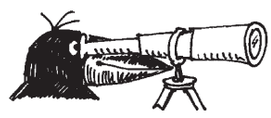
Ralf Kocht 24
Global Classroom. 25
Umweltbibliothek 23/26/27
Termine/ Kleinanzeigen 28/29
Impressum 30
Umwelt-Adressen 31

GRÜNE LIGA Berlin 2015

Beschlüsse der Landesmitgliederversammlung

Auf der Landesmitgliederversammlung der GRÜNEN LIGA Berlin am 21. November wurden von den Mitgliedern folgende Schwerpunkte für die politische Arbeit im nächsten Jahr beschlossen: Stadtgrün und Umweltbildung - IGA 2017, Giftfreies Berlin und NOlympia - keine Berliner Olympiabewerbung 2024/28.

Weitere Höhepunkte für die GRÜNE LIGA Berlin im nächsten Jahr werden das 20. UMWELTFESTIVAL am 13./14. Juni und in der zweiten Jahreshälfte der 25. Geburtstag des Vereins sein. *jm*



Vorstand der GRÜNEN LIGA Berlin (v.l.n.r.): Schatzmeisterin Sandra Kolberg, Vorsitzender Leif Miller, stellvertretender Vorsitzender Dr. Torsten Ehrke

Foto: GRÜNE LIGA Berlin

Festveranstaltung 25 Jahre GRÜNE LIGA

Am 6. Februar 2015 gibt es einen guten Grund zum Feiern

Der Bundesverband der GRÜNEN LIGA lädt Mitglieder, Unterstützer_innen und Freund_innen ganz herzlich zum offiziellen Festakt mit Grußworten, Buffet, Musik und Spendentombola ein. Die Festrede hält Prof. Dr. Dr. Klaus Töpfer. Darüber hinaus gibt es Impulsreferate vom Ehrenvorsitzenden Klaus Schlüter und René Schuster (GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus). Anstelle von Geschenken wünscht sich der Bundesverband GRÜNE LIGA e.V. neue Mitglieder.

Die Feierlichkeiten finden am Freitag, dem 6. Februar 2015, ab 18 Uhr im Robert-Havemann-Saal, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin (Tram M4 ab Alexanderplatz bis „Am Friedrichshain") statt.

Um Anmeldung wird bis zum 10. Januar 2015 gebeten unter 25jahre@grueneliga.de. *jm*

Weitere Informationen: www.grueneliga.de

Spenden Sie für den RABEN RALF!

Mit ihren kritisch-sachlichen Artikeln zu umweltrelevanten Themen aus Berlin und dem Rest der Welt möchte unsere Umweltzeitung DER RABE RALF auch 2015 alle Leser_innen zum Nachdenken und Mitmachen anregen sowie für ökologisches Verhalten sensibilisieren.

Deshalb bitten wir Sie um Ihre Unterstützung durch Spenden!

Abonnieren Sie den RABEN RALF! Oder verschenken Sie ein RABEN-Abo für nur 20 Euro im Jahr!

Helfen Sie uns mit einer einmaligen Spende, damit der RABE RALF auch im Jahr 2015 alle zwei Monate weiter flattern kann. Auch kleinere Beträge wie zum Beispiel 5 Euro nützen uns sehr!

In dieser Ausgabe finden Sie außerdem unseren Spendenaufruf.

Bankverbindung:
GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft Berlin
IBAN: DE75 1002 0500 0003 0605 15
BIC: BFSWDE33BER

Verwendungszweck:
RABE RALF

Sie können auch Online spenden unter:
www.raberalf.grueneliga-berlin.de
www.spenden.grueneliga-berlin.de

Das Diktat der Funktionäre

Reihe zu Olympia – Schwerpunkt: Ausrichtervertrag und IOC

Für kurze Zeit hätte man meinen können, dass der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) an Partizipation der Bürger_innen Berlins wie auch der kritischen NOlympia-Bewegung interessiert ist, ja, einen ernsthaften Dialog anstrebt – doch weit gefehlt.

Am 28. Oktober griff der DOSB sich selbst vorweg und verkündete, dass sich Deutschland definitiv mit einer Stadt beim Internationalen Olympischen Komitee (IOC) um die Austragung der Olympischen Spiele 2024 bewerben wird. Die Entscheidung, oder zumindest die öffentliche Bekanntmachung, ob sich der DOSB mit Hamburg oder Berlin bewirbt, ist dabei auf den 21. März 2015 verschoben worden. Damit entmündigt er die Bürger_innen beider Städte, weil er ihnen die Möglichkeit über eine Abstimmung zur Bewerbung nimmt, denn zeitlich ist eine solche Entscheidungsbeteiligung bis März 2015 nicht möglich.

Indes lieferte ein Gespräch zwischen dem DOSB und dem Bündnis NOlympia Berlin ähnlich ernüchternde Erkenntnisse. Der Termin machte deutlich, dass der DOSB fern der Realität vom flammenden olympischen Großevent träumt. Weder waren die desaströse Haushaltssituation des Landes Berlin noch das bereits vorhandene und unter mehrjähriger Bürgerbeteiligung realisierte Nachnutzungskonzept für die Flächen des Flughafens Tegel, wo nun das olympische Dorf geplant wird, bekannt. Alfons Hörmann, Präsident des DOSB, gab sich ganze 20 Minuten die Ehre, dem Gesprächstermin beizuwohnen. Das Thema „Knebelverträge“ *(Host-City-Vertrag)* spielte bei dem Termin übrigens eher eine untergeordnete Rolle.

Die Vertragsinhalte

Der „Vertrag für die Gastgeberstadt“ – auch *Ausrichtervertrag oder Host-City-Vertrag* genannt – für die Olympischen Spiele wird zwischen IOC und der Stadt sowie dem Nationalen Olympischen Komitee geschlossen und verpflichtet die Stadt zur Planung, Organisation und Austragung der Spiele. Wesentliche Bestandteile dieser Regelungen sind die Geschäftsbedingungen, Exklusivrechte der Funktionäre, die Nutzung der gesamten olympischen Symbolik – kurz: das Finanzielle. Der Vertrag besteht aus etwa 60 Seiten, die durch Technische Anweisungen im Umfang mehrerer tausend Seiten vollendet werden (zum Vergleich: Oslo setze man ein Gesamtwerk von 5.689 Seiten vor).

Weiterhin wird der Ausrichterstadt die gesamtschuldnerische Haftung übertragen. Bislang gibt es kein Beispiel der Austragung Olympischer Spiele mit positiver Bilanz - nebst inflationär bedingter Steigerungen der Baukosten kann in der Regel mindestens mit einer Vervierfachung des veranschlagten Budgets gerechnet werden. Darüber hinaus beansprucht das IOC Steuerfreiheit für sich.

Einen insbesondere ökologisch relevanten Vertragsinhalt stellt die Bereitstellung der sogenannten „Olympic Lane“ dar – eine gesonderte Fahrbahnspur, die es den Funktionären (40.000 offizielle Gäste und Sportler sowie die circa 25.000 Sponsoren) ermöglicht, bei Dauergrünschaltung durch die Stadt zu rasen. Quer durch London wurden 2012 während der Olympischen Spiele über 175 Kilometer Ampeln neu getaktet, Barrieren errichtet und neue Abbiegeregeln eingeführt. Die Folge war ein Dauerstau.

Sonderfahrspur für Promis und Funktionäre, London, 2012

Foto: realjv - www.flickr.com/photos/realjv/7664070802/sizes/o/

Interessant gestaltet sich auch das Unterzeichnungsprocedere: Noch bis unmittelbar vor Abschließen des Vertrags kann das IOC einseitige Änderungen am Entwurf vornehmen. Die finale Fassung wird der Ausrichtungsstadt erst unmittelbar vor Unterzeichnung vorlegt – welche, wie es der Zufall will, zeitgleich mit der offiziellen Verkündung der Ausrichterstadt in einem Nebenzimmer stattfindet. Die Blamage, nach der ehrenvollen Bekanntgabe des Ausrichtungsortes einen Rückzieher zu machen, gibt sich dann zumeist niemand mehr. Mit Vertragsunterzeichnung verkauft sich die Ausrichterstadt für lange Zeit an Banken und IOC – und gibt fundamentale demokratische Rechte aus der Hand.

Reform(un)fähig?

Am 18. November stellte IOC-Präsident Thomas Bach erstmalig seine 40 Reformvorschläge, die er selbst „Agenda2020“ nennt, vor. Das Erst-Publikum war ein ausgewählter Kreis von Sportler_innen. Der Aussage, Olympia würde sich zukünftig wieder mehr seinen Athletinnen und Athleten widmen, sollte damit mehr Esprit verliehen werden.

Wie ernst gemeint sind die Reformvorschläge? Durchaus begrüßenswert sind Vorstöße, die sexuelle Orientierung unter dem Gesichtspunkt des Entgegenwirkens von Diskriminierung als zusätzlichen Punkt in die olympische Charta aufnehmen zu wollen und sich eine Kostenreduzierung und mehr Transparenz im Bewerbungsverfahren vorzunehmen.

Jedoch sind die Vorschläge reich an Placebos. So ist beispielsweise nicht genau erkennbar und so auch für die Bürger_innen nicht nachvollziehbar, wo die Kostenreduzierungen greifen sollen. Auch die Veröffentlichung des Ausrichtervertrags ist kein wirklicher Schritt mehr in Richtung von mehr Transparenz, da bereits Oslo den Vertrag erstmals in Gänze veröffentlichte. Eine Veröffentlichung VOR einer Bewerbung und Befragung der Bürger_innen wäre ein deutliches Signal für mehr Partizipation und Transparenz, aber darauf kann man sich wohl ebenso wenig verlassen wie auf einen plötzlichen einsetzenden Geldsegen beim Berliner Senat. Schleierhaft bleibt ebenso, wie ein eigener und ganzjährig verfügbarer TV-Kanal die Geschäftspraxis und die Profitmaximierung des IOC verändern soll.

Zur Komposition des IOC findet sich unterdes wenig Neues. Das Elementare bleibt unverändert: Das Höchstalter der Mitglieder bleibt bei 70 Lebensjahren, mit der Option auf eine einmalige vierjährige Verlängerung und die Mitgliederzahl bleibt auf 115 begrenzt. Inwiefern diese alten Herren (und die eine Frau), zu Reformen fähig sind, ist durchaus fraglich. Darüber hinaus enthalten die Reformvorschläge keine wesentlichen neuen Inhalte, vieles fände sich laut Walther Tröger (85), Ehrenmitglied des IOC, bereits im Kongress von Kopenhagen im Jahr 2009 wieder. Umgesetzt wurde seitdem nichts.

Fazit

Die Demokratiewahrnehmung des IOC entspricht nicht westlichen, demokratisch geprägten Staaten. Nicht ohne Grund nehmen Bewerbungen aus diesem politischen Spektrum kontinuierlich ab. Für die Winterspiele 2022 stehen nur noch Peking (China) und Almaty (Kasachstan) zur Auswahl. Für das IOC sei das kein Problem, man entscheide aus dem Bauch heraus, so Tröger weiter in der Hamburger Morgenpost.

Besonders eindrucksvoll ist auch Bachs Verständnis von Partizipation. Im Interview mit der BILD sagte er: „Ist ein Bürgerbegehren tauglich, um Großprojekte zu legitimieren? Ich sehe manchmal eine gewisse Mutlosigkeit mit einer gewissen Selbstzufriedenheit in einigen Ländern, wo man Projekte nicht in Angriff nimmt, weil es allerlei Bedenken gibt”.

Angesichts der personellen Aufstellung des Internationalen Olympischen Komitees sind keine fundamentalen Änderungen an die Herangehensweise und Durchführung Olympischer Spiele zu erwarten. Da der Host-City-Vertrag in seinem Umfang rechtliche Verbindlichkeit genießt, sind weder bescheidenere noch angemessene Spiele realistisch, wenn dieses in den Verträgen nicht niedergeschrieben ist.

Das IOC ist mit seinem kleinstmöglichen Maß an Verpflichtung und seiner maximalen Ausschöpfung an Rechten kein Vertragspartner für eine weltoffene (und finanzschwache) Stadt wie Berlin.

Janine Behrens

Weitere Informationen:
www.nolympia-berlin.de

Spendenaufruf für NOlympia!

Sie möchten nicht, dass Milliardengewinne an das IOC fließen, während die Stadt leer ausgeht? Dann unterstützen Sie die NOlympia-Kampagne mit einer Spende. Wir freuen uns über jeden Beitrag – herzlichen Dank!

Spendenkonto:
GRÜNE LIGA
IBAN: DE75100205000003060515
BIC: BSWDE33
Verwendungszweck:
NOlympia-Kampagne

Fortsetzung von Seite 1: ***Zwei-Grad-Ziel gefährdet***

nicht, sondern sie bestätigen lediglich, was schon bekannt ist: Es steht nicht gut um unseren Planeten, wenn nicht endlich entschiedener und konsequenter gegen die Klimaerwärmung vorgegangen wird. Wenn wir so weitermachen wie bisher, wird sich die bodennahe Atmosphäre der Erde bis zum Jahr 2100 im Durchschnitt um bis zu 5,4 Grad Celsius erwärmen und der Meeresspiegel bis zu 82 Zentimeter höher sein als heute. Auch wenn dieser Anstieg des Meeresspiegels relativ harmlos klingt, würde er doch weite Teile der dicht besiedelten Küstengebiete überfluten und Millionen Menschen zur Umsiedlung zwingen.

Es gibt zwar immer noch Skeptiker, die behaupten, der anthropogene Klimawandel sei ein Lügenmärchen. Doch dass wir Menschen zur Erwärmung der Erde beitragen, kann mit hoher Sicherheit gesagt werden. Seit 1880 ist die Temperatur an den Oberflächen der Kontinente und Ozeane schon um 0,85 Grad Celsius gestiegen. Aufgrund des globalen Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums ist der Treibhausgasausstoß, welcher bekanntlich die Hauptursache der Erwärmung ist, momentan auf dem höchsten Stand seit der vorindustriellen Zeit. Da der größte Teil der überschüssigen Energie, welche durch die Erwärmung in das Klimasystem gelangt, von den Ozeanen aufgenommen wird und diese zunächst erwärmt, merken wir auf den Kontinenten sogar noch relativ wenig von der globalen Erwärmung.

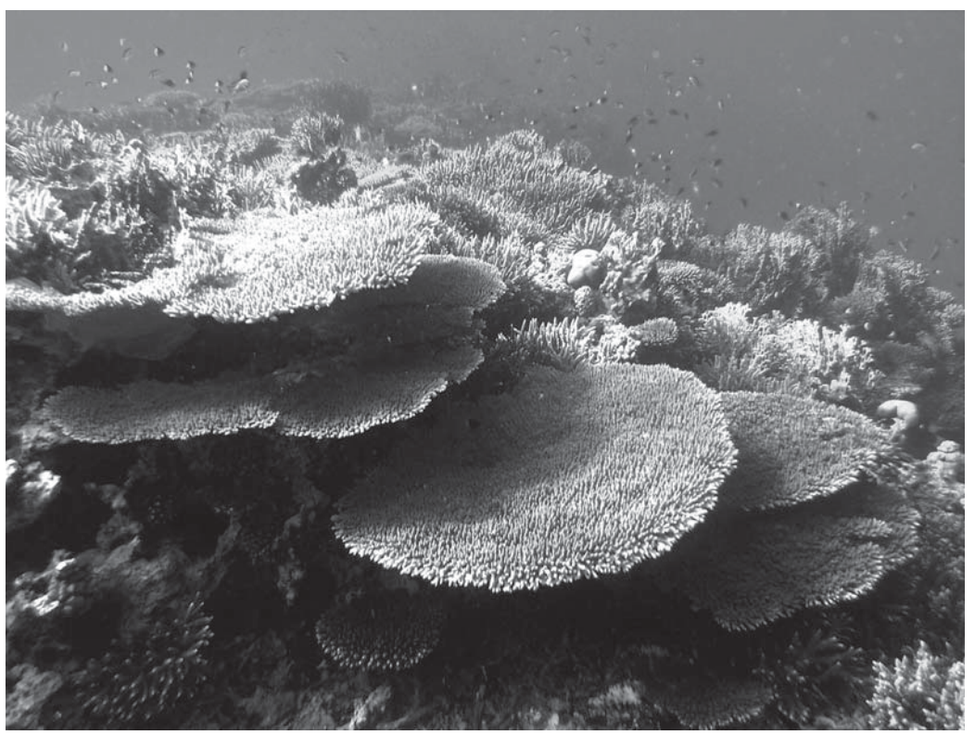
Dabei bedroht der Klimawandel schon heute empfindliche Ökosysteme wie zum Beispiel die Korallenriffe. Außerdem werden die Wasserressourcen beeinträchtigt, und die Erträge bei Weizen und Mais gehen zurück. Hinzu kommt, dass sich der Anstieg des Meeresspiegels und viele andere Folgen des Klimawandels noch über Jahrhunderte hinziehen werden, selbst wenn die anthropogenen Treibhausgasemissionen heute gestoppt würden. Allein das CO_2, welches bis heute ausgestoßen wurde, wird die Erde noch bis ins späte 21. Jahrhundert hinein erwärmen.

Kann Emissionsminderung erreicht werden?

Die internationale Klimapolitik hat sich zum Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu beschränken. Um dies zu erreichen, darf ab 2100 auf der ganzen Welt fast gar kein CO_2 mehr emittiert werden. Zusätzlich zu den Anstrengungen, die globale Erwärmung zu begrenzen, werden aber auch Anpassungsmaßnahmen erforderlich sein, um den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Denn selbst wenn das zwei-Grad-Ziel erreicht wird, werden die Auswirkungen der Erwärmung spürbar sein. Doch wie kann diese massive Minderung von Emissionen erreicht werden? Neben einer schnelleren Verbesserung der Energieeffizienz muss der Anteil kohlenstofffreier und –armer Energien an der Energieversorgung drei bis vier Mal so hoch werden wie heute. Dabei setzt der IPCC neben den erneuerbaren Energien auch auf Atomenergie und fossile Energie, gekoppelt mit der Abtrennung und Speicherung von CO_2 bis 2050. Bis dahin sollte die Menschheit eigentlich in der Lage sein, auf Kohle, Atom und Co. zu verzichten, aber der CO_2-Speicherung ist mit Skepsis zu begegnen. Niemand kann garantieren, dass dieses Gas nicht irgendwann wieder an die Erdoberfläche gelangt. Laut einer Studie der Stanford University kann der CO_2-Ausstoß durch die Kohlenstoffdioxidspeicherung sogar steigen, weil für Abscheidung, Transport und Verpressung von CO_2 hohe zusätzliche CO_2-Emissionen entstehen.

Ein großes Hindernis bei der Verringerung der Treibhausgasemissionen ist unser Wirtschaftssystem, welches von stetigem Wachstum abhängig ist. Die Umsetzung des Zwei-Grad – Ziels wird erhebliche Anstrengungen kosten, welche auch das globale Wirtschaftswachstum dämpfen werden. Es gibt mehrere Studien, die sich mit diesem Thema beschäftigt haben. Sie rechnen mit einer Verringerung des Wirtschaftswachstums um 0,06 Prozent pro Jahr gegenüber einem Wachstum von drei Prozent pro Jahr ohne Klimaschutz.

Um die Minderung der Treibhausgasemissionen zu schaffen, sind geeignete Institutionen sowie eine kluge Regierungsführung notwendig. Außerdem sind mehr Innovationen und Investitionen in umweltfreundliche Technologien und Infrastruktur nötig. Dies muss auch von der Regierung stärker gefördert werden. Des Weiteren müssen das Verhalten und der Lebensstil der Menschen nachhaltiger werden. Hierbei betont der IPCC in seinem Bericht noch einmal, dass es nichts bringt, wenn einzelne Akteure oder Staaten beim Klimaschutz ihr eigenes Ding machen, sondern dass es wichtig ist, dass alle an einem Strang ziehen. Schließlich teilen wir uns alle dieselbe Erde, deswegen erfordert ein wirksamer Klimaschutz gemeinsame Lösungen.



Korallenriffe werden durch die Übersäuerung der Ozeane besonders gefährdet

Foto: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/thumb/4/44/Coral_Reef_in_the_Red_Sea.JPG

Politik der Bundesregierung zeigt gute Ansätze

Bundesforschungsministerin Johanna Wanka und Bundesumweltministerin Barbara Hendricks sehen Deutschland in einer zentralen Rolle bei der Bekämpfung des Klimawandels. „Der Bericht ist alarmierend und ermutigend zugleich“ sagte Barbara Hendricks. „Deutschland kann international eine wichtige Rolle spielen, wenn wir zeigen, dass Klimaschutz in einem Industrieland funktioniert. Deshalb ist es so wichtig, dass wir unser nationales Ziel erreichen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu mindern“ fügte sie hinzu. Die Staatengemeinschaft müsse jetzt alles daran setzen, 2015 in Paris ein ambitioniertes Klimaschutzabkommen zu verabschieden.

Bei diesen Worten von der Umweltministerin kann es nicht sein, dass weiter auf Kohle gesetzt wird und immer noch neue Braunkohletagebaue erschlossen werden sollen. Sie hat zwar vor, die Kohlekraftwerke abzuschalten, aber nur in Absprache mit den Betreibern. Tatsächlich könnten durch einen Ausbau regenerativer Energien und nachhaltigen Tourismus in traditionellen Kohleregionen wie der Lausitz weit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, als ein fortgesetzter Kohleabbau sichern würde.

Darüber hinaus befinden sich vier von fünf europäischen Kohlekraftwerken mit dem höchsten CO_2-Ausstoß in Deutschland. Seit zwei Jahren steigen die CO_2-Emissionen in hierzulande sogar wieder an. Die Bundesrepublik als Vorreiter im Klimaschutz zu bezeichnen, ist also eine reine Selbstbeweihräucherung. Immerhin möchte die Bundesregierung Anfang Dezember ein Klimapaket schnüren. Darin sollten sich die Erkenntnisse des Weltklimarates wiederspiegeln.

Bundesforschungsministerin Wanka betonte die Rolle der Wissenschaft beim Klimaschutz. „Ohne Forschung werden wir die Energiewende nicht schaffen“ sagte sie. „Wir müssen weitere Einsparpotenziale aufdecken und nutzen.“ Der IPCC-Bericht sei auch ein Signal an die internationale Forschungspolitik, mehr klimafreundliche Technologien zu entwickeln. Möglichkeiten, Energie einzusparen, gibt es viele, vor allem bei elektrischen Geräten. Ein Beispiel dafür sind Dienstleistungsautomaten, also Fahrkarten- und ähnliche Automaten. Von diesen Geräten gibt es in Deutschland zwei Millionen mit einem jährlichen Energieverbrauch von 1600 Gigawattstunden, das entspricht

einem CO_2-Ausstoß von knapp einer Million Tonnen im Jahr. Mit Hilfe des Bundesforschungsministeriums wurde eine Technologie entwickelt, mit der Ticketautomaten nur noch halb so viel Strom verbrauchen. Es reicht allerdings nicht, nur auf die Energieeffizienz zu schauen, sondern auch auf die geplante Obsoleszenz. Denn der geplante Verschleiß von Produkten, muss eingedämmt werden. Schließlich belasten elektrische Geräte die Atmosphäre mit CO_2 vor allem durch ihre Herstellung mit und nicht bei ihrem Gebrauch. Elektrische Geräte müssen wieder so hergestellt werden, dass sie möglichst lange halten und leicht reparierbar sind.

Rasche Abschaltung von Kohlekraftwerken gefordert

Die Ansätze der Bundesregierung in der Klimapolitik sind trotzdem gut. Es ist jedoch mehr als fraglich, ob Umweltministerin Barbara Hendricks ihre Ambitionen in der großen Koalition durchsetzen kann. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel sperrt sich beispielsweise gegen die Abschaltung der Kohlekraftwerke, welche nötig wäre, um das Ziel der geplanten CO_2-Reduzierung noch zu erreichen. In einem Positionspapier betonte er, dass die Unternehmen und nicht der Staat entscheiden sollten, welche Kohlekraftwerke abgeschaltet werden. Wer neben dem schrittweisen Atomausstieg bis 2022 auch noch aus der Kohleverstromung aussteigen wolle, sorge für explodierende Stromkosten, die Abwanderung großer Teile der Industrie und Versorgungsunsicherheit in Deutschland.

Der Greenpeace-Klimaexperte Martin Kaiser sagte hingegen: „Die erneuerbaren Energien sind inzwischen technisch so ausgereift und wirtschaftlich so konkurrenzfähig, dass sie fossile Energien und Atomkraft bis zur Mitte des Jahrhunderts schrittweise ersetzen können.“ Es müsste also machbar sein, bis 2020 zumindest einige Kohlekraftwerke abzuschalten.

Während sich die deutsche Bundesregierung vor allem selbst lobt, anstatt zu handeln, hat der dänische Klimaminister Rasmus Helveg Petersen angekündigt, schon 2015 statt wie geplant 2030 aus der Kohle auszusteigen. „Der Report des Weltklimarates hat mich überzeugt, dass wir fossile Brennstoffe früher als gedacht auslaufen lassen müssen“, begründete er seine Entscheidung. Hier sollte die deutsche Regierung nachziehen, vor allem auch im Hinblick auf das internationale Klimaschutzabkommen, welches 2015 in Paris verhandelt wird.

Der Vorsitzende des BUND, Prof. Dr. Hubert Weiger, sieht in dem Klimabericht auch eine klare Handlungsaufforderung an die Regierung. „Schriller können die Alarmsignale nicht sein. Es gibt keine Entschuldigung mehr für das Zögern beim Klimaschutz“ kommentierte er den Bericht. Außerdem appellierte er an die Bundesregierung, die Bemühungen um ein schlagkräftiges Klima-Aktionsprogramm für die Erreichung der Klimaziele bis 2020 zu verstärken. „Ein Scheitern der Bundesrepublik beim Klimaschutz wäre unverantwortlich und vermeidbar, zumal es noch Möglichkeiten zum Handeln gibt“, so Weiger. Es sei nun klimapolitische Kernaufgabe in Deutschland, die boomende Kohleverstromung einzudämmen. „Als Sofortmaßname ist es nötig, zehn Gigawatt an überflüssigen Kohlekraftwerken vom Markt zu nehmen“ sagte der BUND-Vorsitzende. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel müsse den Vorschlag zur Abschaltung der Kohlekraftwerke unterstützen und dürfe nicht zulassen, dass er von kurzsichtigen wirtschaftlichen Interessen blockiert wird.

Keine Kohle für Kohle-Klimakiller Jänschwalde!

Foto: GRÜNE LIGA

Momentan verfehlt Deutschland leider gleich zwei der drei EU-Klimaschutzziele. Es hinkt sowohl bei der Emissionsreduktion, als auch bei der Energieeffizienz hinterher. An den steigenden Emissionen ist laut Barbara Hendricks der nicht funktionierende Emissionshandel schuld, den sie reformieren will. Trotzdem sind hierzulande größere Anstrengungen vonnöten. Deutschland ist wahrlich kein „weltweit führendes Klimaschutzlabor“, wie Hendricks und Wanka schwärmen.

Fazit

Ottmar Edenhofer, Vorsitzender der *Arbeitsgruppe drei* beim aktuellen Sachstandsbericht, fasst zusammen: „Wir haben die Wahl. Noch in den nächsten zwei bis drei Dekaden ist es möglich, den Klimawandel zu bremsen.“ Werde nichts unternommen, gehe die Erde einer Erwärmung um vier Grad entgegen – mit unabsehbaren Risiken. Dabei koste es nicht die Welt, die Welt zu retten. Viele Menschen auf der ganzen Welt sehen das genauso. Im September wurde beim weltweiten Klimaaktionstag schon ein starkes Zeichen gesetzt. Jetzt ist es wichtig, dass weiterhin Druck auf die Regierungen ausgeübt wird. Dafür müssen auch 2015 weltweit Demos und Aktionen zum Klimaschutz stattfinden. Es ist im Interesse der gesamten Weltbevölkerung, dass das Zwei-Grad-Ziel erreicht wird. Ein internationales Klimaschutzabkommen, indem sich alle Industriestaaten zu drastischen und ambitionierten Emissionsreduktionen verpflichten, wäre dafür ein guter Schritt.

Nach Redaktionsschluss erreichte uns die Nachricht über die bilateralen Klimaverhandlungen zwischen China und den USA. Die USA haben vor, ihren CO_2-Ausstoß bis 2025 im Vergleich zu 2005 um 26 bis 28 Prozent zu mindern. China möchte seine Emissionen bis 2030 auch reduzieren und nennt damit erstmals ein Datum. Es bleibt abzuwarten, ob und wie sich diese zweiseitige Übereinkunft auf ein mögliches Klimaabkommen im nächsten Jahr auswirken wird.

Veit Ulrich

Weitere Informationen:
www.de-ipcc.de/de/200.php
www.bmub.bund.de/themen/klima-energie/klimaschutz

www.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen

Kernbotschaften des Syntheseberichts

- Menschen sind mit hoher Sicherheit Verursacher des Klimawandels
- Temperatur ist seit 1880 um 0,85 Grad Celsius gestiegen
- Der von Menschen verursachte Anstieg der Treibhausgaskonzentration ist die Hauptursache der Erwärmung
- Ohne zusätzlichen Klimaschutz wird sich die Erde bis 2100 um 0,9 bis 5,4 Grad Celsius erwärmen, bei einem Meeresspiegelanstieg um 26 bis 82 Zentimeter
- Steigende CO_2-Konzentration in der Atmosphäre führ auch zur Versauerung der Ozeane
- Um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen, muss der globale Treibhausgasausstoß bis 2050 um 40 bis 70 Prozent, bis 2100 um fast 100 Prozent reduziert werden

Anzeige

Selbstständige Vertriebsmitarbeiter für den ersten naturstrom Ökostrom-Laden in Berlin gesucht!
Bewerbung an lettmayer@naturstrom.de

www.naturstrom.de/jobs
Warschauer Str. 62,
10243 Berlin

naturstrom
ENERGIE MIT ZUKUNFT

Elektromobilität: Lösung oder Luftnummer?

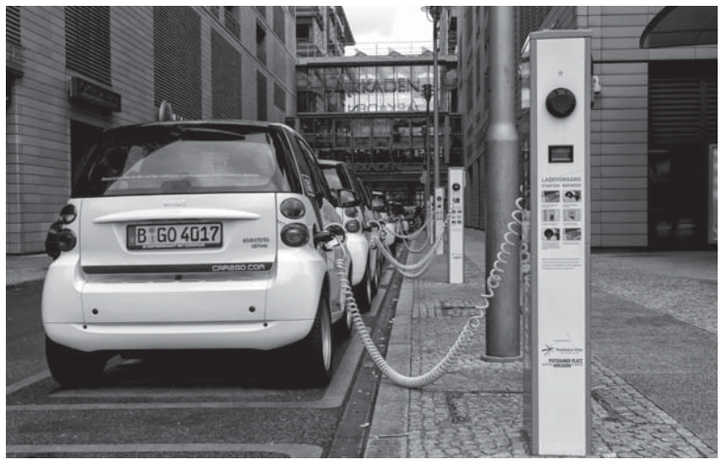
Warum Elektroautos dem Klima nicht helfen

In der August/September-Ausgabe berichtete DER RABE RALF über die Auswirkungen der überzogenen und verfehlten Förderung von Elektroautos in Norwegen. Nicht nur im Norden ist die E-Mobilität im Kommen. Auch hierzulande stellt sie sich als klimafreundliche Alternative zu herkömmlichen Personenkraftwagen dar. Obwohl die Technik noch nicht ausgereift ist und die Infrastruktur fehlt (mit den kurzen Reichweiten der Akkus und mangelnden Aufladestationen sind Elektroautos hierzulande noch nicht massentauglich), könnten die mit Strom betriebenen Fahrzeuge dennoch die herkömmlichen Benzin- und Dieselautos ablösen. Und zwar ohne, dass die Menschen ihre individuellen Mobilitätsgewohnheiten ändern müssen. Oder vielleicht doch nicht? Nehmen wir die Elektromobilität einmal genauer unter die Lupe.

Massive Förderung der E-Mobilität uneffektiv

In Norwegen ist die Zahl der Elektroautos in den letzten Jahren dank einer offensiven Förderung stark gestiegen. Besitzer dieser Gefährte bekommen dort Steuererleichterungen, sie dürfen die Busspuren benutzen, zahlen keine Parkgebühren auf öffentlichen Parkplätzen und können fast überall kostenlos ihre Autobatterie aufladen. Nach dem norwegischen Modell wird der Käufer eines Elektroautos bei einer Lebensdauer des Autos von zehn Jahren mit 6.200 Euro pro Jahr subventioniert. Laut einer Studie von Anders Skonhoft, Volkswirtschaftsprofessor an der Universität Trondheim, reduziert ein Elektroauto die CO_2-Belastung aber nur um 0,6 Tonnen pro Jahr gegenüber einem konventionellen PKW. Damit zahlt der norwegische Staat also 6.200 Euro, um 0,6 Tonnen CO_2 einzusparen. Mit dieser Summe könnte die CO_2-Belastung der Atmosphäre viel effektiver eingedämmt werden.

Da die Reichweite eines Elektroautos begrenzt ist, hat die überwältigende Mehrheit der Käufer_innen dieser Fahrzeuge zusätzlich noch einen benzin- oder dieselbetriebenen PKW in der Garage stehen, der für längere Fahrten verwendet wird. Das Elektroauto ist also in der Praxis ein Zweitfahrzeug, welches vor allem in städtischen Regionen und für Touren genutzt wird, für die man auch das Fahrrad oder den ÖPNV benutzen könnte. Die Studie von Skonhoft zeigte sogar, dass Menschen, die sich ein Elektroauto gekauft haben, mehr mit dem Auto und weniger mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren als vorher. Langfristig könnte sich das aber ändern. Wenn die Elektroautos weiterentwickelt werden, die Batterien für längere Entfernungen reichen und sich irgendwann an jeder Ecke eine Aufladestation befindet, könnte der Strom tatsächlich Benzin und Diesel ablösen.



Ob aus dieser Säule Ökostrom kommt?

Foto: upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/b/b1/Berlin_-_Potsdamer_Platz_-_E-Mobility-Charging.jpg

Elektroautos verringern CO_2-Ausstoß kaum

Doch ist der elektrische Antrieb überhaupt umweltfreundlicher? Mit Strom betriebene Autos emittieren nicht so viel weniger Schadstoffe als konventionelle PKW, da moderne Benzinmotoren auch schon einen relativ geringen Schadstoffausstoß haben. Ein anderes Argument, welches für die Elektromobilität sprechen soll, ist die geringere Lärmbelastung. Tatsächlich ist es so, dass bei allen Automobilen die Reifen bei einer Geschwindigkeit über 50 Kilometer pro Stunde lauter sind als der Motor. Elektroautos sind also lediglich im langsamen Stadtverkehr leiser als konventionelle, die Lärmbelastung durch Autobahnen können sie aber nicht verringern.

Des Weiteren kommen heute weltweit ungefähr zwei Drittel des Stroms, welcher die Batterien von Elektroautos füttert, aus fossilen Energiequellen. Genauer setzt sich der globale Strommix aus 40 Prozent Kohle, 25 Prozent Gas, fünf Prozent Öl und lediglich zu 19 Prozent aus erneuerbaren Energien zusammen. Der Rest wird in Atomkraftwerken generiert. Damit sind die CO_2-Emissionen von Elektroautos heute nicht besser als bei benzin- oder dieselbetriebenen PKW. In China haben Elektroautos sogar einen höheren Kohlendioxidausstoß als konventionelle Vehikel, da dort der Strom zu 85 Prozent aus dem Klimakiller Kohle erzeugt wird. Sollen Elektroautos also zukünftig zur Reduktion des CO_2-Ausstoßes beitragen, muss der Strom, der sie antreibt, auch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien kommen. Selbst wenn wir jetzt annehmen, dass unser neues Elektroauto ausschließlich mit Ökostrom betrieben wird, relativieren sich die CO_2-Einsparungen, welche dadurch erzielt werden. Denn der Herstellungsprozess eines Elektroautos hat natürlich einen ähnlichen ökologischen Fußabdruck wie die Produktion jedes anderen Autos auch. Außerdem bleibt das Manko, dass Elektroautos wegen ihrer kurzen Reichweiten einfach unpraktisch sind. Das Tesla Model S erreicht mit einer vollen Batterieladung bis zu 460 Kilometer, die meisten anderen Modelle liegen weit darunter.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die hohen Subventionen Norwegens für die Elektromobilität nicht zu rechtfertigen sind, da durch die Elektroautos kaum CO_2 eingespart wird und sie dabei noch nicht einmal praktikabel sind. Statt Anreizen für den Kauf eines Elektroautos muss es teurer werden, das Klima zu belasten. Hierfür wäre die Verteuerung des Autoverkehrs eine Möglichkeit. Schließlich muss für den Autoverkehr eine kostspielige und komplexe Infrastruktur aufrechterhalten werden. Ein drastischerer Weg, den Ausstoß von Kohlenstoffdioxid zu begrenzen wäre ein bestimmtes CO_2-Limit, welches von Privatpersonen nicht überschritten werden darf. Jeder Mensch müsste dann seinen ökologischen Fußabdruck auf das für die Erde langfristig erträgliche Maß beschränken. Die vielen Millionen, mit denen die Käufer von Elektroautos momentan in Norwegen beschenkt werden, sollten außerdem lieber in die Forschung und die Entwicklung klimafreundlicher Technik gesteckt werden.

ÖPNV und Fahrrad sind Alternativen

Aus den vielen Nachteilen der Elektroautos ergibt sich die Konsequenz, dass es doch klimafreundlicher ist, die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen. Der CO_2-Ausstoß pro gefahrenen Personenkilometer ist auf der Schiene immer noch am geringsten, vor allem, wenn die Bahn mit Ökostrom angetrieben wird. Oftmals braucht man mit dem Zug jedoch viel länger als mit dem Auto, um von A nach B zu kommen. Um Bahnfahren attraktiver zu machen, muss das Schienennetz ausgebaut werden und auch ländliche Regionen müssen eine gute Anbindung an den Schienenverkehr bekommen (der derzeitige Trend verläuft leider umgekehrt).

Ein vermehrter Umstieg auf den öffentlichen Personenverkehr würde auch die Parkraumsituation in den Städten entspannen. Und im innerstädtischen Verkehr muss in Zukunft stärker auf das Fahrrad gesetzt werden. Hier ist Kopenhagen Vorreiter: In der dänischen Hauptstadt werden bereits 38 Prozent der Wege mit dem Drahtesel zurückgelegt. Der Grund dafür ist sicherlich die gute Fahrradinfrastruktur Kopenhagens. Hier sind nämlich alle Radwege durch einen Randstein vom restlichen Verkehr getrennt und auf Kreuzungen gibt es extra blau markierte Fahrradspuren. Das ist eigentlich ein simples Konzept, welches auch in Berlin oder Hamburg einfach umgesetzt werden könnte. Wir müssen weg von der autogerechten und wieder hin zu einer menschengerechten Stadt.

Veit Ulrich

Norwegische Studie zur Elektromobilität (in englischer Sprache): www.ntnu.edu/documents/140152/622066862/Skonhoft_2014.pdf

Anzeige

Schon den Geldhahn abgedreht?

Soll wirklich die Atomlobby von Ihrem Strombezug profitieren? Wo der Strom herkommt ist wichtig – wo das Geld hingeht noch wichtiger: Wir sind aus einer Bürgerbewegung entstanden und beziehen Ihren ökologischen Strom ausschließlich von Produzenten, die keine Beteiligung von AKW-Betreibern oder deren Tochterunternehmen haben. **Wechseln Sie! Umso schneller, desto besser.**

EWS ElektrizitätsWerke Schönau

- Einziger Anbieter mit der Gesamtnote „Sehr gut“ (Vergleich Ökostromanbieter: Bund der Energieverbraucher e.V., III/2004)
- Sauberer Strom zum fairen Preis – bundesweit!
- Förderprogramm mit über 750 Anlagen in Bürgerhand

guter Strom. guter Preis Elektrizitätswerke Schönau 07673/888 50 www.ews-schoenau.de

Vattenfall - klimapolitischer Etikettenschwindel

Verkauf der Braunkohle-Sparte angekündigt, aber noch keine Entscheidung

Am 30. Oktober kündigte der Vattenfall-Vorstand in Stockholm an, „Optionen für eine neue Eigentümerstruktur seines Braunkohlegeschäfts zu prüfen“. In den nächsten Monaten soll jedoch zugleich eine Arbeitsgruppe aus vier Ministern die Eignerdirektive für das schwedische Staatsunternehmen überarbeiten. Eine Entscheidung kann erst am Ende beider Prozesse fallen. Sie ist von der schwedischen Politik und nicht von den Managern des Unternehmens zu treffen. Inzwischen wurde der tschechische Konzern EP Energy als möglicher Käufer der Vattenfall Braunkohle-Sparte in der Lausitz genannt.

Vattenfall plant bisher fünf neue Braunkohlentagebaue in der Lausitz, für die 3.300 Bewohner_innen umgesiedelt werden müssten. Lausitzer Kommunalpolitiker aller Parteien forderten Ende Oktober die schwedische Regierung in einem offenen Brief auf, den Ausstieg aus der Braunkohleverstromung voranzutreiben und die Umsiedlung weiterer Dörfer durch den Staatskonzern Vattenfall abzuwenden.

Der Brief wurde auch von Stephan Hilsberg (SPD) unterzeichnet, ehemaliger Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium und Mitbegründer der sozialdemokratischen Partei in Ostdeutschland. Neben der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Guben, Kerstin Nedoma (LINKE) und ihrem Amtskollegen aus der Gemeinde Schenkendöbern, Bernd Howorek (CDU) sprechen sich die Bürgermeister von Wiesengrund, Nebelschütz und Panschwitz-Kuckau sowie zahlreiche Ortsvorsteher der Region für ein planvolles Ende der Braunkohleverstromung aus.

„Wir sind der Meinung, dass Vattenfall die Region Lausitz nicht verlassen darf, sondern seine Unternehmensziele, nämlich den Übergang zu umweltfreundlicher und nachhaltiger Energieversorgung mit erneuerbaren Energien, auch aktiv in Deutschland umsetzen sollte“, heißt es in dem Schreiben an den schwedischen Ministerpräsidenten Stefan Lövfen.

Bürger_innen in der Lausitz zeigen ihren Braunkohle-Protest öffentlich

Foto: Uwe Hiksch

Doch nach den bereits genehmigten Tagebauen müsse Schluss sein und Vattenfall sollte auf weitere Abbaugebiete wie Welzow-Süd II, Nochten II und Jänschwalde-Nord und die Umsiedlung weiterer Dörfer verzichten. „Die notwendigen Umbauprozesse können und müssen sozial abgefedert werden. Das ist leistbar, wenn Vattenfall aktiv daran mitwirkt!“, so die Forderungen der Lausitzer Politiker_innen.

Auch die GRÜNE LIGA fordert die schwedische Regierung auf, das Braunkohlegeschäft von Vattenfall nicht zu verkaufen, sondern stattdessen einen schrittweisen Ausstieg aus der Verstromung der Braunkohle mitzugestalten. „Klimapolitisch wäre es Etikettenschwindel, einfach andere den Dreck machen zu lassen. Es bleibt abzuwarten, ob die schwedische Regierung sich mit einem so plumpen Trick aus der Verantwortung stehlen kann. Eine Entscheidung darüber ist nicht gefallen. Verkaufsabsichten wurden von Vattenfall bereits seit einem Jahr nicht mehr dementiert. Im vollen Bewusstsein dieser Option hatte die neue Regierung in Stockholm einen anderen Weg angekündigt. Diesem Weg sollte sie treu bleiben. Angesichts der energiepolitischen Unsicherheiten und der angekündigten Klageverfahren gegen Braunkohlenpläne dürfte es Vattenfall zudem schwer fallen, für die Lausitzer Braunkohle einen attraktiven Preis zu erzielen“, so René Schuster (GRÜNE LIGA), Vertreter der Umweltverbände im Braunkohlenausschuss des Landes Brandenburg.

Bündnis Kohleausstieg Berlin

Auch in Berlin ist die Braunkohle-Diskussion hochaktuell. Deshalb gründete sich in den letzen Wochen das neue Bündnis „Kohleausstieg Berlin“. Es setzt sich aus Vertreter_innen verschiedener klimapolitisch aktiver Organisationen zusammen. Momentan zählen zu den Kohleausteiger_innen: *Attac Berlin, Berliner Energietisch, BUND Berlin, BürgerBegehren Klimaschutz, Gegenstrom, Greenpeace Berlin, GRÜNE LIGA Berlin, NaturFreunde Berlin, PowerShift und 350.org.*

Gemeinsam fordern sie:

- Schnelles und geordnetes Abschalten der bestehenden Kohlekraftwerke in Berlin und Brandenburg
- Abschaltung des Kraftwerk Klingenberg (Berlin-Lichtenberg) bis 2016
- Keine neuen Tagebaue in der Lausitz
- Verhinderung der neuen Tagebaue Welzow-Süd II und Jänschwalde Nord
- Schnellstmögliche 100-prozentige Versorgung Berlins und Brandenburgs mit erneuerbaren Energien

Am 4. November startete das neue Bündnis die mehrteilige Veranstaltungsreihe zum Thema “Kohle in und um Berlin“. *jm*

Weitere Informationen:
www.lausitzer-braunkohle.de
www.kohleausstieg-berlin.de

Kohlestrom bremsen

Die Klima-Allianz fordert ein Klimaschutz-Aktionsprogramm

In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel fordert die Klima-Allianz Deutschland die Bundesregierung auf, im Dezember ein Klimaschutz-Aktionsprogramm zu beschließen, das seinen Namen verdient. Um das Ziel einer Treibhausgas-Reduktion von 40 Prozent bis 2020 noch erreichen zu können, müssten die Emissionen aus Kohlekraftwerken deutlich zurückgehen, so die Hauptforderung im Brief der Klima-Allianz.

Es wird begrüßt, dass die Bundesregierung erste Schritte einleitet und die ungebremste Verstromung der Kohle als Problem erkannt hat. Die jetzt vorgeschlagene Reduktion von 22 Millionen Tonnen CO_2 bis 2020 könne die Lücke zum 40-Prozent-Ziel jedoch nicht schließen, so die Klima-Allianz. Insgesamt müssten mindestens 50 Millionen Tonnen CO_2-Reduktion - zusätzlich zu den schon beschlossenen Maßnahmen - von der deutschen Stromwirtschaft erbracht werden.

Die steigenden Emissionen aus dem fossilen Kraftwerkspark sind neben den sträflich vernachlässigten Instrumenten bei der Energieeffizienz der Hauptgrund für die große Lücke zum Klimaschutzziel 2020. Die Klima-Allianz erwartet von der Bundesregierung einen belastbaren und nachvollziehbaren Plan, wie diese Lücke geschlossen werden kann. Glaubwürdig sei dieser Plan nur, wenn er Finanzierung für Energieeffizienz und gesetzliche Regeln für Kohlestrom vorsieht.

Zu Beginn der Klimaverhandlungen in Lima im Dezember und ein Jahr vor den entscheidenden Verhandlungen um ein globales Klimaabkommen in Paris (UN-Weltklimakonferenz 2015), erinnert die Klima-Allianz in ihrem Brief an die Verantwortung Deutschlands. Solide Instrumente zur Erreichung der Klimaschutzziele bis 2020 seien Voraussetzung für die politische Glaubwürdigkeit bei den internationalen Verhandlungen. *jm*

Weitere Informationen:
www.die-klima-allianz.de/klimaschutz-aktionsprogramm-muss-kohlestrom-bremsen

klima allianz deutschland

Noch mehr „Bauwut“ in Berlin-Pankow

Der Zustand für das Grün und das Stadtklima verschlimmert sich

Im RABEN RALF (Oktober/November 2011) stand schon einmal ein Artikel zum Bauboom in Berlin. Besonders betroffen davon ist heute Pankow, hofft man doch immer noch auf die Schließung des Flughafens Tegel (mit Einflugschneise über Teilen Pankows) und hohe Mietgewinne. Anlass dieses erneuten Artikels ist auch der Wechsel des Berliner Regierenden Bürgermeisters von einem bezüglich Stadtplanungsdingen lustlosen Herrn Wowereit zu einem freundlich lächelnden, aber sonst eher pragmatisch marktkonformen Herrn Müller, der keine Visionen für den Klimawandel im kommenden Jahrzehnt zu haben scheint. Oder vielleicht doch? Wir wollen ihm auf die Sprünge helfen und die derzeitige Situation beschreiben.

Proteste gegen Bauwut am 14.11. vor dem Rathaus Wilmersdorf

Foto: Ralf Engelke -www.mauerpark-allianz.de

Durchgrüntes Pankow?

Neben vielen öffentlichen Freiflächen besitzt der Großbezirk Pankow (natürlich auch andere Berliner Bezirke) eine Menge unbebauter Flächen, weitgehend Bauland. Diese sind vorwiegend grün und voller Leben. Für viele Standorte ist schon Baubeginn oder er ist in naher Zukunft zu erwarten. Immer gehen Biotope und ein wertvoller Baumbestand verloren, pro zehn Wohnungen vielleicht fünf Bäume. Bei 10 Quadratmetern Vegetationsfläche je Baum und 10.000 Wohnungen wären das geschätzte fünf Hektar Vegetationsverlust pro Jahr.

Die Fakten der Bebauung

Zu den potenziellen Bauflächen zählen verwilderte Parkanlagen (Dietzgenstraße/Mittelstraße, Platanenstraße), Kleingärten (Florastraße, Arnold-Zweig-Straße), brachliegende Bahnflächen (Güterbahnhof Granitzstraße und Greifswalder Straße, ehemalige Industriebahn Blankenburg bis Rosenthal), sogenannte Restflächen (Dietzgenstraße/Blankenburgerstraße, und viele über den Stadtbezirk verteilte kleine Baulücken). Hinzu kommen wenig genutzte Friedhöfe im Prenzlauer Berg sowie angeblich zu wenig genutzte öffentliche Flächen wie der Thälmannpark.

Sie sollen für die neu zuziehenden Bürger_innen Wohnraum schaffen, keine schlechte Idee an sich. Doch dies erfolgt auf Kosten von Grün- und Biotopflächen, Versickerungsflächen und schon heute löchrigen Frischluftschneisen. Nebenbei wird alter bis uralter Baumbestand weitgehend ersatzlos beseitigt und die Grundstücke werden fast zu 100 Prozent überbaut. Die neue, leider arg beschnittene Baumschutzverordnung „schützt“ nur noch Bäume über 80 Zentimeter Umfang, die meist schon krank und dadurch im Ersatzfaktor trickreich abgemindert sind. Zusätzlich fehlt meist der Platz für eine Ersatzpflanzung, und es darf gezahlt werden, nochmals großzügig abgemindert.

Die Mitarbeiter des Naturschutzamtes in Pankow haben sich bis circa 2005 intensiv um Baumerhaltung und Ersatzpflanzung gekümmert und dafür gesorgt, dass nicht alle Bäume trotz Baurecht gerodet wurden, dass man nicht alle Flächen versiegelte und dass nicht alle Sträucher und Gebüsche beseitigt wurden. Zusammen mit der Stadtplanung wurde um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Gebäude und Grünfläche gekämpft, um der Begrünung und Durchlüftung der Stadt zu dienen. Zeitweise konnte dabei auf den „Biotopflächenfaktor“ zurückgegriffen werden, der nur eine begrenzte Überbauung von Grundstücken zuließ, aber leider von der Baulobby abgeschafft wurde. Zusätzlich bemühte man sich, dort beheimatete Tiere wie Igel, Zauneidechsen, Insekten, Höhlenbrüter (zum Beispiel Star, Rotschwanz, Sperling), Gebüschbrüter (Mönchsgrasmücke) und Bodenbrüter (Nachtigall) zu schützen. An den Grundstücksgrenzen wurden Strauchgruppen, an Gebäuden Niststeine für Gebäudebrüter und Regenwasserversickerung vorgeschlagen. Heute kann dies wegen der verringerten Personalausstattung nicht mehr geleistet werden. Aber es besteht in der Öffentlichkeit auch keinerlei Bewusstsein für den wachsenden Wert des Grüns. Schnell wird heute flapsig geantwortet, dass bei dieser Größenordnung an Bauleistung man auf ein paar Gräser, Insekten oder Amseln nicht Rücksicht nehmen könne.

Forderungen für eine nachhaltige Bebauung

Es geht nicht um eine kleinkarierte Erbsenzählerei oder naive Nostalgie, sondern um die Zukunft der Menschen, die Lebensqualität der Berliner und Pankower Bürger_innen, damit der schon begonnene Klimawandel nebst massivem Artensterben gebremst werden kann. Die uralten Forderungen der 80er Jahre an eine Begrünung sind mehr denn je aktuell:

- Die 100 Prozentige Überbauung von Grundstücken ist zu verbieten und klimarelevante Vegetation sollte angepflanzt werden.
- Frischluftschneisen sind gesetzlich festzulegen und durchzusetzen.
- Alle Möglichkeiten der Begrünung, auch für Dächer, Fassaden und Autostellplätze sind zu nutzen.
- Regenwasserversickerung ist durchzusetzen.
- Die Stadt ist als ein Refugium der unterschiedlichsten Tierarten anzuerkennen und zu gestalten.
- Gräben und kleine Wasserlaufe sind als Biotopbänder mit ausreichender Breite stadtplanerisch festzulegen.
- Die Baumschutzverordnung muss in die ursprüngliche Form zurückgeführt werden, ihrem Namen gerecht werden und keine *BAUschutzverordnung* sein.

Wolfgang Heger

Anzeige

Zerstörung grüner Lunge geplant

Senat möchte auf der Elisabethaue 5.000 Wohnungen errichten

Idyllischer Acker: Noch ist es ruhig

Foto: www.elisabeth-aue.de

Berlin ist beliebt. Deswegen wird in dieser Stadt der Wohnraum knapp, und die Mieten steigen rasant. Zweifellos braucht Berlin mehr Wohnungen. Doch müssen diese immer zu Lasten wertvoller Freiflächen auf der grünen Wiese entstehen? Schließlich ist diese Weltstadt jetzt schon so groß, dass sie nicht unbegrenzt in die Breite wachsen kann. Trotzdem möchte der Berliner Senat auf der sogenannten Elisabethaue zwischen Buchholz und Blankenfelde im Bezirk Pankow 5.000 Wohnungen neu errichten. Dies entspricht einer neuen Kleinstadt mit 15.000 bis 20.000 Einwohnern auf einer relativ kleinen Fläche, und das „ganz weit draußen". Die geplante Baufläche ist ein landeseigenes Grundstück, das der Senat kostenlos an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GESOBAU und HOWOGE abgeben möchte. Aus einer Skizze der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt geht hervor, dass zusätzlich zur Bebauung der Elisabethaue, von der Senatsverwaltung „Parkstadt Pankow" genannt, noch ein weiteres Gebiet als zukünftiger Wohnungsstandort untersucht werden soll. Es erstreckt sich vom südlichen Karow über die Golfanlage am Blankenburger Pflasterweg bis zur Kleingartenanlage Blankenburg. Dies sorgt im Pankower Ausschuss für Stadtentwicklung für Ratlosigkeit.

Im „Stadtentwicklungsplan (STEP) Wohnen 2025", der im Juli vorgestellt wurde, hieß es noch, die Elisabethaue würde frühestens ab 2025 für die Erschließung eines Neubaugebiets in Frage kommen. Offensichtlich handelt es sich also bei dieser raschen Kehrtwende um eine Hau-Ruck-Aktion der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, die das Bezirksamt Pankow erst im September von ihren Plänen in Kenntnis setzte. Obwohl der Standort sehr umstritten ist, wird die Bezirksverwaltung aus der Planung ausgeschlossen, und der Senat macht ordentlich Tempo.

Schon Ende der Neunziger Jahre war am Standort der Elisabethaue eine Einfamilienhaussiedlung geplant. Dieses Projekt wurde jedoch wegen Streitigkeiten und einer sinkenden Bevölkerungszahl wieder aufgegeben. Im letzten Jahr begannen zwischen dem Bezirk Pankow und dem Land Berlin Verhandlungen für einen neuen „STEP Wohnen". Diesmal schlug der Senat wiederholt einen Wohnungsbau auf der Elisabethaue vor. Weil der Bezirk sich jedoch vehement dagegen wehrte, wurde dieses Gebiet aus dem STEP Wohnen heraus genommen.

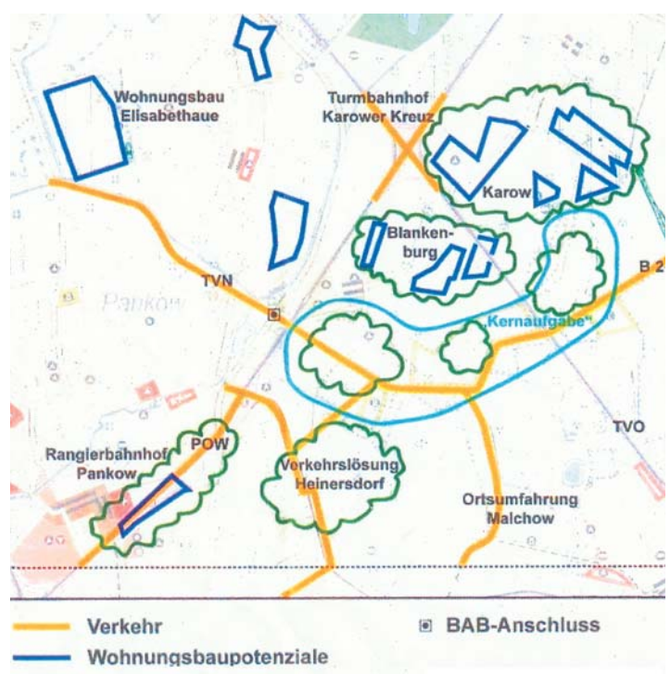
Bitte erst Innenstadtlagen prüfen

Und das aus gutem Grund. Die Elisabethaue ist nicht nur für den Naturschutz und die Landschaftspflege eine wichtige Freifläche, sie ist auch ein Nahrungsgebiet für gefährdete Vogelarten. Darüber hinaus ist sie als Frischluftschneise wichtig für das Berliner Stadtklima. Des Weiteren sollten erst einmal potenzielle innerstädtische Flächen für den Wohnungsbau erschlossen werden, bevor man am Stadtrand neue Bauareale erschließt. Laut einer Studie von Bündnis 90/Die Grünen gibt es in ganz Berlin durch die Aufstockung niedriger Gebäude, die Umnutzung leerstehender Büro- und Gewerbeflächen, sowie die Bebauung bereits versiegelter Flächen, wie zum Beispiel Parkplätze, ein Potenzial von 90.000 Wohnungen.

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow ist bereit, die Bebauung der Elisabethaue zu unterstützen, aber nur unter der Bedingung, dass auch Kitas und Schulen neu errichtet werden und dass die Elisabethaue an das Straßenbahnnetz angeschlossen wird, da die Straßen jetzt schon durch den Individualverkehr überlastet sind. Außerdem soll ein Drittel der Wohnungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen bereitgestellt werden, und mindestens die Hälfte der Wohnungen sollen barrierearm gebaut werden. Des Weiteren geht die BVV Pankow davon aus, dass sowohl das Bezirksamt als auch die BVV in die Planungen der neuen Satellitenstadt einbezogen werden, was bis jetzt nicht der Fall ist. Ihr Einverständnis mit den Planungen des Senats zur Elisabethaue begründet die BVV Pankow damit, dass der steigenden Wohnungsnachfrage und den steigenden Bestandsmieten Einhalt geboten werden müsse. Außerdem müssten nun, da am Tempelhofer Feld keine Wohnungen mehr gebaut werden könnten, andere Potenzialflächen ins Visier genommen werden.

Der Widerstand organisiert sich

Dass dieses überraschende Bauvorhaben des Senats überhaupt in die Öffentlichkeit gelangt ist, ist einem Artikel der Zeitung „Prenz'lberger Stimme" vom Oktober zu verdanken. Dadurch wurden Anwohner der umliegenden Stadtteile auf die eventuelle Bebauung der Elisabethaue aufmerksam. Im Anschluss an eine Informationsveranstaltung, welche am 13. November auf dem StadtGut Blankenfelde stattfand, wurde ein Bürgerantrag an die BVV Pankow eingereicht. In diesem Bürgerantrag wird die BVV gebeten, dem Bezirksamt Pankow zu empfehlen, dass es weiter für den Erhalt der Felder der Elisabethaue kämpfen soll. Außerdem fordern die Bürger_innen ein unabhängiges, ökologisch-landschaftsplanerisches Gutachten, in dem die Bedeutung der Elisabethaue für die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft in Blankenfelde, für das Landschaftsbild, den Natur- und Klimaschutz, die Grundwasserneubildung und für die Erholung ermittelt werden soll. Schließlich hängen auch bäuerliche Existenzen an der Elisabethaue.



Nicht nur die Elisabethaue soll bebaut werden

Grafik: Bürgerinitiative Elisabeth-Aue

Anschließend soll den Bürger_innen eine übersichtliche Kurzfassung dieses Gutachtens zur Verfügung gestellt werden. Bis das Gutachten vorliegt, wird das Bezirksamt gebeten, sich aus dem von Gesobau und HOWOGE beauftragten Werkstattverfahren herauszuhalten, denn dieses Werkstattverfahren wiegt nicht die Interessen und Argumente sachlich ab, sondern beschäftigt sich nur mit der Frage, in welchem Umfang gebaut wird. Ein ergebnisoffenes Verfahren ist also erst nach der Vorlage eines solchen Gutachtens möglich.

Am 17. November haben die Bürger_innen schließlich eine Bürgerinitiative gegen eine Bebauung und für den Erhalt der Elisabethaue gegründet. Dabei herrscht unter den besorgten und aufgebrachten Bürger_innen immer noch die große Unwissenheit, ob, wann und wie die Elisabethaue bebaut werden soll. Die Lage ist sehr unübersichtlich und es gibt viele widersprüchliche Informationen. Am schlimmsten aber ist, dass der größte Teil der betroffenen Bevölkerung über eine Bebauung der Elisabethaue noch überhaupt nicht informiert wurde.

Wie geht es jetzt weiter? Die Bürgerinitiative Elisabethaue wird zusätzlich zu ihrem Bürgerantrag eine Petition starten und Briefe an den Senat schreiben. Es ist allerdings zu bezweifeln, ob sich die Senatsverwaltung überhaupt hineinreden lässt. Die bisherigen Erfahrungen mit der Stadtentwicklungspolitik des Landes Berlin sprechen eher dagegen. Zum Beispiel macht sich die Pankower Bezirkspolitik seit Jahren gegen die sogenannte „Planstraße Ost-West" (POW), eine Art Autobahnbrücke von der Granitzstraße über die Berliner Straße hinweg zur Mühlenstraße, stark. Trotzdem hält die Senatsverwaltung daran fest. Für den Standort Elisabethaue kann man nur hoffen, dass er verschont wird.

Veit Ulrich

Weitere Informationen:
www.elisabeth-aue.de

Tierschutz völlig vernachlässigt

Wenn sich Vierbeiner wehren könnten …

Mit großen Plakaten hat die Stiftung *Vier Pfoten* bundesweit eine Kampagne gestartet, auf denen zu lesen ist: „Prominente brüllen für mehr Menschlichkeit für Tiere“. Damit setzen sie sich „lautstark“, wie sie sagen, für mehr Tierschutz und gegen Tierquälerei ein. Mit der Aktion wollen sie den Tieren eine Stimme geben. Denn „Tiere leiden leise“.

Tierschutz ist ein stark emotional besetztes Thema, gelten doch die Deutschen allgemein als tierlieb. Doch gerade bei Tierversuchen, bei der Haltung in Zirkusbetrieben und in der Landwirtschaft werden den Tieren viel Schmerz und Leid zugefügt. Allein 1.600.000 medizinische Versuche an Tieren gab es 2012 in Deutschland und 3,1 Millionen Versuche an Wirbeltieren - mit steigender Tendenz, beklagt Roland Kolar vom Deutschen Tierschutzbund. Das seien Versuche, bei denen die Tiere oft „übelst zugerichtet“ werden. Daher fordert der Tierschutzbund, auf Tierversuche langfristig ganz zu verzichten. Grundsätzlich sollten möglichst Alternativmethoden zur Anwendung kommen. Die Auswertung und Förderung von Ersatzmethoden und deren konsequenter Einsatz könnten zur merklichen Reduzierung von Tierversuchen führen. Bei den Genehmigungsverfahren könnten die Behörden Anträge auf Tierversuche nicht ablehnen, wenn sie plausibel gestellt oder wissenschaftlich begründet seien. Nur lediglich 1,3 Prozent der Anträge wurden 2012 abgelehnt. Vorschlag: Es soll erst Vorversuche geben, ob Alternativmethoden möglich sind. Angemahnt wird ein ausnahmsloses Verbot von Versuchen an Menschenaffen.

Anfang 2014 reichte der Deutsche Tierschutzbund bei der EU-Kommission eine Beschwerde wegen nicht korrekter Umsetzung und Verstößen gegen die EU-Tierschutzrichtlinie ein. Eine Reaktion darauf wird Anfang 2015 erwartet. Die EU-Tierschutzrichtlinie sei jedoch als wirksamer Tierschutz ohnehin nicht ausreichend. Eingefordert werde ein EU-weites Tierschutzgesetz.

Massenkonsum und Tierquälerei

Grauenhaft ist die Tierhaltung in der Lebensmittelverarbeitung, wo „das Ziel züchterischer Nutzung von Tierrassen die optimale Verwertung zur industriellen Nutzung ist, so Dr. Claudia Preuß-Ueberschär vom *Tierärztlichen Forum für verantwortbare Landwirtschaft*. Dort werden die Tiere auf Höchstleistung getrimmt, was zu kürzeren Lebens- und Nutzungsphasen führt. So hat sich die Nutzungsphase der Milchkühe mittlerweile halbiert. Die Tiere sind zu regelrechten „Wegwerfkühen“ verkommen. Auf Höchstleistungen getrimmt, ist das Immunsystem derart angeschlagen, dass sie an vielen Krankheiten wie beispielsweise Fruchtbarkeitsstörungen, Stoffwechselkrankheiten sowie Klauen- und Gelenkschäden leiden. Das maschinelle Melken führt oft zu Euterentzündungen. Noch extremer ist es bei Hühnern (deren natürliche Lebenserwartung bei zehn Jahren liegt), die jedoch nach fünf bis sechs Wochen derart „ausgelaugt“ sind, dass sie bereits schlachtreif sind, so Dr. Ueberschär. Nicht anders sieht es bei Fleischrindern aus, die aufgrund ihrer künstlichen Umfangvermehrung über einen doppelten Lendenmuskel verfügen. Masthühner und Puten werden auf übergroße Brustmuskulatur gezüchtet. Bei Qualzucht fehlen leider die Regelungen, um konsequent eingreifen zu können, beschwert sich Dr. Überschär. Grundsätzlich sollten Zuchtziele nicht durch die private Wirtschaft bestimmt werden.

Artgerecht gehaltene Milchkühe brauchen ausreichend Platz

Foto: Volker Voss

Nach wie vor werden zehntausende Tiere in Großmastanlagen gehalten. So werden Schweine auf Spaltenböden unter Dauerdämmerlicht zusammengepfercht gehalten. Mastputen sind dermaßen hochgezüchtet, dass sie ihr eigenes Gewicht nicht mehr tragen können, heißt es in einer Broschüre der grünen Bundestagsfraktion.

Als problematisch wird auch die Tierhaltung in Zirkusbetrieben, Varietés oder Tierschauen gesehen, wo sie in mobilen Einrichtungen oder wenig strukturierten Einrichtungen mit eingeschränkten Bewegungs- und Rückzugsmöglichkeiten gehalten werden. Eine tiergerechte Haltung ist dort unmöglich. Über 400 Zirkusunternehmen ziehen jährlich durchs Land. Bei amtlichen Kontrollen wurden bei Transport und Haltung erhebliche Mängel festgestellt, berichtet Diana Plange von der *Erna-Graff-Stiftung*, Fachtierärztin für Tierschutz. Doch wegen Minderbesetzung bei den Ämtern gebe es zu wenige Kontrollen. In einer kürzlich durchgeführten, repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *forsa* gaben 82 Prozent der Befragten an, „dass Wildtiere im Zirkus nicht artgerecht gehalten werden können“. Belgien, Österreich und Griechenland haben die Wildtierhaltung, das sind unter anderem Wildkatzen, Elefanten und Bären, in Zirkussen bereits verboten. Verschiedene Organisationen wie auch die Bundestierärztekammer mahnen ein derartiges Verbot auch in Deutschland an. Der Bundesrat hat die Bundesregierung bereits zweimal aufgefordert, die Haltung dieser Tierrassen gesetzlich zu verbieten. Bislang ohne Erfolg!

Streitpunkt Tierschutz

Auch bei diesem Thema prallen Gegensätze und Wahrnehmungen der politischen Akteure aufeinander: „Die Vielfalt der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft ist Weltklasse“, sagte CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber nach dem Besuch der Grünen Woche 2014 in Berlin. In einem Positionspapier der CDU zur Tierhaltung in Deutschland vom März 2012 heißt es: „Grundsätzlich haben sich Haltung, Fütterung, Züchtung und Pflege im Sinne des Tierschutzes und der Hygiene verbessert.“ Doch bleibt es der Regierungspartei nicht verborgen, dass die gesellschaftlichen Ansprüche an die Produktionsbedingungen und die Skepsis gegenüber der Tierhaltung wachsen. Vorbehalte bestehen vor allem gegenüber den beschriebenen Entwicklungen: große Bestände und Ställe, lokale Konzentration von Tierhaltung, Medikamenten- und Antibiotikaeinsatz sowie nicht kurative Eingriffe an Tieren.

Der Tierschutz ist zwar seit 2002 im Grundgesetz als Staatsziel verankert, doch geändert habe sich in der Praxis bislang nichts. Zu sehr setze die Bundesregierung auf freiwillige Selbstverpflichtungen, bemängeln mehrere Bundestagsabgeordnete der Grünen in einem Antrag im Bundestag zum Thema „Tierschutz ernst nehmen – Tierleid verhindern“. Denn die Regelungen im Tierschutzgesetz stammten größtenteils aus der Zeit, bevor der Tierschutz zum Verfassungsziel erhoben wurde. „Deutschland ist bemüht, die Welt mit Fleisch zu versorgen. Die Auswirkungen des hemmungslosen Fleischkonsums haben allerdings ihren Preis“, so der grüne Bundestagsabgeordnete Friedrich Ostendorff.

Parteien unter der Lupe

Der *Verein Menschen für Tierrechte - Bundesverband der Tierversuchsgegner* hat die Politik zu diesem Thema parteiübergreifend unter die Lupe genommen und die Volksvertreter vor der Europawahl im Mai 2014 mittels einer Umfrage zum Thema Tierschutz befragt. Damit sollen diejenigen, die sich für Tierrechte einsetzen, wissen, wer ihrer Meinung nach in der Politik geeigneter Ansprechpartner ist. Gute Noten erhielten demnach aufgrund „ihrer ehrgeizigen Tierschutzprogramme“ die drei kleinen Parteien Tierschutzpartei, ÖDP und Piraten, da diese den Sprung ins Europaparlament schafften. Der Verein will sie künftig an ihre Wahlversprechen erinnern. Von den großen Parteien hätten die Tiere eher nichts zu erwarten. Die drei kleinen Parteien könnten, so die Hoffnungen, Grüne und Linke in ihrer Tierschutzpolitik anspornen. Angeblich haben die Tiere von der SPD wenig und von CDU und CSU nichts zu erwarten.

Fazit: Mehr Aufklärung und Transparenz sind notwendig, eine Änderung unseres Konsumverhaltens und Tierschutz als Unterrichtsfach einzuführen. *Volker Voss*

Weitere Informationen:
www.tierschutzbund.de
www.vier-pfoten.de
www.tierrechte.de

Infodienst Gentechnik

Nachrichten zu gentechnisch veränderten Organismen

2015: „Größte Studie über GVO und Pestizide“

Eine Fütterungsstudie, die von den Initiatoren als das „größte und umfassendste Langzeit-Experiment, das je über gentechnisch veränderte Lebensmittel und die damit verbundenen Pestizide durchgeführt wurde“ bezeichnet wird, soll 2015 beginnen. Zwei bis drei Jahre sollen Ratten mit gentechnisch verändertem Mais gefüttert werden. Die Kosten der Studie sollen sich auf 25 Millionen US-Dollar belaufen. Ein „hoher Prozentsatz“ sei bereits von Privatpersonen aus Russland und der EU zur Verfügung gestellt worden, teilten die Organisatoren in London mit.

„Inakzeptable“ Einschätzungen

Im Oktober erschien eine von der EU finanzierte Untersuchung zu einem Gen-Mais des US-Konzerns Monsanto. Sie soll gezeigt haben, dass bei Ratten „keine negativen Effekte“ auftreten, wenn sie mit dem insektengift-produzierenden MON810-Mais gefüttert werden. Experten aus München widersprechen: es seien signifikante Auswirkungen auf Blutserum und Bauchspeicheldrüse zu erkennen. Zudem bestünden Hinweise auf Interessenkonflikte bei Forschern und der Chefredaktion des Fachjournals, in dem die umstrittene Studie erschien.

Verhandlungen über Gentechnik-Verbote

Wie sollen die Gentechnik-Anbauverbote in der EU künftig gehandhabt werden? Darüber begannen am 10. November in Brüssel die Verhandlungen. Das EU-Parlament legte eine gemeinsame Position fest. Darin sind viele Verbesserungsvorschläge von Umweltschutz- und Landwirtschaftsverbänden enthalten. Bei den Verhandlungen mit der Ratspräsidentschaft, die die nationalen Regierungen vertritt, geht es um die konkrete Ausgestaltung des sogenannten „Opt-Out“. Der Entwurf der Minister vom Sommer war auf harsche Kritik von gentechnik-kritischen Abgeordneten und NGOs gestoßen. Nun gibt es eine Gegenposition des EU-Parlaments, die der Umweltausschuss mit 53 zu 11 Stimmen annahm.

Neue Gentechnik: Vorschriften umgangen?

Neben der „klassischen Gentechnik“ gibt es mittlerweile eine Vielzahl von Methoden, mit denen im Labor neue Pflanzen hergestellt werden. Wissenschaftler und Industrie schwärmen von neuen - wohl auch lukrativen - Möglichkeiten. Doch noch ist nicht klar, ob sie offiziell als Gentechnik eingestuft werden oder nicht. Unternehmen drängen auf Letzteres, NGOs warnen vor „Gentechnikverfahren durch die Hintertür“.

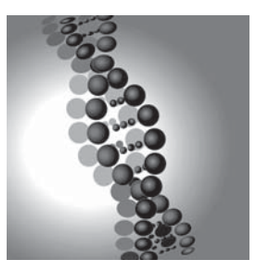
Synthetische Biologie als „extreme Gentechnik?“

Zehn Tage lang verhandelten im Oktober mehr als 190 Staaten, die das Übereinkommen über die biologische Vielfalt unterzeichnet haben, in Südkorea über weitere Umweltschutzmaßnahmen. Dabei ging es auch um Synthetische Biologie, die von Kritikern manchmal als „extreme Gentechnik“ bezeichnet wird. Nach zähem Ringen beschlossen die Teilnehmer, Vorsorge zu empfehlen. Die Regierungen sollen den Umgang mit Synbio-Organismen regulieren.

Erfolgreiche gentechnikfreie Züchtung

In den Niederlanden ist eine neue salzwassertolerante Kartoffelsorte gezüchtet worden - und das ganz ohne Gentechnik. Weltweit sind fast 50 Prozent der bewässerten Ackerflächen von Versalzung bedroht.

Die salzwassertoleranten Kartoffeln sind inzwischen fester Bestandteil auf der Speisekarte mehrerer niederländischer Restaurants. Peter Melchett von der britischen NGO *Soil Assocation* begrüßte die Züchtung der salzresistenten Sorte.



Britische Geflügelindustrie warnt vor TTIP

Die britische Geflügelfleisch-Industrie warnt vor einer gegenseitigen Anerkennung von Standards im Rahmen des EU-USA-Freihandelsabkommens TTIP. Über 80 Prozent der Unternehmen, die im Verband *British Poultry Council (BPC)* organisiert sind, zeigen sich laut einer Umfrage besorgt. Das Chlorbaden von Fleisch, das in den USA üblich ist, sei zwar billiger, aber auch nicht so nachhaltig wie die europäischen Schutzmaßnahmen.

TTIP: Tausche Äpfel und Birnen gegen Gentechnik

Die EU will mehr Obst in die USA verkaufen, stößt dabei aber auf Hindernisse. Doch sie könnte Washington bei der Gentechnik ködern: Zulassung von acht in der Warteschleife steckenden gentechnisch veränderter Pflanzen, dafür sollen die europäischen Exporteure mehr Äpfel und Birnen über den Atlantik schicken dürfen. Das könne auch die Verhandlungen über das TTIP-Abkommen neu beleben, erklärte der ehemalige EU-Handelskommissar Karel De Gucht seinen Kollegen im September.

Brokkoli- und Tomatenpatent

Die Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes hat im Oktober kein Urteil darüber gefällt, ob konventionell gezüchtete Gemüsesorten weiter patentiert bleiben dürfen. Erst in drei bis fünf Monaten werde die schriftliche Entscheidung mitgeteilt, sagte Ruth Tippe von der Initiative „Kein Patent auf Leben!“ dem Infodienst. Vor dem Patentamt in München, wo eine Anhörung zu den umstrittenen Fällen stattfand, hatten sich Demonstranten versammelt und forderten ein Eingreifen der Politik, um die Patentierung von Pflanzen und Tieren zu stoppen.

Unfaire Kostenverteilung bei Gentechnik

Über 200 Millionen Euro müssten Landwirte, Händler und Futtermittelmühlen zusätzlich aufbringen, wenn in Deutschland zu 50 Prozent gentechnisch veränderter Mais angebaut würde. Auch heute fallen für die Trennung der Warenströme schon hohe Kosten an, die vor allem diejenigen tragen müssen, die keine Gentechnik einsetzen wollen. Sollten also die Verursacher zur Kasse gebeten oder aber Gentechnik-Fütterung gänzlich aus Tierställen verbannt werden? Darüber diskutierten Vertreter der Regierung, der Bio-Branche und des Supermarkt-Konzerns Rewe Anfang November in Berlin.

Colorado, Oregon: Keine Gentechnik-Kennzeichnung

In zwei US-Bundesstaaten wird es vorerst keine Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln geben. In Oregon entschied eine hauchdünne Mehrheit von unter einem Prozent der Wähler gegen die Einführung von GMO-Labels, wie vorläufige Zahlen zeigen. In Colorado war die Niederlage der Kennzeichnungsbefürworter hingegen deutlich. Auf Hawaii wurde unterdessen ein vorläufiges Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen beschlossen.

Daniel Hertwig
Karin Ehrle-Horst
Informationsdienst Gentechnik

Ausführliche und aktuelle Texte:
www.keine-gentechnik.de

RABEN - ABO

Ich bestelle den RABEN RALF
- ab der nächsten Ausgabe
- ab Monat .....

Den Betrag von 20 € (oder mehr) überweise ich jährlich auf das Konto der GRÜNEN LIGA Berlin e.V.:
Konto-Nr.: 3060502
BLZ: 10020500
IBAN: DE 38100205000003060502
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft
Verwendungszweck:
“Abonnement RABE RALF“
Bei Beiträgen über 20 € unbedingt auf dem Überweisungsschein den Zeitraum angeben, für den die Zahlung erfolgt. Diese Vereinbarung verlängert sich automatisch, wenn sie nicht gekündigt wird.
Ich habe das Recht, diese Vereinbarung jederzeit aufzukündigen.

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Nr.

.....
PLZ, Ort

.....
Datum

.....
Unterschrift

Sie erleichtern uns die Arbeit mit einer **Einzugsermächtigung:**
Hiermit bitte ich Sie, widerruflich von meinem Konto:
IBAN: .....
Bank:.....
BIC: .....
ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt jährlich den Betrag von je 20 € als „Abonnement RABE RALF“ für die Versendung der Zeitschrift per Lastschrift einzuziehen. Mir ist bekannt, dass das Kreditinstitut eine Teileinlösung von Lastschriften nicht vornehmen kann. Mir ist ferner bekannt, dass eine Änderung oder Löschung dieser Einzugsermächtigung bis 1 Monat vor Ausführungstermin berücksichtigt wird:

.....
Datum Unterschrift

Verschenken!

Der RABE geht nicht an mich, sondern an:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Nr.

.....
PLZ, Ort

GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Redaktion DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
raberalf@grueneliga.de
Fax: 030/44 33 91 33

GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Stadt, Migration und Neue Nachbarn

Wir sollten die „Flüchtlinge“ als Neu-Berlinerinnen und Neu-Berliner wahrnehmen

In den letzten 15 Jahren sind circa zwei Millionen Menschen aus Berlin weggezogen. Aber ungefähr dieselbe Zahl ist neu nach Berlin gekommen: Sind das jetzt alles Berlinerinnen und Berliner?

Es kommen Menschen aus allen Teilen der Welt, manche aus der Nähe, manche aus der Ferne, und alle sind verschieden. Was wäre Berlin ohne dieses Kommen und Gehen? Ohne die vielen Neuen? Auf jeden Fall weniger bunt und weniger spannend.

War das immer so? War das nicht früher anders? Nein, es war immer so. 1920 schrieb Karl Scheffler seinen berühmten Satz, der zum geflügelten Wort geworden ist: „Berlin [ist] dazu verdammt: immerfort zu werden und niemals zu sein.“ Mag sein, dass in Berlin diese fortwährende Veränderung besonders spürbar wird, trotzdem ist es für jede Stadt eigentlich der Normalfall: Die Straßen und Plätze, die meisten Gebäude und Parks bleiben, aber die Menschen kommen und gehen. Ohne Zuwanderung gäbe es auch keine Städte, der Zug vom Land in die Stadt – und von immer weiter her in die Stadt – läuft seit Jahrhunderten und das wird sich auch nicht ändern.

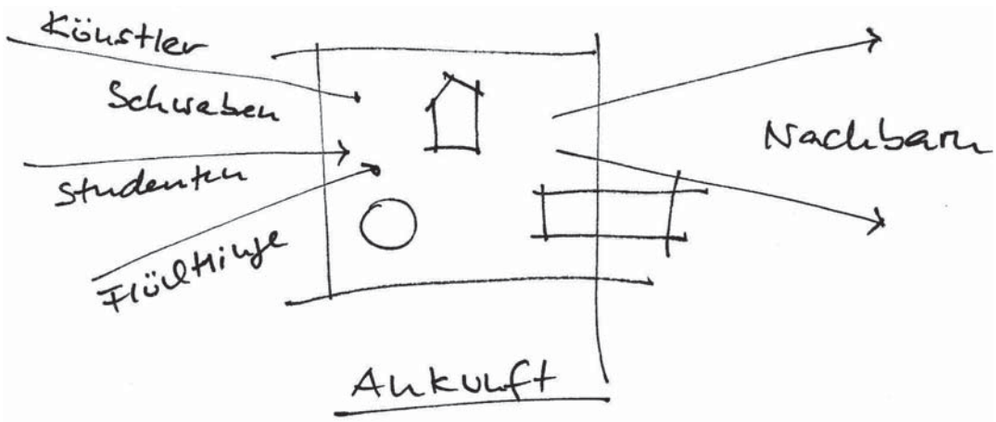
Stadt ist anders als Land und Dorf: „Stadtluft macht frei!“ war schon im Mittelalter ein Rechtsgrundsatz. Stadt verspricht Freiheit, deswegen kommen immer mehr Menschen in die Städte – auf der Suche nach persönlicher Freiheit. So ist es nicht überraschend, dass auch heute viele Menschen, die vor Unfreiheit, politischer Verfolgung, wirtschaftlicher Not und Unterdrückung fliehen, auf der Suche nach Freiheit zu uns nach Berlin kommen. Eigentlich haben sie dieselben Gründe wie wir oder wie sie unsere Eltern und Großeltern hatten. Sie sind ein Teil auch unserer Geschichte, weil sie uns daran erinnern.

Urbane Gesellschaft ist immer heterogen

Wie lange bleibt ein Mensch ein Flüchtling? Ein Vertriebener? Ein Fremder? Was wäre, wenn wir die Menschen einfach nehmen, wie sie sind, wenn wir sie ihren Weg gehen ließen? Eine urbane Gesellschaft ist immer heterogen. Und Fremdheit ist ein Wesensmerkmal von Stadt. Dort erwartet man das Fremde. Trifft man einen Bekannten, ist man überrascht.

Nur im engeren persönlichen Umfeld, am Wohn- und Arbeitsort, dem eigenen „Kiez“ ist dies anders. Viele Quartiere und Orte in der Stadt bleiben uns fremd, bieten aber auch die Freiheit des fremden Ortes, an dem man anders sein kann. Fremdes macht einem oft auch Angst, denn Fremdheit ist das Gegenteil von Vertrautheit. Das Unbekannte ist aber nur solange fremd, solange man nicht mit ihm vertraut wird. Dabei spielen Dauer und Nähe, Offenheit und Vertrauen die wichtigste Rolle. Eine Strategie des „Sich-Vertraut-Machens“ setzt natürlich voraus, das Fremde zu respektieren. Und dann kann man sich - oft beiläufig und, warum nicht, unverkrampft, manchmal gezielt - einander nähern, sich kennenlernen und ...gegenseitig vertrauen. Aus Fremden werden so Nachbarn und oft Freunde. Man ist zwar anders, aber sich nicht mehr fremd und hat auch keine Angst mehr: Vielfalt und Veränderung bedingen einander. Beides sind Merkmale der Stadt, das eine gäbe es ohne das andere nicht. Beides für sich allein kann als Zumutung bis hin zur Bedrohung begriffen, zusammen aber sollte es immer als Chance gesehen werden.

Was hat das mit Stadtplanung zu tun? Wenn wir Stadt planen, müssen wir nicht nur an diejenigen denken, die schon da sind und die Stadt kennen, sondern auch an die Menschen, die neu ankommen und die Stadt noch nicht kennen! Wie muss sie aussehen, dass die Neuen sich zurechtfinden? Sich hineinfinden in die für sie fremde Stadt? Das Interessante ist, dass es immer wieder bestimmte Orte innerhalb einer Stadt gibt, wo die Hinzugezogenen sich treffen, niederlassen, heimisch werden: Ankunftsorte in der Stadt. Dort werden Kontakte zu Netzwerken geknüpft, ein persönlicher, beruflich-wirtschaftlicher und kultureller Austausch kommt in Gang, und Interessen finden zueinander. Dabei verändern sich auch diese Orte immer wieder. Dieser Prozess ist nie zu Ende, sondern ein Lebensprinzip (in) der Stadt. Diese Orte zu fördern und zu pflegen ist deshalb notwendig und sinnvoll zum Wohle aller Menschen in der Stadt.



Skizzen: Volkmar Nickol

Migration und Mobilität sind ähnliche Phänomene

Flüchtlinge werden derzeit als Problem gesehen, als ein Problem, das „gelöst“ werden muss. Ein Mensch, der aus einem Land in ein anderes geflüchtet ist, unterscheidet sich letztendlich aber kaum von anderen Menschen, die die heutigen Möglichkeiten der Mobilität nutzen. Migration und Mobilität bezeichnen ähnliche Phänomene mit unterschiedlicher Wertung: Migration ist eher negativ, Mobilität eher positiv besetzt. Migration wird eher im Kontext von Armut, Zwang, Not und Flucht und daraus folgenden Schwierigkeiten der Integration verwendet. Mobilität wird eher im Zusammenhang mit gut ausgebildeten bis hoch qualifizierten Kräften auf dem sogenannten globalen Markt verbunden. Das verstellt den Blick auf eine positive Wahrnehmung von Migration.

Zudem gibt es unterschiedliche Formen von Migration: lineare, auf längeres Bleiben gerichtete und zirkuläre, an den Ausgangsort zurückkehrende, sowie viele individuelle Mischformen (Pendeln, serielles Bleiben), orientiert an Lebens- und Arbeitsformen und -phasen. Die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnisse müssen wir in unsere Planungen miteinbeziehen.

Menschen mit Mobilitäts- und Migrationserfahrungen erwerben Kompetenzen für vielseitige Verortungen und Vernetzungen. Zugewanderte sind häufig hoch motiviert, sie wollen ihre Lebenssituation und -perspektive verbessern und sind bereit, dafür auch Einschränkungen in Kauf zu nehmen. Viele machen sich selbständig unter Nutzung der mitgebrachten und sich erweiternden sozialen Netzwerke. Persönliche Netzwerke sind heute global, auch langfristig. Netzwerke dienen der sozialen, gesellschaftlichen Einbindung, auch an verschiedenen Orten und verbinden damit diese Orte. Aus persönlichen Beziehungen werden so auch Beziehungen zwischen den Orten, an denen die Menschen leben. Migration kann zum Aufbau und zur Entwicklung sozialer, globaler Netzwerke führen, die mehr sind als kurzfristige Kontakte, das heißt, die zu langfristigen Verbindungen werden können. Das kommt allen an den Netzwerken Beteiligten zu Gute: den Menschen in Berlin, die hier schon lange leben und auch denen, die gerade erst ankommen.

Kommen die Flüchtlinge in Berlin an, sollte ihre Flucht zu Ende sein. Nehmen wir die, die wir heute „Flüchtlinge“ nennen, als zu uns kommende Neu-Berlinerinnen und Neu-Berliner wahr, als neue Nachbarn, die mit uns gemeinsam an diesem Berlin arbeiten wollen - einem Berlin das immerfort wird und nie fertig sein wird!

Volkmar Nickol, Architekt
Arbeitskreis Stadt+Migration
Bündnis90/Die Grünen

Brotkorb? … Vogelnest?

Rückblick: Tiegelteuerling - Pilz des Jahres 2014

Es war wieder soweit: wetterfest gekleidete Mitmenschen – teilweise in Gruppen – durchstreiften die Wälder. Das mitunter kecke Äußere der Naturliebhaber wurde durch einen lässig über den Arm getragenen oder an der Hand baumelnden Weidenkorb komplettiert: PILZZEIT. Da passte es gut, dass die Deutsche Gesellschaft für Mykologie (DGfM) den (noch) aktuellen *Pilz des Jahres* schon Monate im Voraus kürte. Für 2014 hatte sich die DGfM auf den *Tiegelteuerling* festgelegt. Allgemein möchte die DGfM mit der jährlichen Wahl auf die große Bedeutung der Pilze in den natürlichen Stoffkreisläufen aufmerksam machen: „Es sind in erster Linie die oft im Verborgenen wirkenden Fadenwesen, die mit ihren Enzymen abgestorbene, organische Stoffe wie Holz, Blätter, Nadeln und vieles mehr remineralisieren und somit wieder für die Pflanzenwelt verfügbar machen. Ohne diese Ökosystemleistung der Pilze würde in kürzester Zeit die gesamte Nahrungskette zusammenbrechen."

Der Tiegelteuerling

Foto: Dr. H. Kretschmar - DGfM

Der Gemeine Tiegelteuerling, lateinisch *Crucibulum laeve*, ist eine Pilzart aus der Familie der Champignonverwandten und einziger Gattungsvertreter in Deutschland. Er bildet gelblich-orangefarbene, bis einen Zentimeter hohe tiegelförmige Fruchtkörper aus, in denen sich weiße, linsenförmige Sporenbehälter (sogenannte *Peridiolen*) befinden. Diese Form der Sporenentwicklung kommt nur bei wenigen Pilzgattungen vor und hat mit deren cleverer Verbreitungsstrategie zu tun. Denn die Sporenkapseln sind Pflanzensamen sehr ähnlich und werden von Vögeln als echte Samen angesehen und aufgepickt. Über den Kot wieder ausgeschieden, können die Sporen so über große Entfernungen verbreitet werden. Die Nahdistanz-Verbreitung übernimmt der Regen: Wenn seine Tropfen in die geöffneten Tiegel fallen, können die Kapseln dadurch herausgeschleudert werden und haften mit einem Klebfaden an Pflanzen der Umgebung an. Soweit es sich um Fraßpflanzen handelt, übernehmen auch hier wieder Tiere die Weiterverbreitung.

Offenbar sind beide Strategien so erfolgreich, dass sich die Teuerlinge weltweit verbreitet haben. Als *Saprobiont* (auch Folgezersetzer: Organismen, die von toter organischer Substanz leben) bevorzugt er übrigens Lebensräume auf Holzresten, Zweigen und Zapfen diverser Laub- und Nadelhölzer. Auch auf morschen Strohdächern kann der Teuerling gefunden werden. Selten besiedelt er auch den Erdboden – hier dann häufiger auf Kahlschlägen, seltener in Gärten oder auf Viehweiden.

Aufgrund seiner auffälligen Form zählte man Teuerlinge – als Pilze noch anhand ihrer anatomischen Merkmale klassifiziert wurden – zu den Bauchpilzen. Und die Peridiolen waren es wohl auch, die dem Teurling seinen Namen gaben. Geldstücken gleich liegen sie im Tiegel (Säckchen) und lassen ihn (es) teuer erscheinen. In anderen Ländern gibt es andere, der äußeren Form entsprechende Namen, etwa „Brotkorbpilz" in Schweden oder „Vogelnestpilz" in England.

Soviel noch: Die Fruchtkörper des Tiegelteuerlings erscheinen von Juni bis Oktober. Leider hat die Art keinen Speisewert und ist deshalb wirtschaftlich unbedeutend.

Jörg Parsiegla

Weitere Informationen:
www.dgfm-ev.de

Gejagter Jäger

Ausblick: Habicht - Vogel des Jahres 2015

Der NABU und der bayerische Landesbund für Vogelschutz (LBV) haben den „Vogel des Jahres 2015" gekürt. Auf den Grünspecht, Vogel des Jahres 2014, folgt im neuen Jahr der *Habicht* – ein Greifvogel, der zwar nicht gefährdet, aber wie viele seiner Verwandten trotz Jagdverbot immer noch der illegalen Verfolgung ausgesetzt ist. „Abgeschossene, vergiftete oder gefangene Habichte sind nach wie vor trauriger Alltag. […] bei Geflügel- und Taubenzüchtern ist der Habicht besonders unbeliebt", sagte NABU-Vizepräsident Helmut Opitz.

Das Verbreitungsgebiet der Art reicht von der Arktis bis zu den Subtropen der nördlichen Halbkugel. In Deutschland leben nach neuesten Erfassungen 11.500 bis 16.500 Brutpaare. Eine der höchsten Siedlungsdichten von Habichten weltweit hat Berlin mit etwa 100 Brutpaaren.

Habicht in der Luft

Foto: NABU - Lorenz

Habichte sind mit 45 bis 65 Zentimetern Körperlänge und Spannweiten um einen Meter mittelgroße Greifvögel. Die im Vergleich zum Männchen, auch Terzel genannt, um circa ein Drittel größeren und schwereren Weibchen sind etwa so groß wie Mäusebussarde. Im Unterschied zu diesem ist *Accipiter gentilis* – im Flug jedenfalls – gut an seinem langen Schwanz zu erkennen. Ausgewachsene Habichte sind schiefergraubraun, das Großgefieder zeigt eine deutliche Bänderung auf weißem bis beigebraunem, bei Jungvögeln auf gelblichem Grund. Die Beine sind gelb, ebenso die Wachshaut des Schnabels. Typisch sind der helle Überaugenstreif und die gelb bis orange gefärbte Iris. Bei älteren Habichten steigert sich die Farbe bis ins Rubinrote!

Habichte mögen abwechslungsreiche Landschaften. Sie sind geschickte Flieger und jagen im Wald, auf Feldern sowie in offenem Gelände – Hauptsache, Hecken oder Gebüsche bieten genügend Deckung. Ihre Nahrung besteht überwiegend aus kleinen bis mittelgroßen Vögeln, auch kleine Säugetiere bis zu einem Gewicht von etwa einem Kilogramm (Ratten, Kaninchen, junge Hasen oder Eichhörnchen) werden nicht verschmäht.

Männchen und Weibchen paaren sich im Spätwinter, unter günstigen Bedingungen schon im November oder Dezember. Mit etwas Glück sind in dieser Zeit ihre spektakulären Balzrituale zu sehen: Atemberaubende Sturzflüge und Hakenmanöver bieten ein einmaliges Naturschauspiel. Für den Bau ihrer Nester bevorzugen sie hohe, alte Bäume in größeren Nadel- und Mischwäldern. Ideal gelegene ältere Horste werden auch schon mal nachgenutzt und mit frischem Geäst aufgestockt.

Aus den von Mitte März bis April abgelegten drei bis vier Eiern schlüpfen nach etwa 30 bis 40 Tagen die Jungvögel. Die Arbeitsteilung der Eltern bei der Jungenaufzucht ist vorbildlich: Das Männchen versorgt die Familie bis zu drei Wochen allein mit Nahrung, während das Weibchen den Nachwuchs betreut. Es geht erst wieder auf die Jagd, wenn ihre Jungen keinen Schutz vor Kälte, Nässe und Feinden mehr brauchen. Brut und Aufzucht dürften auch die einzigen Zeiten sein, in denen sich der Habicht „zu Wort" meldet. Untereinander reicht den Eltern ein „gjak" oder „gjik". Störungen am Nest werden mit längeren „kja-kja-kja ..."-Rufreihen beantwortet. Habichtpartner bleiben ein Leben lang zusammen und sind sehr reviertreu. Nur außerhalb der Brutzeit werden sie zu Einzelgängern.

Jörg Parsiegla

Weitere Informationen:
www.nabu.de/aktionenundprojekte/vogeldesjahres

Umweltschulen - jetzt umdenken - mach mit!

Kinder und Jugendliche für Umweltthemen und nachhaltiges Wirtschaften sensibilisieren

Seit über zehn Jahren werden Berliner Schulen zu „Umweltschulen“! Sie setzen sich für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung ein, um jene Menschen für Umweltthemen und nachhaltiges Wirtschaften zu sensibilisieren, die unsere Zukunft gestalten werden: unsere Kinder und Jugendlichen.

Megathemen wie Ressourcenknappheit oder Folgen des Klimawandels können angesichts der vielschichtigen Globalisierung nur gemeinsam angegangen werden; Einzellösungen sind heute nicht mehr gefragt. Doch obwohl diese Themen eine enorme Dringlichkeit besitzen, ist die Vermittlung dieser Inhalte und die Gestaltung von Handlungsalternativen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung oft viel zu abstrakt. Denn es fehlt eine Übertragung in unsere Lebenswelten und eine Antwort auf die Frage: Was hat das mit mir zu tun?

„Umweltschule in Europa/Internationale Agenda 21-Schule“(*) setzt genau hier an und ermutigt Schulen, nachhaltige Entwicklung in den Unterricht zu integrieren und dazu praktische Vorhaben zusammen mit Partnern aus Wirtschaft, Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft durchzuführen. Ziel ist es, Schüler und Schülerinnen zu befähigen, sich zu aktiven, global denkenden Bürgern zu entwickeln und selbst Verantwortung für sich und ihre Zukunft zu übernehmen.

Der Weg zur Umweltschule

Zuerst werden zwei Handlungsfelder gewählt, oft ist das erste eines der vielen kleinen Projekte, die jede Schule im Laufe der Zeit für sich entwickelt hat. Das zweite sollte ein neues Vorhaben sein. Innerhalb des jeweiligen Schuljahres (Ausschreibungszeit) werden diese selbstentwickelten Projekte in aktiver Zusammenarbeit mit Eltern und außerschulischen Partnern umgesetzt und dokumentiert. Die Themen orientieren sich an den Inhalten der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, wie zum Beispiel kulturelle Vielfalt, Klima, Wasser, Konsum, Stadt, Ernährung oder Mobilität. Das Projekt „Zukunft gestaltet Schule“ der Berliner Schulverwaltung berät die Schulen und vermittelt Kooperationspartner aus einem umfangreichen, „nachhaltigen“ Netzwerk. Weitere Anregungen gibt es im Internet unter www.umweltschule-berlin.de.

Am Ende des Schuljahres gibt es einen Wettbewerb und eine Jury aus Vertretern verschiedener Organisationen, die „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Berlin unterstützen (Ökowerk, GASAG, EPIZ, UfU, JFSB, SchülerUni). Diese entscheidet über die Auszeichnung der besten Schulen. Um das Label „Umweltschule“ zu erhalten, müssen die Projekte bestimmte Kriterien erfüllen oder dahingehende Ansätze aufzeigen. Wichtig sind dabei Stichworte wie Partizipation, Schulprogramm, Fortbildung, Unterrichtsgestaltung, Kooperationspartner, die Öffnung der Schule, Langfristigkeit und Schulgemeinschaft. Die ausgewählten Schulen erhalten eine Urkunde und einen Wimpel und werden im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung geehrt

Petra Brandtstetter

(*)„Umweltschule in Europa / Internationale Agenda 21-Schule“ ist eine Ausschreibung der europäischen Umweltbildungsstiftung Foundation for Environmental Education (FEE), in Deutschland vertreten durch die Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung (DGU). Gegenwärtig

beteiligen sich über 24.000 Schulen in mehr als 55 Staaten, in Deutschland rund 750 Schulen aus acht Bundesländern an dem Projekt. 2014 wurden in Berlin 13 Schulen ausgezeichnet, unterstützt von der GASAG und der Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin. Unabhängig von ihrer Ausgangssituation können alle Schulen „Umweltschule“ werden.

Kontakt und Beratung:
Harry.Funk@senbjw.berlin.de
Tel. 030/ 90227-5075
Infos: www.umweltschule-berlin.de
Imageclip: umweltschule-berlin.de/mach-mit

be Berlin

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft

20 Jahre Hanf Museum

Im Nikolaiviertel in Berlin-Mitte wird gefeiert

Das Hanf Museum Berlin feiert zum Jahresende sein 20jähriges Bestehen. Die deutschlandweit einzige Dauerausstellung über Cannabis öffnete 1994 ihre Pforten im Nikolaiviertel, um ein vorurteilsfreies Bild über die alte Kultur-, Heil- und Rauschpflanze Hanf zu vermitteln.

Wer das im historischen Kern der Hauptstadt gelegene Nikolaiviertel besucht, kennt sie, die ungläubigen Blicke auf die vermeintliche Drogenplantage. Dabei eignen sich die Cannabispflanzen im *Growroom* des Hanf Museums nicht zur Berauschung sondern sind wertvoller Rohstoff für Bauindustrie oder Textilproduzenten. „Genau wegen dieser Reduzierung der Kulturpflanze Hanf auf ihre psychoaktiven Inhaltsstoffe gibt es uns“, erklärt Rolf Ebbinghaus, Leiter der in der Bundesrepublik einzigartigen Ausstellung, die auf fast 300 Quadratmetern mit Schautafeln, Vitrinen und Ausstellungsstücken unter anderem zeigt, dass Hanf noch vor wenigen Jahrzehnten die heimischen Felder begrünte.

Der Kriminalisierung und Marihuana-Hysterie stellt das Museum jedoch nicht nur den Blick in die Geschichte gegenüber. „An die heutige *Cannabishightec*, faserverstärkte Biokunststoffe oder Batterien auf Hanfbasis dachte 1994, bei Gründung des Museums, noch niemand. Doch auch die Wiederentdeckung historischer Anwendungen der Nutzpflanze Hanf sei längst noch nicht abgeschlossen“, so Museumsleiter Ebbinghaus.

Wie überraschend vielseitig der verbotene nachwachsende Rohstoff Cannabis ist, bringt das Hanf Museum mit seiner umfassenden Ausstellung seit nunmehr 20 Jahren ins Gedächtnis zurück. Als ersten Höhepunkt der Jubiläumsfeierlichkeiten gibt es die Sonderausstellung „20 Jahre Hanf Museum“ und es wird eine Jubiläumsfestschrift präsentiert. *jm*

Hanf Museum Berlin
Mühlendamm 5
10178 Berlin-Mitte
Öffnungszeiten:
Di-Fr 10-20 Uhr
Sa, So 12-20 Uhr

Weitere Informationen:
info@hanfmuseum.de
www.hanfmuseum.de

Anzeige

KÖPENICKER WEINLADEN
Faßverleih und mehr
Mo-Fr 14.00-18.30
Sa 10.00-18.00
Tel. 611 90 09
Köpenicker Straße 8 10997 Berlin-Kreuzberg

Der vergessene Vordenker

Wachstumskritiker Nicholas Georgescu-Roegen starb vor 20 Jahren

In der Online-Ausgabe einer großen, überregionalen linken Tageszeitung war kürzlich ein ausführlicher Artikel dem in Deutschland leider kaum bekannten, *Entropie-Ökonom* Nicholas Georgescu-Roegen gewidmet. Autor Guido Speckmann, seines Zeichens Politikwissenschaftler mit Anstellungen unter anderem beim Hamburger VSA-Verlag (für linke Bücher) und bei der Zeitschrift Sozialismus, will diese Wissenslücke schließen und anlässlich des 20. Todestages (30. Oktober) Georgescu-Roegens an ihn erinnern.

Verdienst

Der große Verdienst NGR's, wie der Rumäne von Fachkollegen bisweilen genannt wurde, besteht laut Speckmann darin, „theoretisch begründet zu haben, was spätestens mit der Ölkrise von 1973 zumindest vorübergehend jedem klar wurde: die eminente Bedeutung der Energie für moderne Volkswirtschaften." Provokant – und mit Augenzwinkern? – ließe sich an dieser Stelle fragen, ob nicht vielleicht auch schon Lenin, zumindest intuitiv, um die Bedeutung der Energiefrage wusste, als er die Losung propagierte: „Kommunismus gleich Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes". Nun, wahrscheinlich sah Lenin in seiner Vorgabe, natürlicherweise, den einzigen Weg, die Rückständigkeit Russlands zu überwinden und zu den industrialisierten Ländern der damaligen Zeit aufzuschließen. Und zumindest hier lässt sich wieder ein Bogen zu Georgescu-Roegen schlagen, der angesichts seines „rumänischen Exils", wie er selbst die Jahre nach seinen Studienaufenthalten in Paris, London und in den USA nannte, die rückständige Heimat nicht mit den Lehren der westlichen Standardökonomie abbildbar sah und somit Rezepte für die Entwicklung agrarischer Volkswirtschaften vermisste.

Auf akademischem Terrain gilt der überwiegend im US-amerikanischen Lehrbetrieb verortete kritische Geist als Begründer der sogenannten Ökologischen Ökonomie, er selbst bevorzugte den Begriff Bioökonomie. Georgescu-Roegens bekanntestes Werk ist *The Entropy Law and the Economic Process* (Das Gesetz der Entropie und der wirtschaftliche Prozess, 1971). Es begründete zwar seinen Ruf in der Fachwelt, ließ ihn aber zugleich zu einem Außenseiter in seiner Wissenschaftsdisziplin werden. Darüber hinaus gab er mit *La décroissance* (Wachstumsrücknahme), der autorisierten französischen Übersetzung einer Aufsatzsammlung von ihm (1979), der französischen wachstumskritischen Bewegung ihren Namen: „décroissance".

Mit seinem Hauptwerk und zuvor erschienenen Artikeln hat er bereits ein Jahr später großen Einfluss auf eine Veröffentlichung ausgeübt, die bis heute ungleich bekannter ist: *Die Grenzen des Wachstums* (1972) des *Club of Rome*. Mit dieser rückte zum ersten Mal in ein breites Bewusstsein, dass ein stetiges Wirtschaftswachstum durch die Erschöpfung der Ressourcen künftig an ein Ende geraten könnte.

Nicholas Georgescu-Roegen

Foto: upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/c/c8/Nicholas_Georgescu-Roegen.jpg

Hauptgedanken

Georgescu-Roegens Thesen zielen auf die Übertragung von physikalischen Erkenntnissen, insbesondere aus dem Bereich der Thermodynamik und der Entropie, auf ökonomische Prozesse ab. Ausgangspunkt seiner Überlegung ist, dass jeglicher ökonomischer Prozess mit dem Verbrauch von Energie einhergeht sowie die Unterscheidung von verfügbarer und unverfügbarer Energie.

Nach dem ersten Hauptsatz der Thermodynamik, jenes Teilgebietes der Physik, das im 19. Jahrhundert entwickelt wurde und das sich mit der Möglichkeit beschäftigt, durch Umverteilen von Energie zwischen ihren verschiedenen Erscheinungsformen Arbeit zu verrichten, kann Energie weder geschaffen noch zerstört werden: Ein Perpetuum mobile, also eine Arbeitsmaschine ohne Energiezufuhr, ist unmöglich. Der zweite Hauptsatz (nach Rudolf Clausius, 1865) besagt, daß der Nutzen einer bestimmten Energiemenge ständig abnimmt. In der Literatur wird als Beispiel hierfür oft das Sanduhren-Prinzip oder das Kochexperiment bemüht. Um bei letzterem zu bleiben: Eine Tasse heißen Kaffees kühlt so lange ab, bis Kaffee und Zimmerluft gleich temperiert sind. Die im Kaffee enthaltene Energie ist zwar im Raum noch vorhanden, sie kann aber nicht mehr benutzt werden, etwa um eine zweite Tasse Kaffee zu kochen. Als Maß für den Anteil zerstreuter und nicht mehr nutzbarer Energie wählte Clausius den Begriff „Entropie" (aus dem griechischen *entrepein*: umkehren).

Nutzbare Energie ist niedrige Entropie. Das menschliche Leben und die gesamte Wirtschaft sind auf diese niedrige Entropie angewiesen: Pflanzen, Tiere, Kohle, Öl und alle anderen Bodenschätze. Übertragen auf ökonomische Prozesse bedeute dies, dass der Wirtschaftsprozess, so schrieb Georgescu-Roegen in seinem Hauptwerk, kein Kreislauf sei, er „besteht aus der kontinuierlichen Umwandlung von niedriger in hohe Entropie, also in nicht wiederverwertbaren Abfall, oder, um einen geläufigen Begriff zu verwenden, in Umweltverschmutzung." Kurz ausgedrückt: Der Wirtschaftsprozess kommt einem ständigen Aufbrauchen gleich (mit hässlichem Rest), das in der Endkonsequenz das Wachstum begrenzt und selbst Nullwachstum zur Fiktion werden lässt.

Georgescu-Roegen geht sogar noch einen Schritt weiter und formuliert eine weitere thermodynamische Regel, welche die Gültigkeit der Entropiezunahme nicht nur für Energie konstatiert, sondern auch für Materie – beispielweise in Form von Korrosion oder Verschleiß. Er formuliert diese Regel mit den Worten „Es ist unmöglich, Stoffe komplett zu recyceln."

Damit stellen Georgescu-Roegens Erkenntnisse eine fundamentale Kritik an der vorherrschenden bürgerlichen Wirtschaftslehre dar – aber auch an derzeit dominanten marxistischen Strömungen. Selbst grüne Politik wäre mit NGR nicht zu machen, denn Ökonomie und Ökologie seien nicht wirklich zu versöhnen.

Unbequemer Unterton

Die Mainstream-Ökonomie übergeht Georgescu-Roegen im Wesentlichen, er wird (mit seinem Frühwerk) allenfalls als Kritiker ökonomischer Erkenntnisverfahren wahrgenommen. Überhaupt ist sein Werk bis heute kaum ins Deutsche übersetzt. Der apokalyptische Unterton seiner Analysen lassen ihn auch in der Umweltbewegung nur wenige Anhänger finden. Andererseits passt die Warnung vor der Apokalypse zum Selbstverständnis vieler Globalisierungsgegner. Auf Kongressen und in Internet-Foren spielt sein Name daher immer wieder eine wichtige Rolle. Im eigenen Bewusstsein der Wirkung seiner Aussagen, rief er bereits 1978 zu „einer menschliche Ökonomie" auf. Sein „Überlebensprogramm" für die Welt mahnte die Industrieländer zum Verzicht auf jegliche Extravaganz, außerdem sollten sie den Schwellen- und Entwicklungsländern einen auskömmlichen Lebensstandard zubilligen. Die Weltbevölkerung müsste sich auf einem Niveau einpendeln, das sich mit ökologischem Landbau ernähren lässt.

Und Georgescu-Roegen schloss nicht aus, dass eines Tages eine neue „prometheische Innovation" die Lebensgrundlagen der Menschen erweitern könnte, um den Prozeß der Entropiezunahme zu verlangsamen.

Jörg Parsiegla

Weitere Informationen:
www.nd-online.de/artikel/950254.der-entropie-oekonom.html

Nicholas Georgescu-Roegen

Geboren 1906 in Constanta (Rumänien)
Studium der Mathematik in Bukarest und Paris (Stipendiat an der Sorbonne) und Zuwendung zur Ökonomie
1930 Promotion über latente zyklische Bestandteile von Zeitreihen, anschließend
Studium in London (Stipendiat am University College)
1932-1942 Professur für Statistik an der Universität Bukarest, unterbrochen von 1934-1936 Forschungsarbeit in Harvard unter seinem Förderer Joseph Schumpeter 1944 Generalsekretär der rumänischen Waffenstillstandskommission
1948 Flucht vor der kommunistischen Regierungsbildung in Rumänien in die USA
1949-1976 (Pensionierung) Lehrauftrag an der Vanderbilt University in Nashville/Tennesee (USA), vorübergehend auch an der IUED in Genf (1974)
1977-1978 letzter Lehrauftrag an der Universität Strasbourg (Frankreich)
Verstorben 1994 in Nashville/Tennessee (USA)

Netzwerk21Kongress 2014

Deutscher Lokaler Nachhaltigkeitspreis ZeitzeicheN vergeben

Um die lokalen Nachhaltigkeitsakteure in Deutschland zu stärken, zu vernetzen und zu qualifizieren, wurde 2007 auf Initiative des Umweltbundesamtes und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Netzwerk21Kongress ins Leben gerufen. Nach Berlin, Leipzig, Köln, Nürnberg, Hannover, Erfurt und Stuttgart fand er in diesem Jahr am 23. und 24. Oktober in München statt. Von Anbeginn zählt die GRÜNE LIGA Berlin zu den hauptverantwortlich agierenden Veranstaltern des Kongresses. Für die Veranstaltung in der bayerischen Landeshauptstadt konnten in der Planungsphase des Kongresses die Stadt München und der Münchner Green City e.V. als Kooperationspartner gewonnen werden. Der bundesweite Kongress bietet nicht nur eine Plattform für den Erfahrungsaustausch, die Stärkung und die Vernetzung von lokalen Nachhaltigkeitsinitiativen, er ist auch ein Ort der kritischen Diskussion sowie der Weiterbildung zum Thema nachhaltiger Kommunalentwicklung.

Der mittlerweile achte Netzwerk-21Kongress stand unter dem Motto „Brücken in die Zukunft bauen – Wandel vor Ort gestalten“. In verschiedenen Workshops und Gesprächsformaten wurden Fragen erörtert wie: Welches Wachstum brauchen wir in der Zukunft? Wo findet Transformation statt? Welche Rolle spielen dabei die unterschiedlichen Akteure? Was motiviert sie?

Erstmals wurde in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ein Forum Kommunale Entwicklungszusammenarbeit organisiert, bei dem es in drei Workshops um die post2015-Agenda aus kommunaler Sicht, nachhaltige Beschaffung und Klimaschutzpartnerschaften ging.

Es wurden schwerpunktmäßig Themen wie Wachstumskritik, kommunale Daseinsvorsorge, lokale Nachhaltigkeitssteuerung und EU-Förderung für Kommunen behandelt. Ebenfalls erstmals gab es Workshop-Reihen zu Partizipation, Konsum, Mobilität und Energie, in denen über drei Zeiteinheiten an einem Thema gearbeitet wurde. Neu im Programm waren auch Planspiele unter der Überschrift „Eine Zukunft für Alle“. Dabei hatten die Akteure Gelegenheit, im Spiel Szenarien zu den Themen Gemeindeentwicklung, Partizipation, Verbraucherverhalten, Klimawandel und Generationengerechtigkeit kennenzulernen.

Mit dem Netzwerk21Kongress wurde gleichzeitig der Deutsche Lokale Nachhaltigkeitspreis ZeitzeicheN aus der Taufe gehoben. Bewerbungen um den Preis – entweder in Eigeninitiative oder auf Vorschlag Dritter – werden anhand vorgegebener Kriterien und in mehreren ausgelobten Kategorien einem Wettbewerbsverfahren unterzogen und letztendlich von einer kompetenten Jury beurteilt. Der Preis würdigt langjähriges Engagement ebenso wie neue Ideen, Projekte und Initiativen, die erst am Anfang einer vielversprechenden nachhaltigen Entwicklung stehen. Auf diese Weise wird sichtbar gemacht, welche Rolle die lokale Ebene bei der Verwirklichung globaler Nachhaltigkeitsziele spielt. Traditionell findet die Preisverleihung in feierlichem Ambiente am Abend des ersten Kongresstages statt, ein Empfang zu Ehren der Preisträger schließt sich an.

Bevor es jedoch zur eigentlichen Preisverleihung kommt, gibt es noch einmal – ebenso traditionell – einen Rückblick auf die Preisträger des Vorjahres: Wie haben sich deren Projekte zwischenzeitlich entwickelt, welche Fortschritte wurden erzielt, gibt es Nachahmer? So soll eine gewisse Kontinuität in der (wenn auch nur ideellen) Begleitung der jeweiligen Akteure erreicht werden.

Auf dem Münchner Kongress wurde der ZeitzeicheN-Preis in sechs Kategorien vergeben – insgesamt acht Mal einschließlich Sonderpreisen in zwei Kategorien.

Ein Großteil der insgesamt 115 Bewerbungen entfiel auf die ***Kategorie Bildung*** (Bildung für Nachhaltige Entwicklung – BNE). Sieger wurde hier das Münchner *Ökoprojekt MobilSpiel e.V.*, prämiert für seine „Lernpartnerschaft Zukunft“. Mit ihm wird Fachkräften in Freizeiteinrichtungen, Kitas und Schulen geholfen, das Themenfeld BNE in ihren Einrichtungen dauerhaft zu verankern. Dazu sind inhaltliche Bausteine, Methoden, Kompetenzen, Kooperationspartner, Ablaufpläne und Wege der Öffentlichkeitsarbeit in Handbüchern festgehalten worden, die gewährleisten, dass BNE an diesen Einrichtungen unabhängig von Personalwechsel weitergeführt werden kann. Professor Gerhard de Haan, Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade BNE, hob in seiner Laudatio hervor, dass ein klares Ziel hinter dem Anliegen des Vereins steht: die Kinder für die Gestaltung ihres künftigen Alltags fit zu machen.

In der ***Kategorie Initiative*** mit den „zweitmeisten“ Bewerbungen ging der Preis an *rehab republic e.V.*, ebenfalls München, prämiert wurde das innovative Kommunikationslabor. Als offene Gemeinschaft entwickelt rehab republic neue Formen der Kommunikation zum Thema gesellschaftliche Innovation. Als Beispiele für ihre Aktionen stehen Flashmobs, Tauschbörsen, Lebensmittel-Rettungspartys und unkonventionelle Sportevents. Seit 2013 hat der Verein mit seinen ungewöhnlichen Aktionsformen ein Offline-Publikum von über 10.000 Menschen erreicht. Laudator Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt bei der bayerischen Landeshauptstadt, hob insbesondere die Kraft der Bilder hervor, die die Mitwirkenden durch ihre Aktionsformate erzeugen. Durch sie würde deutlich, „dass man auf sehr unterschiedlichen Wegen zur Ressourceneinsparung und zum würdigen Umgang miteinander“ beitragen kann. Nachhaltiges Handeln dürfe auch Spaß machen.

Gespannte Workshoparbeit

Ein Sonderpreis in der Kategorie ging an den Münchner *Eartlink e.V.*, prämiert für seine bundesweit erfolgreiche Kampagne „Aktiv gegen Kinderarbeit“.

Kategorie Jugend: Hier machte die *ROCK YOUR LIFE!* gGmbH für ihr Coaching- und Mentoringprojekt zur Verbesserung von Bildungschancen Benachteiligter das Rennen. Deutschlandweit bringt ROCK YOUR LIFE! (RYL!) unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zusammen, die sonst nur in minimalem Austausch stehen. Das auf einem strukturierten Coaching-Prozess aufbauende Programm qualifiziert engagierte Studenten, Schüler aus sozial, wirtschaftlich oder familiär benachteiligten Verhältnissen auf dem Weg in den Beruf oder in die weiterführende Schule zu begleiten. An mittlerweile über 40 Standorten in Deutschland und der Schweiz ist dies bereits möglich. Durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen vor Ort erhalten die Jugendlichen Zugang zu potentiellen Arbeitgebern. Martin Glöckner vom Green City e.V. brachte es in seiner Laudatio anschaulich auf den Punkt: Nicht „Wir werden Dein Leben schon schaukeln“ sei Motto des Preisträgers, sondern „Nimm Dein Leben in die Hand!“

Kategorie Kommune: Dem *Kreis Steinfurt* ist es durch kontinuierliche Netzwerk-, Struktur- und Projektarbeit gelungen, die Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit dauerhaft positiv zu besetzen. In allen 24 Kreiskommunen, in den politischen Gremien und bei den regionalen Entscheidungsträgern gibt es Klimaschutzbeauftragte und sehr aktive Netzwerker. Dafür und speziell das „energieland2050“ Vorhaben, das in zwei Jahren 2050 Energieberater

ZeitzeicheN Preisträger 2014

Fotos: Stephan Rescher - GRÜNE LIGA

inklusive Unternehmernetzwerk im Kreis rekrutieren möchte, gab's den ZeitzeicheN-Preis. Laudator Dr. Ralf Bleicher vom Landkreistag würdigt insbesondere, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Mittel gelten würden, um den Kreis Steinfurt in beispielhafter Weise zukunftsfest zu machen, die regionale Wertschöpfung zu heben und Fachkräfte zu binden.

In der ***Kategorie Unternehmen*** kam die *Agrotherm GmbH Malchin* in Mecklenburg-Vorpommern zum Zug, prämiert wurde ihr auf Paludikultur basierendes Biomasseheizwerk (is'n das, werden die meisten Leser fragen). In der Tat handelt es sich um ein bislang einzigartiges Projekt, bei dem Biomasse von wiedervernässten Mooren (Paludikultur) für die regionale Wärmeversorgung Verwendung findet. Das auf theoretischem Fundament des Instituts für Botanik und Landschaftsökologie der Universität Greifswald basierende und in Kooperation mit lokalen Landwirtschaftsbetrieben, der Stadt Malchin und dem lokalen Energieanbieter verwirklichte Heizwerk trägt zum Erhalt der Kulturlandschaft der Region bei und sichert hier eine nachhaltige Energieversorgung. Es entzieht der Lebens- oder Futtermittelproduktion keine Agrarflächen.

Ein ZeitzeicheN-Sonderpreis in der Kategorie ging an die in der sechsten Generation (seit 1628) familiengeführte und seit 21 Jahren nachhaltig wirtschaftende bayerische Traditionsbrauerei *Neumarkter Lammsbräu, Gebrüder Ehrnsperger KG.*

Last but not least ging der ZeitzeicheN-Preis an den *Verein zur Förderung der Partnerschaft mit den Mujeres Mayas e.V. (VMM)* nach Güntersen (Niedersachsen). In der ***Kategorie Internationale Partnerschaft*** wurde damit ein Verein geehrt, der seit 1997 humanitäre Hilfe in Comalapa, Guatemala, leistet. So wurden unter anderem Trinkwasserleitungen gebaut, eine Ambulanzklinik (mit Apotheke) und ein Geburtszentrum für die lokale Hebammenorganisation eingerichtet sowie eine bilinguale Schule für Maya-Kinder gegründet. Aus einem anfänglich privaten Hilfsprojekt erwuchs so eine großartige, durch die jeweiligen Botschaften im Partnerland unterstützte, offiziell anerkannte Partnerschaft zwischen Comalapa und dem Landkreis Göttingen. Damit wird es möglich, die infrastrukturelle Hilfe auf die Bereiche Abfall, Abwasser, Klimaschutz, Kommunikation und Rechtssicherheit zu erweitern. „Vom Hilfsprojekt zur Partnerschaft, von der Einbahnstraße zum regen Austausch", würdigt Dr. Stefan Wilhelmy, Leiter der Deutschen Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, das Projekt.

Im nächsten Jahr wird der Netzwerk21Kongress am 4. und 5. November in Lübeck stattfinden.

Jörg Parsiegla

Weitere Informationen:
www.netzwerk21kongress.de

UmweltMedienpreis - Verleihung

Deutsche Umwelthilfe würdigt journalistische Leistungen

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) vergab am 4. November zum 19. Mal den UmweltMedienpreis. Laut eigener Aussage ehrt der Umwelt- und Verbraucherschutzverband damit herausragende journalistische Leistungen und die wirkungsvolle Präsentation von Natur- und Umweltthemen in den Medien. In einer Welt, die sich immer schneller zu drehen scheint, in der die Medien gleichzeitig Täter und Opfer der Beschleunigung sind, wüchsen die Herausforderungen insbesondere für „diejenigen Journalisten und Medienarbeiter, die komplexe Zusammenhänge, natürliche und menschengemachte, verstehen und in eine klare, verständliche Sprache übersetzen wollen.

Die Preisträger des UmweltMedienpreises

Foto: Jörg Parsiegla

In diesem Jahr wurde der Preis in drei Kategorien vergeben, dazu gab es einen Sonderpreis. Bei den **Printmedien** wurde Harald Schumann, für seine investigative Berichterstattung beim Tagesspiegel geehrt. Schumann ist einer der prominentesten deutschen Journalisten überhaupt und machte sich besonders als Kritiker des Finanzkapitals einen Namen. Bekannt dürfte er spätestens nach Erscheinen seines zusammen mit Hans-Peter Martin (österreichischer Sachbuchautor und Politiker) geschriebenen Buchs „Die Globalisierungsfalle" (1996) sein. In ihrer Laudation kam Prof. Dr. Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin und Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten (2004 und 2009) nicht umhin, Schumann den Part des Gerechtigkeitsfürsorgers zuzuerkennen. Dazu passen jedenfalls seine jüngsten Berichte über die Luxemburger Steuerpraxis oder Schumanns Auftreten auf dem diesjährigen Campact-Kongress.

In der Kategorie **Hörfunk** wurde die Autorin Katharina Nickoleit für ihr WDR 5 „Leonardo"-Feature „Wilderei in Afrika – Rettung der letzten Nashörner und Elefanten" ausgezeichnet. Ihre Themenschwerpunkte sind Umweltschutz, Globalisierung und Entwicklung. Darüber berichtet sie regelmäßig aus Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die Jury konnte keinen besseren Laudator als Schauspieler Hannes Jaenicke finden – selbst Dokumentarfilmer und engagierter Dickhäuterschützer. Ein hochaktuelles Thema, denn der Elfenbeinhandel zum Beispiel ist in Afrika organisiert wie ein Drogenkartell. Pikantes Detail aus der Laudatio: Der Vatikan unterhält noch immer eine Elfenbeinwerkstatt, und der ehemalige Papst Ratzinger verschenkte schon auch protziges Elfenbeinschnitzwerk an Staatsgäste.

Kategorie **Film**: Hier ging der Medienpreis an das Filmautorenduo Friedemann Hottenbacher und Maximilian Mönch für die ZDF/Arte Wissenschaftsdokumentation „Plastik – Fluch der Meere: Verhungern mit vollem Bauch". Darin verdeutlichen die beiden Filmemacher die alarmierenden Auswirkungen von menschengemachten Ausleitungen und Müll in den Ozeanen und unterstreichen, wie dringlich es ist, zu handeln. Laudator Dr. Robert Habeck, schleswig-holsteinischer Umweltminister und somit „zuständig für zwei Meere" lobte das Ansinnen der Preisträger, eines der vom Ausmaß her größten globalen Umweltprobleme deutlich ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rufen und bestärkte sie, das Thema weiter zu verfolgen.

Das Reporterteam des WDR/ARD-Fernsehmagazins „neuneinhalb" erhielt in diesem Jahr einen **Sonderpreis** der Deutschen Umwelthilfe. In dem wöchentlichen gesellschaftspolitischen Magazin berichten Malin Büttner, Siham El-Maimouni und Johannes Büchs regelmäßig über Klimawandel und Naturschutz. Insbesondere haben die Jury Sendungen wie „Meer ohne Fisch", „Zurück in die Wildnis" oder „Elektroschrott – Gefahr für Afrika" überzeugt. Die drei Jugendreporter würden komplizierte Umweltthemen kompetent, anschaulich und originell darstellen.

Die Preisverleihung fand traditionell im historischen Kassensaal der KfW Bankengruppe am Berliner Gendarmenmarkt statt. *Jörg Parsiegla*

Weitere Informationen:
www.duh.de/351.html

Einwohner stimmen über Kohlebergbau ab

Kommunalwahlen im Nordwesten Tschechiens

Bei den jüngsten Kommunalwahlen in der tschechischen Region Ústí nad Labem (Aussig, tschechisches Erzgebirgsvorland) wurde deutlich, wie die Wählerinnen und Wähler die Zukunft des Kohlebergbaus sehen. Denn die Entscheidung für die Art der Energiegewinnung ist immer auch eine politische Frage. Und politische Entscheidungen darüber haben viele Gesichter. In der Tschechischen Republik ist die wahrscheinlich bekannteste Entscheidung hierzu die Frage der sogenannten Braunkohle-Förderlimits. Seit 1991 schützen diese Förderlimits die Dörfer und Städte des Erzgebirgsvorlandes vor der Erweiterung der Kohletagebaue. Insbesondere die Ortschaft Horní Jiřetín ist zu einem Symbol für die Bergbaugegner geworden.

Landschaftszerstörung - das alte ... und neue Horní Jiřetín

Foto: http://www.greenpeace.org/czech/cz/news/paroubek-chce-uz-zase-bourat-jiretin/

Tschechischer Protest gegen Braunkohle und Atomkraft

Foto: MARTIN BOUDA / MEDIAFAX

Vorgeschichte

Für das tschechische Erzgebirge ist die Frage nach der Zukunft des Kohlebergbaus ein Dauerbrenner. Die großen Energie- und Bergbaufirmen haben ein natürliches Interesse, die Tagebaue zu erweitern. Die Macht dieser Firmen hängt nicht nur vom Geld ab, sie spiegelt sich auch durch ihren Einfluss auf die hohe Politik wider. Ein Argument der Kohlelobby ist zum Beispiel die Sicherung von Arbeitsplätzen für die Region. Und so macht sich Tschechiens Präsident Miloš Zeman zum Sprachrohr der Kohlelobby und spricht sich ganz offen gegen die Förderlimits aus. Auch von seinem Wirtschaftsminister Jan Mládek können die die Einwohner von Horní Jiřetín keine Unterstützung erwarten. Nächstes Jahr will er in der Regierung über neue (höhere) Förderobergrenzen entscheiden lassen. Seine bevorzugte Variante im Vorfeld ist ein regionales Volksbegehren. Das aber könnte ihm in die Hände spielen, weil die nichtbedrohten Einwohner die Sicherung von Arbeitsplätzen als sehr wichtiges Thema in einer Region mit hohe Arbeitslosigkeit und Bergbautradition sehen. Dass eine Entwicklung der Region auch ohne weiteren Bergbau möglich ist und dies, wie Studien zeigen, womöglich sogar mehr Arbeitsplätze bringt als neue Tagebaue, wird freilich verschwiegen.

Gegen diese Macht stehen die Einwohner der bedrohten Ortschaften. Auf Tschechisch gibt es diese Redewendung: „Es ist besser abzubrennen, als umzuziehen.“ Und so wollen die Einwohner von Horní Jiřetín am liebsten bleiben und sind bereit, sich dafür zu engagieren. Einige Familien mussten in der Vergangenheit schon mehrmals wegen der Kohle umziehen. Dabei ist das Leben am Rand von Tagebauen ohnehin nicht einfach: Es bedeutet nicht nur Standortunsicherheit, dazu kommen Probleme wie ein erhöhtes Gesundheitsrisiko oder auch schwindender Immobilienwert. Die Spekulation mit Grundstücken ist eine typische, auch aus anderen Gegenden bekannte Taktik der Kohlekonzerne. Auch in Horní Jiřetín gibt es Leute, die sich auf diese Taktik einlassen und an Kompensationsgeschäften mit den Kohlefirmen gern verdienen möchten. Die Mehrheit der Einwohner Horní Jiřetín steht dieser Art des Verhandelns jedoch kritisch gegenüber.

Wie entsteht Wählerverhalten

Jeder wählt täglich seinen ganz persönlichen Energiebedarf. Diese Teilnahme am Energiekonsum sollte auch das Recht beinhalten, auf die Art der Energiegewinnung einzuwirken. Dazu hat der Bürger von Zeit zu Zeit durch Wahlen Gelegenheit.

Dabei unterscheidet sich bürgerschaftliches Engagement in kleinen Ortschaften oft grundsätzlich von solchem in Großstädten. In kleineren Orten sind die Menschen häufig stärker in Kontakt miteinander. Viele Einwohner kennen sich schon ein Leben lang, und man hat sich eingerichtet. Aktionen oder gar Demonstrationen sind sehr selten. Der Beitrag zum vielfaltigen Leben in der Gemeinde erfolgt über das Engagement in Vereinen, die sich nach Möglichkeit auch rechnen sollten. Es sind dieselben Vereine, die auch gegen den Kohlebergbau aktiv sind. Außerdem orientiert sich das Wählerverhalten bei Kommunalwahlen oftmals mehr an persönlichen Qualitäten der zur Wahl stehenden Kandidaten als an deren politischen Hintergründen. Große landesweite Parteien müssen deshalb nicht unbedingt auch in kleineren Orten erfolgreich sein. Der charismatische Kandidat, dessen Engagement im Ort sichtbar und bekannt ist, bekommt die Stimmen von Nachbarn und Bekannten eher, als Sprecher der großen Parteien mit leeren Versprechungen. Genau das passt zum neuen Bürgermeister von Horní Jiřetín, Vladimír Buřt.

Das Wahlergebnis in Horni Jiretin

Vladimír Buřt ist einer der bekanntesten Gegner der Tagebauerweiterungen in der Tschechischen Republik. Für seine Tätigkeit als Bürger und Ideen-Geber, hat er in den Jahren 2009 und 2011 den Josef Vavroušek-Preis und den Ivan Dejmal-Preis erhalten. Beide Preisen würdigen Leistungen für den Landschafts- und Umweltschutz in Tschechien. Seit 1998 ist er als Kommunalpolitiker tätig. Für die Grüne Partei ist er nun – mit rund 500 Vorzugsstimmen – neuer Bürgermeister geworden.

Das Kommunalwahlergebnis in Horní Jiřetín hat klar gezeigt, dass die Bürger gegen weitere Tagebaue sind. Die Wahlbeteiligung war sehr groß, dreiviertel der berechtigten Einwohner haben ihre Stimme abgegeben, und das ist in Tschechien, selbst für Kommunalwahlen, sehr ungewöhnlich.

Horní Jiřetín, die von Abbaggerung bedrohte Stadt, hat sehr engagierte Einwohner. In der kleinen Stadt mit 2.200 Einwohnern, stellten sich Kandidaten von sieben Parteien zur Wahl, nur drei davon sind sogenannte große, landesweite Parteien. Das Vereinsleben im Ort umfasst unter anderem den Fußball-Verein, den Angler-Verein, die Freiwillige Feuerwehr, und auch die Senioren sind aktiv. In Horní Jiřetín findet auch viel Kultur statt – zum Beispiel Ausstellungen und Theateraufführungen. Eigentlich ist es ein guter Ort zum Leben, auch im Vergleich zu anderen kleinen Städten im Grenzgebiet.

Blick voraus

In den benachbarten, vom Kohlebergbau bedrohten Regionen sieht es ähnlich aus. Auch in der Lausitz zum Beispiel regt sich Widerstand gegen die Kohle. Die Gegnerschaft setzt sich aus unterschiedlichen Gruppen zusammen, die zudem auf unterschiedlichem Niveau organisiert sind. Die Gruppen bilden sich oft in einem langfristigen Prozess, häufig an Orten, wo Leute sich kennen lernen. So hat beispielsweise die Anti-Kohle-Kette in Lausitz diesen Sommer gezeigt, dass sich die Einwohner in den von Abbaggerung bedrohten Ortschaften, trotz unterschiedlicher Sprache, sehr gut verstehen, weil die Probleme überall dieselben sind.

Der Kohlebergbau ist, geschichtlich gesehen, zum Auslaufmodell geworden. Selbst erfahrene Bergmänner glauben nicht mehr an ein besseres Morgen. Mit dem verloren gehenden Prestige des Bergmannberufs scheint für die Betroffenen nichts mehr so, wie es war. Deswegen ist es wichtig, Perspektiven für diese Orte aufzuzeigen – beispielsweise durch Renaturierungsmaßnahmen für die Tagebaulandschaften oder durch die Ansiedlung von touristischen Strukturen und gegebenenfalls nachhaltigen Erwerbszweigen.

Mikuláš Černík
Praktikant bei der
GRÜNEN LIGA Berlin

Erfolgreich gegen Fracking

Polnische Aktivist_innen setzen sich gegen Chevron durch

Sie kamen um vier Uhr morgens mit ihren Bulldozern, erinnert sich Landwirt Wiesław Gryn aus der südostpolnischen Gemeinde Żurawlów. Gemeint sind die Mitarbeiter des US-Konzerns Chevron, die vor Ort mit Probebohrungen beginnen wollten, um dort die Möglichkeiten für ein eventuell späteres Fracking zu erkunden. Das hat sofort die Bewohner auf den Plan gerufen. Spontan blockierten sie mit ihren Traktoren die Zufahrtswege, damit es keinen Zugang mehr zu dem von Chevron gepachteten Gelände gab. Wie auch in anderen Regionen Polens bildete sich sofort eine Bürgerinitiative gegen Fracking, um dem Ansinnen des mächtigen, weltweit operierenden Unternehmens mit zivilem Ungehorsam entgegenzutreten. David gegen Goliath ist sicherlich die beste Beschreibung: Auf der einen Seite die 100 Einwohner zählende Ortschaft, auf der anderen ein milliardenschwerer Konzern. So kam es zur Gründung der Bürgerinitiative *occupy chevron*. Der Name erinnert irgendwie an die amerikanische Occupy Bewegung, bei der es einst um den Protest gegen die undurchsichtigen Geschäfte der ebenso weltweit operierenden Finanzinstitute ging.

Beim Fracking - dem umweltschädlichen Bohren nach Gas in tiefen Schiefergesteinsschichten - unter Einsatz von Unmengen an mit Chemikalien versetztem Wasser, wurden aus anderen Ländern bereits schwere Umweltschäden gemeldet, die von den Konzernen allerdings meist bestritten werden.

Enteignung per Gesetz

„Es geht um die Verteidigung der wunderschönen Landschaft, die nicht dazu da ist, dort Schiefergas zu fördern. Wertvoll ist das Gebiet auch für die Landwirtschaft mit seinen geschützten Trinkwasservorkommen“, erläutert Landwirt Wiesław Gryn, dessen Hof dort schon seit 1785 besteht. Er verweist darauf, dass in Polen kürzlich ein neues Gesetz beschlossen wurde, mit dem Boden für Fracking enteignet werden kann, wenn der Besitzer es nicht freiwillig verkauft. Mittlerweile seien 20 Prozent der Gesamtfläche Polens als Konzessionsgebiete für Fracking ausgewiesen. Wobei die Förderstätten oft weniger als einen Kilometer voneinander entfernt sind. Es handele sich hier um eine schmutzige Technologie. Hier soll gesundes Brot aus einer sauberen Landwirtschaft hergestellt werden. „Europa mit seiner hoch modernen Technologie kann Energie auch mit anderen Mitteln erzeugen“, schlägt Landwirt Gryn vor, der sich ernsthaft Sorgen um die mit Fracking verursachten Umweltschäden macht. Dies sei nicht nur ein polnisches Problem. Auch in anderen Ländern steht Fracking auf der Tagesordnung.

Weltweite Solidarität

„Wir hatten mächtige Gegner. Das waren nicht nur Chevron, sondern auch die Behörden und die Polizei, die alles taten, um unsere Aktionen zu behindern“, berichtet Berufsfotograf Andrzej Bąk, der die Aktivitäten fotografisch dokumentierte. Es war auch ein Erfolg, dass es die volle Unterstützung aus dem Dorf gab, berichten Einwohner. Żurawlów, unweit der ukrainischen Grenze gelegen, wurde zu einem weltweit bekannten Beispiel des Widerstandes gegen Fracking. Da die Blockade zunächst nur eine spontane Aktion war, konnte anfangs niemand ahnen, welche Bedeutung ihr Kampf schließlich weit über die Landesgrenzen hinweg haben würde. Aus einem Zelt, mit Kameras ausgestattet, berichteten die Aktivist_innen regelmäßig vom Ort des Geschehens. Unterstützung bekamen sie auch aus den USA, Deutschland, Rumänien, Südafrika, Tschechien und Frankreich. Symbolisch wehten die Fahnen dieser Nationen über dem Zelt. Natürlich hat der Kampf gegen die Umweltzerstörung das Leben im Dorf verändert. „Unser privates Leben haben wir beiseite geschoben“, berichten Aktivist_innen. Und es hat sich gelohnt: Nach 400 Tagen der Unsicherheit ist es gelungen, Chevron zur Aufgabe zu bewegen. „Dann sind sie abgezogen, als sei nichts gewesen, nun geht es mit Probebohrungen in der Umgebung weiter“.

Fotodokumentation erstellt

Die eindrucksvollen, von Andrzej Bąk mit der Kamera festgehaltenen Aktivitäten, wurden nun der hiesigen Öffentlichkeit präsentiert. In Zusammenarbeit mit der Projektgruppe „Ziviler Ungehorsam in Osteuropa“ am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin sind die Fotografien in den Räumlichkeiten der *Kultur-Kooperative für Deutsch-Polnische Initiativen* in Berlin ausgestellt. Es sind ausdrucksvolle Dokumente des friedlichen, unermüdlichen Widerstandes. „Ein Bild sagt mehr als 1000 Worte“, sagte Andrzej Bąk zur Eröffnung der Ausstellung. „Auf den Fotos sind die Helden der Ausstellung zu sehen“, fügte er hinzu. „Wir machen den Menschen in Polen nicht vor, wie das mit der Energiewende funktioniert. Die Polen machen das selbst“, so Adrian Stadnicki von der Projektgruppe am Osteuropa-Institut zur Ausstellungseröffnung, zu der unter anderem auch Vertreter hiesiger Umweltgruppen anwesend waren.

Das Interesse an dem Thema ist groß. Die Ausstellungseröffnung war gut besucht. So ist bereits an eine weitere Veranstaltung dazu gedacht. „Wir sind derzeit auf der Suche nach weiteren Institutionen, die an dieser Ausstellung interessiert sind“, sagt Adrian Stadnicki. Die Ausstellung wird noch drei bis vier Monate in Deutschland bleiben, bevor es weiter geht.

Fracking ohne Zukunft

Polen galt in Europa lange als das „Schiefergas -Eldorado“. Der Andrang ausländischer Energieunternehmen war so groß, dass sogar der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf den Plan gerufen wurde. Nach der ursprünglichen Regelung sollten nur in Polen registrierte Unternehmen eine Konzession beantragen dürfen. So fühlten sich Firmen aus anderen europäischen Staaten bei der Vergabe von Konzessionen diskriminiert, hatte die Europäische Kommission in ihrer Klage 2013 argumentiert. Polen habe damit gegen EU-Richtlinien verstoßen, die eine diskriminierungsfreie Vergabe vorsieht.

Es besteht durchaus Hoffnung, dass Fracking in Polen ein Auslaufmodell sein wird, bevor es überhaupt losgeht. So vermeldet das *manager magazin* ganz aktuell: „Die Fracking-Revolution in Polen fällt aus“. Nach ursprünglich euphorischen, realitätsfernen Schätzungen, was den Umfang der Gasvorräte in Polen betrifft, ist nun Ernüchterung bei den internationalen Energieunternehmen eingetreten. So hätten sich bereits sieben von elf Konzernen aus Polen zurückgezogen. Ziel der Förderung von Fracking ist die Hoffnung auf energiepolitische Unabhängigkeit von Russland. Was allerdings mit dem Ausbau erneuerbarer Energien umweltschonender erreichbar wäre. Frankreich und Bulgarien haben Fracking bereits verboten.

Volker Voss

Entschlossen und eindrucksvoll wehren sich die Einwohner von Żurawlów gegen Fracking - und bekommen dabei viel Unterstützung

Fotos: Andrzej Bąk

Weitere Informationen:
Adrian Stadnicki
adrians@zedat.fu-berlin.de
Ausstellungsort:
Kultur-Kooperative für
deutsch-polnische Initiativen
Schillerstraße 59, 10627 Berlin

Jugendarbeitslosigkeit und Energiewende

Will Europa nicht eine ganze Generation abschreiben, muss JETZT gehandelt werden

Der EU-Beschäftigungsgipfel der Regierungschefs Anfang Oktober in Mailand war ein Gipfel der Rat- und Hilflosigkeit. Die 2013 bewilligten Sondermittel von sechs Milliarden sind bisher zu gerade einem Prozent abgerufen, nationale Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit vielfach noch nicht eingebracht und für nur drei Staaten bewilligt. Nicht einmal im Ansatz ist erkennbar, wie die EU die beschlossene Jugendgarantie - dass jede/r junge Europäer/in binnen vier Monaten in Arbeit oder Ausbildung steht - verwirklicht.

In Mailand wurde kontrovers über wirtschafts- und arbeitspolitische Konzepte diskutiert, die eines gemein haben: Sie wirken im großen Umfang bestenfalls dann, wenn die heute jungen Mensch alt sind und nicht mehr in Frage kommen. Führen etwa Griechenland und Spanien das von Frau Merkel angepriesene duale System ein, schafft das zunächst keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Und wenn das in noch fernen Jahren passiert, hilft es vielleicht den Kindern der heute arbeitslosen europäischen Jugend. Sofern sie sich angesichts ihrer eigenen Perspektivlosigkeit getraut haben, Kinder in diese Welt zu setzen.

Will Europa nicht eine ganze Generation abschreiben, muss JETZT gehandelt werden. Eine Beschäftigungspolitik mit kurzfristiger und durchschlagender Wirkung ist gefragt. Angebote, die zukunftsfähige Aufgaben und Tätigkeiten offerieren. Und zwar so, dass sie vorrangig jungen Menschen Wirkungsmöglichkeiten anbieten, mit vorgeschalteter Zusatzausbildung, sofern erforderlich. Berufsfelder mit enormen Beschäftigungseffekten eröffnen sich zum Beispiel dann, wenn die Europäische Union eine konsequente Klimaschutz- und Energiewende-Politik von ihren Mitgliedsländern einfordert. Angesichts der divergierenden und zumeist kurzsichtigen Interessen der Einzelstaaten und der Lobbys der Energiekonzerne ist das keine leichte Sache – aber es wird ja nicht einmal ernsthaft versucht. Dabei böte sich im Vorfeld der kommenden Klimakonferenz in Paris die einmalige Chance, eine durchschlagende europäische Energiewende mit einer überzeugenden Strategie gegen den Skandal der Jugendarbeitslosigkeit zu verbinden, nämlich etwa so:

Ausbildung junger Menschen zu Energieexperten

Alle europäischen Länder, vor allem die mit hoher Jugendarbeitslosigkeit, haben einen enormen Rückstand an sparsamer und effizienter Energienutzung. Warum dann nicht eine europaweite, mit Sondermitteln finanzierte Kampagne ausrufen, mit der in allen Regionen und Ortschaften der Union junge Menschen zu Energieexperten ausgebildet werden, die flächendeckend in allen Häusern, Betrieben und öffentlichen Einrichtungen für eine Senkung des Energieverbrauchs sorgen? Das hätte neben unzweifelhaften Beschäftigungsimpulsen die erfreuliche Nebenfolge, dass sie armen Haushalten hilft, ihre Strom- und Gasrechnungen bezahlen zu können. Nicht von ungefähr wurde allein in Spanien im vergangenen Jahr eineinhalb Millionen Haushalten zumindest zeitweise der Strom abgeschaltet, weil sie ihn schlicht nicht mehr bezahlen konnten.

Die Kosten für eine die arbeitslose Jugend involvierende Energiesparkampagne würden sich im Wesentlichen auf die Ausbildungszeit beschränken, die sich oft dadurch verkürzt, dass die Mehrheit der jungen Europäer_innen bereits Vorqualifikationen aufweisen. Die Arbeit der geschulten Energieexpert_innen selbst kann dann zum größten Teil durch die erzielten Einsparungen an Energie finanziert werden. Und die EU hätte zudem die Aussicht, einer Umsetzung ihres Energieeinsparziels von 20 Prozent bis 2020 und (leider nur) 30 Prozent bis 2030 näher zu kommen.

Noch mehr können die europäischen Länder bewirken, wenn sie die Kampagne mit einem umfassenden Investitionsprogramm insbesondere der Gebäudesanierungen verbinden. Dazu braucht es Fachkräfte im Bau- und Ingenieurswesen, die unter den jungen Europäer_innen bereits in großer Zahl zu finden sind oder die entsprechend ausgebildet werden können. Der zusätzliche Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften wird etwa für Spanien auf rund 200.000 Personen geschätzt, sofern das Land sich endlich ernsthaft vornimmt, das 20 Prozent-Ziel an Einsparung bis 2020 zu erreichen. Da Spanien an effizienter Energienutzung einen besonders großen Nachholbedarf hat, werden wir für die EU nicht einfach hochrechnen können. Doch selbst im iberischen Rekordland der Jugendarbeitslosigkeit könnte man so 20 Prozent der jungen Leute ohne Job eine berufliche Zukunft bieten.

Windkraft bei Paterna de Rivera (Provinz Cádiz)

Foto: Hartwig Berger

Wie soll ein europäisches Sanierungs- und Beschäftigungsprogramm bezahlt werden? Dazu reicht zum Beispiel der Wille zu einer kurzfristig realisierbaren Reform des EU-Emissionshandels, die - für eine wirksame Klimaschutzpolitik - ohnehin mehr als überfällig ist. Der CO_2-Zertifikatehandel dümpelt gegenwärtig mit Niedrigstpreisen dahin und kann als nahezu gescheitert gelten. Die europaweite Einführung von Mindestpreisen und vor allem eine Erhöhung der Reduktionsverpflichtungen für Kohlendioxid macht den Emissionshandel erstens zu einem wirksamen klimapolitischen Instrument und erwirtschaftet zweitens enorme Finanzbeträge, die in relevanten Teilen für ein europaweites energetische Sanierungsprogramm genutzt werden können.

Energiewende mit Beschäftigungskampagne verbinden

Schließlich kann die EU eine kontinentale Energiewende mit einer Beschäftigungskampagne verbinden, die zusätzlich mehreren Hunderttausend jungen Menschen gerade in den südeuropäischen „Hochburgen“ der Arbeitslosigkeit zugute käme. Denn in diesen Landstrichen sind die solare Stromerzeugung und die Windkraft (zum Beispiel in küstennahen Gebieten) inzwischen deutlich kostengünstiger als die mit fossilen Brennstoffen befeuerten Kraftwerke, von den hoch subventionierten Atomkraftwerken ganz zu schweigen.

Um also in den Südländern schnell und wirksam den Weg zur 100 Prozent-erneuerbarer Stromerzeugung einzuschlagen, müssen sich die EU und die betroffenen Mitgliedsländer entscheiden: Entweder bedienen sie weiterhin und gegen jede ökologische Vernunft die kurzsichtigen Profitinteressen der fossilen und nuklearen Energiekonzerne, oder sie entschließen sich zu einem „green solar deal“, der für die südeuropäischen Länder vergleichsweise einfach zu realisieren wäre. Um dort einen durchschlagenden Boom erneuerbarer Stromerzeugung einzuleiten, reicht es in aller Regel, dass die notwendigen Kredite für Solar- und Windanlagen im Zins gesenkt und in der Tilgung gestreckt werden. Akteur für eine zinsgünstige Kreditvergabe könnte zum einen die Europäische Investitionsbank, zum anderen die Europäische Zentralbank (EZB) sein. Wenn die EZB den Banken Kreditzinsen von 0,05 Prozent gewährt (Stand September 2014), warum dann nicht zwei Prozent Kreditzinsen für Projekte, die den Klimaschutz voranbringen.

Das wäre auch wirtschaftspolitisch vorausschauend, weil sich die Kosten der Stromerzeugung immer weiter zugunsten von Sonne und Wind entwickeln. Kein Experte, der ernstgenommen werden will, bezweifelt, dass die Kosten für fossile und nukleare Brennstoffe in den kommenden Jahren drastisch steigen werden. Man muss nicht einmal auf die dramatische Gewalteskalation im Mittleren Osten oder den andauernden Konflikt um die Ukraine verweisen. Es reicht, an die natürlichen Grenzen der fossilen Ressourcen und des Urans zu erinnern. Entscheiden sich die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten jetzt für eine Energiewende im oben skizzierten Sinn, können sie nicht nur der zur Zeit arbeitslosen Jugend eine berufliche Zukunft bieten, sondern zugleich auch die zukünftigen Risiken von Gewalt und Krieg um schwindende Ressourcen verringern.

Hartwig Berger
Sozialwissenschaftler
Gegenwärtig aktiv in einem Projekt „mehr Arbeit mit weniger Energie“ mit arbeitslosen Jugendlichen in Südspanien

Wandermeilen zur Gesundheit

Von Olaszfa nach Chorin!

Symbol des ungarischen Themenweges

Mit diesem Beitrag wird, wie in der RABE RALF-Ausgabe August/September, Seite 18, angekündigt, über die weitere Umsetzung des Wandermeilen-Projekts berichtet. Zur Erinnerung: Die GRÜNE LIGA Berlin beteiligt sich im Rahmen des *EU-Programms für lebenslanges Lernen* an einer Lernpartnerschaft, die – vor dem Hintergrund von gestiegenen Belastungen für Mensch und Umwelt – die Themen Gesundheitsprävention und nachhaltigen Tourismus miteinander verbindet. Darüber hinaus soll die Netzwerkbildung mit den teilnehmenden Regionen entwickelt werden.

Im Projekt „Wandermeilen zur Gesundheit“ haben sich sechs Partner (neben der GRÜNEN LIGA Berlin verschiedene Kneipp-Verbände und der Verein Heilkräuter-Naturerlebnis Aflenz) aus fünf Ländern – Deutschland, Österreich, Italien, Ungarn, Schweiz – zusammen gefunden. Neben einem intensiven Erfahrungsaustausch auf Projekttreffen werden von allen Partnern Wanderwege entwickelt und mit Bildungsinhalten und Gesundheitsangeboten angereichert. Schwerpunktthemen der Wanderwege sind Wasseranwendungen und Heilkräuter, Bewegung und Ernährung, Stressprävention und nachhaltiger Tourismus. Neben der Wegführung vermitteln Wanderkarten und Webpräsentationen Informationen über die Regionen und geben Anleitung für Sinneserfahrungen und Körperübungen.

Mobilität Ungarn

Bisher fanden vier sogenannte *Mobilitäten* statt – Treffen von Vertretern der beteiligten Seiten, auf denen die Herangehensweise an das Projekt, das gemeinsame Vorgehen und die Finanzierung im Rahmen der vom EU-Programm zur Verfügung gestellten Projektsumme festgelegt werden. Da das letzte Treffen in Brixen/Südtirol (Italien) wegen eines kurzfristig anberaumten Bahnstreiks ohne GRÜNE LIGA-Beteiligung stattfinden musste, kann an dieser Stelle nur über den Stand des Projekts nach der Mobilität Sárvár (Ungarn), an der teilzunehmen der Autor dieser Zeilen die Freude hatte, berichtet werden.

Das allerwichtigste gleich zu Beginn: Die Wanderkarte für die von der GRÜNEN LIGA Berlin ausgewählte, acht Kilometer lange Wegstrecke im UNESCO Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin ist Dank unermüdlichen Einsatzes der GRÜNE LIGA-Praktikantin Marion Puhlmann fertig. Der interessierte Leser findet sie auf der Vereins-Homepage durch Anklicken der Grafik auf der Projektseite. Die Wanderung – mit Start- und Endpunkt am historischen Bahnhof Chorin – führt durch die eiszeitlich geprägte Landschaft rund um das gleichnamige Zisterzienserkloster. Die interaktive Karte bietet den Wandernden Informationen zu einem der größten europäischen Biosphären-Schutzgebiete. Durch Anwahl frei gewählter Piktogramme erhält der Wanderer Informationen zu den einzelnen Stationen des Wanderweges beziehungsweise der unmittelbaren Umgebung. Im Mittelpunkt stehen dabei natürlich die an das Kneippkonzept angelehnten Übungsanleitungen (siehe oben).

Programmablauf

Programmpunkte des dreitägigen Treffens in Ungarn (vom 13. bis 15. September 2014) waren der Besuch der Kneipp-Gemeinden Alsóújlak und Olaszfa in der Hedyhát-Region Transdanubiens und die Besichtigung der Fachschule für Handel und Fremdenverkehr in Szobathely – jeweils kombiniert mit Arbeitsberatungen vor Ort zu Fragen der Website-Gestaltung, zur Kostenaufstellung für letztere und den Webauftritt in den Partnerländern sowie zur Abstimmung über den Zwischenbericht.

Im Kneipp-Kindergarten von Olaszfa

Alsóújlak und Olaszfa gehören zum Kreis der 13 westungarischen Gemeinden, in denen seit zehn Jahren im Rahmen des Programms für Europäische Territoriale Zusammenarbeit (ETZ) mit österreichischen Partnern das Projekt „Kneipp verbindet – Bilaterale Gesundheitsförderung und Tourismusentwicklung im Zeichen des klassischen Naturheilverfahrens nach Kneipp“ umgesetzt wird. Mittlerweile existieren sowohl im Mittleren Feistritztal in der Oststeiermark auf österreichischer Seite als auch in der oben erwähnten ungarischen Region Themenwege, die die Gemeinden jeweils untereinander durch Kneipp-Objekte auf einer Wanderroute verbinden. Diese Objekte oder „Attraktionen“ können Brunnen/Becken für Kneippwaschungen, Stein- und Kräutergärten, Wandelwege, Verweilstätten oder aber auch ganze Kneipp-Häuser mit entsprechenden Anwendungsmöglichkeiten (beispielsweise Salzkammer-Sitzungen oder Spritzgüsse für den Körper) sein. Sie sind an häufig frequentierten öffentlichen Plätzen innerhalb der Orte, zum Beispiel in der Nähe einer Kirche, Schule oder eines Sportplatzes eingerichtet und sollen – bei freier Nutzung – der Gesundheitsvorsorge der Bevölkerung dienen. Im Prinzip will das hier vorgestellte Projekt an diesem Programm oder an bestehenden touristischen Strukturen in den anderen beteiligten Ländern anknüpfen, indem es Teile dieser Themen-/Wanderwege durch Publikmachung und eigene Gesundheitsangebote aufwertet.

Pluspunkt für den Gastgeber

In Anlehnung an die fünf Kneipp Grundelemente Wasser, Ernährung, Kräuter, Bewegung und Harmonie stellten die am Projekt beteiligten Seiten eigene, länderbezogene Schwerpunkte, die sich mit Kneippelementen ruhig überlappen durften, in den Mittelpunkt ihrer Treffen. Für die deutsche Seite ist es – im nächsten Jahr – zum Beispiel das Thema Nachhaltigkeit, für die ungarische – das Thema Ernährung. So gab es in Alsóújlak und Szombathely als Programmpunkte Vorträge über die Ernährungsweise der ungarischen Bevölkerung, über ökologische Tierhaltung in Ungarn und über die ungarische Küche. Die Gastdelegationen durften außerdem ungarische Spezialitäten verkosten wie etwa Mangalitzafleisch vom glücklichen Wollschwein oder Wurstwaren (mit ökologischer Herkunftsgarantie) vom ungarischen Graurind. Und in Olaszfa, gab es Gelegenheit, selbst Hand anzulegen: beim Backen verschiedener Strudelvarianten. Ganz besonders geehrt fühlten sich die Gäste während des Besuchs der in Ungarn wohl angesagtesten Gastronomie-und Tourismusschule in Szombathely. Hier wurde ihnen ein erlesenes, eigens für sie zubereitetes Menü serviert.

Verantwortlich für das Gästemenü

Fotos: Jörg Parsiegla

Bei so viel Gastfreundschaft muss sich die deutsche Seite beim Abschlusstreffen im April 2015 ganz schön ins Zeug legen, um mithalten zu können.

Jörg Parsiegla

Deutscher Umweltpreis für Effizienz-Experten

Ehrung für Ökonom Hennicke, Unternehmer Krieg und Naturschützer Weinzierl

Der Deutsche Umweltpreis der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) wurde am 26 Oktober in Kassel zum 22. Mal vergeben. Aus den Händen von Bundespräsident Joachim Gauck nahmen der Ökonom und Energieeffizienzexperte Prof. em. Dr. Peter Hennicke (72, Wuppertal) und der Wissenschaftler und Gründer der Firma UNISENSOR Sensorsysteme, Prof. Dr.-Ing. Gunther Krieg (72, Karlsruhe), den höchstdotierten, unabhängigen Umweltpreis Europas in Empfang. Die DBU würdigte damit das jahrzehntelange außergewöhnliche Engagement der Preisträger für das Einsparen von Energie und den Schutz wertvoller Ressourcen. Mit dem bisher nur dreimal zusätzlich vergebenen Ehrenpreis wurde Hubert Weinzierl (78, Wiesenfelden) für sein lebenslanges Naturschutz-Engagement geehrt.

Dabei hätten die Preisträger ihre Ziele der Energie-, Ressourcen- und Materialeffizienz auf ganz unterschiedlichen Wegen verfolgt, betonte DBU-Generalsekretär Dr. Heinrich Bottermann im Rahmen der Preisverleihung: „Hennicke als Wissenschaftler und ausgewiesener Experte für eine nachhaltige Energieversorgung, Krieg als erfolgreicher Unternehmer und Entwickler weltweit einmaliger Mess- und Analysesysteme, die uns für eine nachhaltige Zukunft Perspektiven aufzeigen.“

Mit außergewöhnlichem Engagement und wissenschaftlicher Kompetenz habe Hennicke erfolgreich für den ökologischen Umbau des Energiesystems, das Einsparen von Energie und die ökonomische Machbarkeit einer Vollversorgung aus erneuerbaren Energien gearbeitet. Der Ökonom und Professor für Wirtschaftspolitik und Energiewirtschaft habe maßgeblich dazu beigetragen, die wissenschaftlichen Grundlagen für die Energiewende zu schaffen und deren politische Umsetzung in Deutschland voranzubringen. Unter seiner Leitung sei eine Neukonzipierung des Forschungsprogramms am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie erfolgt, das sich mit dem Umsetzen von Nachhaltigkeitsstrategien in die Praxis beschäftige.

Die Preisträger (v.l.n.r.): Prof. em. Dr. Peter Hennicke, Prof. Dr.-Ing. Gunther Krieg und Hubert Weinzierl

Foto: Bernd Thissen/Uli Deck/DBU

Der Preisträger Krieg habe mit seinen einmaligen Mess- und Analysesystemen seine Vision in die Realität umgesetzt, das weltweite Verschwenden wertvoller Ressourcen einzudämmen. Krieg habe sich während seiner wissenschaftlichen Laufbahn an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Karlsruhe mit der optischen Analyse von Stoffen befasst und 1990 UNISENSOR gegründet. Die von ihm entwickelten Technologien seien Meilensteine im produktionsintegrierten Umweltschutz. Mit seinen revolutionären Verfahren könnten wertvolle Kunststoffe auf höchstem Qualitätsniveau wiederverwertet und Chemikalien etwa im Offsetdruck viel genauer dosiert und damit eingespart werden. Mit seinem technologischen Gespür und seiner Leidenschaft für neue Entwicklungen trage Krieg maßgeblich dazu bei, den verschwenderischen Verbrauch endlicher Ressourcen wie etwa Erdöl zu verringern und die Materialeffizienz zu steigern.

Ehrenpreisträger Weinzierl würdigte die DBU als Vordenker und Visionär, einen der ganz wenigen Zeitzeugen, die den organisierten Naturschutz aus der Nische in das Zentrum der Gesellschaft gerückt hätten. Er gelte vielen als profiliertester Naturschützer Deutschlands und Integrationsfigur von klassischem Naturschutz und moderner Umweltpolitik. Der Ehrenpräsident des Deutschen Naturschutzringes (DNR) und Ehrenvorsitzende des BUND habe sich Zeit seines Lebens mit viel Zivilcourage in der Naturschutzbewegung engagiert. Er sei nicht eine, sondern die tragende Persönlichkeit des Naturschutzes in Deutschland und habe wichtige Akzente für Nachhaltigkeit, Schöpfungsverantwortung und den Schutz der Artenvielfalt gesetzt. Beispielhaft für den langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden der DBU seien seine Impulse für die Umweltbildung, einen nachhaltigen Lebensstil sowie für den praktischen Artenschutz. *jm*

Weitere Informationen:
www.dbu.de/343.html

Grundwasser in Deutschland

Umweltverbände fordern strenge Düngeverordnung

Drei Viertel des Trinkwassers in Deutschland werden aus Grundwasser gewonnen. Doch dessen Qualität sinkt wegen steigender Nitratbelastung aus der intensiven Agrarwirtschaft rapide. Die Umweltverbände fordern daher in einem Eckpunktepapier eine Trendumkehr im Wasserschutz. Mit zehn Forderungen zur aktuellen Novelle der Düngeverordnung appellieren BUND, Greenpeace, GRÜNE LIGA, NABU, WWF Deutschland und der Deutsche Naturschutzring (DNR) an die Bundesregierung, die Nitrat- und Phosphatbelastung zu minimieren.

Die Verbände fordern von Bund und Ländern, Agrarbetrieben mit zu viel Gülle und zu wenig Fläche deutlich zu machen, dass sie gegen EU-Recht verstoßen. Trinkwasser sei das wichtigste Lebensmittel für Menschen und Tiere. Der Schutz des Grundwassers vor Belastungen aus der Agrarindustrie sei daher ein Gebot der Vernunft. Die Bundesregierung stehe in der Pflicht, umgehend einen Verordnungsvorschlag für einen umfassenden Wasserschutz gemäß den EU-Richtlinien vorzulegen.

Das Eckpunktepapier verweist darauf, dass die Überdüngung aus der intensiven Agrarwirtschaft schon heute jährliche Kosten von bis zu 25 Milliarden Euro für die Sicherung sauberen Trinkwassers verursache. Diese externen Kosten der industrialisierten Landwirtschaft trügen derzeit nicht die Verursacher, sondern die Verbraucher. Hinzu kämen Millionen Euro an Strafzahlungen an die EU, wenn Bund und Länder weiterhin gegen die europäischen Vorgaben für den Wasserschutz verstoßen sollten.

Es wird kritisiert, dass Bund und Länder in den letzten Jahren den Wasserschutz aufweichen, Kontrollen gelockert und Bußgelder abgeschafft hätten. Der lückenhafte Wasserschutz habe die Intensivierung der Landwirtschaft vorangetrieben und Agrarindustrielle nach Deutschland gelockt, die nun mit „Mega-Mastanlagen“ massiv zur Überdüngung beitrügen.

Überdüngung aus Agrarfabriken wirke sich zudem zerstörerisch auf die Meere aus. So habe sich in der Ostsee infolge der Nährstoffbelastungen vor allem aus der industrialisierten Landwirtschaft eine Todeszone gebildet und in den letzten 100 Jahren um das Zehnfache auf inzwischen ein Drittel des Meerbodens vergrößert. Da Meeresschutz auf dem Acker beginne, seien strenge Obergrenzen und verbindliche Sperrfristen für die Nährstoffausbringung lange überfällig. *jm*

Weitere Informationen:
Michael Bender
GRÜNE LIGA
Tel. 030/ 40393530
wasser@grueneliga.de
Das Eckpunktepapier der Verbände zum Download www.bund.net/pdf/duengeverordnung_eckpunkte

Zeigerpflanzen: erkennen und bestimmen

Was Pflanzen über ihre Umwelt verraten

Zeigerpflanzen sind Arten oder Unterarten, von deren Anwesenheit man auf bestimmte Bedingungen oder ökologische Faktoren des Standortes schließen kann, zum Beispiel den Salzgehalt, den pH-Wert oder die Feuchtigkeit. Je nachdem, wie empfindlich Arten auf bestimmte Faktoren reagieren (das heißt je schmaler ihr Toleranzbereich ist), desto genauer zeigen sie die Faktoren an. Ebenso kann oft von einer Zeigerart auf die Pflanzengesellschaft geschlossen werden. Zum Beispiel befindet man sich, wenn man einen rundblättrigen Sonnentau entdeckt, mit hoher Wahrscheinlichkeit auf einem Hochmoor, einem sehr sauren und nährstoffarmen sowie seltener werdenden Standort. Und es ist gut möglich, dass in der Nähe die Rosmarinheide, das Scheidige Wollgras und die gewöhnliche Moosbeere zu finden sind.

In Wolfgang Lichts 2013 erschienenem Buch sind über 500 Zeigerarten nach ihren Biotoptypen geordnet abgebildet und beschrieben und dazu ihre jeweiligen Zeigerwerte angegeben. Damit „(…) füllte der Autor eine Lücke auf dem deutschen Büchermarkt, die es schon sehr lange zu schließen galt.“ (Dr. P. Keller, Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie Rheinland-Pfalz, 2013) Es richtet sich an Hobbybotaniker sowie an Biologen und Studierende der Biologie, für die das Thema Vegetationsökologie im Studium zu kurz kommt. Es eignet sich als Bestimmungshilfe im Gelände oder als Nachschlagewerk für zuhause. Wobei es, da es sich um ein gebundenes Buch mit hochwertigem Druck handelt, fast zu schwer, um es im Gelände mit sich herumzutragen.

Der Aufbau ist übersichtlich. Zunächst werden die relevanten Grundlagen auf wissenschaftliche aber gut verständliche Weise erklärt. Der Hauptteil des Buches widmet sich der Bestimmung der Arten und ihrer Gruppierung, die erklärt und durch anschauliche Tabellen oder Grafiken unterlegt wird. Erschienen ist das Buch beim Quelle & Meyer Verlag, welcher auf biologische Bestimmungsliteratur spezialisiert ist und dessen Titel auch in Universitäten zum Teil standardmäßig verwendet werden. Der Druckbetrieb verwendet FSC-zertifiziertes Papier.

Der Autor ist pensionierter Botaniker und lehrte und forschte zuletzt an der Universität Mainz, wo er auch die Arbeitsgruppe Vegetationsökologie leitete. Sein botanisches Forschungsgebiet ist dementsprechend der süddeutsche Raum, weshalb sich die im Buch verwendeten Zeigerarten auch an diesem Gebiet orientieren. Da sich die Flora innerhalb Deutschlands zum Teil stark unterscheidet, können manche der angegebenen Arten für Norddeutschland nicht als Zeigerarten verwendet werden, weil sie hier nicht vorkommen oder zu selten sind, um sie als Indikatorart zu nutzen. Aber ein Nachschlagewerk für ausschließlich universell einsetzbare Zeigerarten zu schreiben, ist wohl auf Grund der unterschiedlichen Naturräume nicht möglich. Insgesamt jedoch kann das Buch auch hier eingesetzt werden, denn einen Großteil der angesprochenen Arten ist in den nördlichen Bundesländern präsent und die Zeigerwerte bleiben grundsätzlich die gleichen. *Theresa Schmidt*

Wolfgang Licht:
Zeigerpflanzen. Erkennen und Bestimmen
Quelle & Meyer Verlag Wiebelsheim, 2013
485 Seiten, Hardcover, 39,95 Euro
ISBN 978-3-494-01508-8

Lebenswelten – bedroht und geliebt

Aquarellierte Kalenderblätter regen seit 25 Jahren zum Nachdenken an

Furcht oder Ehrfurcht? - so stellt die künstlerisch-ökologische Arbeitsgruppe FORMICA für das Jahr 2015 ihren nunmehr 25. Kalender vor. Erinnert wird an Albert Schweizer, den Arzt, Musiker, Theologen und Friedensnobelpreisträger, der bereits vor hundert Jahren die Ethik der „Ehrfurcht vor dem Leben“ formulierte. Im nächsten Jahr wäre er 140 Jahre alt geworden. Seine Ethik ist angesichts Massentierhaltung und industrieller Landwirtschaft heute aktueller denn je. „Denn mit Ehrfurcht vor der Natur und dem Leben können wir der Furcht begegnen, die viele von uns haben, wenn wir an die Zukunft unserer Kinder und Enkel denken“, betont Jochen Czepa, Vorsitzender der künstlerisch-ökologischen Arbeitsgruppe FORMICA.

Aquqrell: Maria Czepa

Die Rückschau auf vergangene Kalenderarbeiten würdigt das ehrenamtliche Engagement des künstlerischen Leiters, Kunstpädagogen und Malers, Gilbert Waligora. Über ein Vierteljahrhundert förderte er Kinder, Jugendliche und Erwachsene durch ökologisches Malen. Mit gemeinsamen Naturbeobachtungen, Wanderungen und Baumpflanzungen sensibilisierte er Generationen für ein kritisches Umweltbewusstsein.

Die Aquarellisten des Kalenders laden mit eigenen handgeschriebenen Texten unter ihren 24 Bildern zum Nachdenken ein. Im Titelaquarell würdigt Gilbert Waligora die Bäume als ein immerwährendes Symbol der Sehnsucht des Menschen. Andere Aquarelle mahnen den zunehmenden Einfluss der Menschen auf den Klimawandel an.

Der Biologiestudent, Stefan Struzina, thematisiert die langen Transportwege unserer Nahrungsmittel. Er kauft inzwischen saisonale und regionale Produkte bevorzugt auf Wochenmärkten ein.

Hendryk John erlebte einen Heizungsausfall an einem der kältesten Tage im letzten Winter. Plötzlich war gewohnter Komfort nicht mehr vorhanden. Hendryk hat dieses Erlebnis in einem Bild verarbeitet.

Noch gibt es sie, die Bienen, doch ist ihr Überleben durch Monokulturen und Gifte geschwächt. Fische sind sehr lernfähig und empfinden Angst, Schmerzen und Stress. Solche Gedanken setzt Marita Czepa in ihren Aquarellen um.

Die Schönheit der Natur zeigen Lina Klinger und Beatrice Kühn, beide elf Jahre alt, mit blühenden Bäumen und fallenden Blättern, die wieder zu Erde werden.

Freuen Sie sich auf den neuen Kalender 2015 mit anregenden Themen. Unser Dank geht an alle Aquarellisten und Kalenderfreunde, die das Kalenderprojekt in den letzten 25 Jahren unterstützt haben. *Marita Czepa*

Kalender „Lebenswelten - bedroht und geliebt“ 2015, Jubiläumsausgabe
Preis: 10 Euro, Bestellung: Marita Czepa
Ludwigsluster Str. 7, 12619 Berlin
marita.czepa@berlin.de oder
Gilbert Waligora, Tel. 030/ 4223411

Anzeige

Lebensmittelmotten
Kleidermotten
Pflanzenschädlinge
Milben

natürlich bekämpfen mit Blp-Produkten

Biologische Beratung
bei Insektenproblemen
Storkower Str. 55
10409 Berlin
Tel: 030-42 800 840, Fax-841

Blp

www.biologische-beratung.de

Wildpflanzen

Gesundheit kostenlos

Schon seit der Antike ist so mancherlei Bedeutsames über die Pflanze in Brauchtum, Riten, Ernährung und der Heilkunde aufgezeichnet worden, wobei es damals eher um die Nutzung als Nahrungsmittel ging. Später schmückte sie Bauerngärten wegen ihrer langen Blütezeit und der ihr nachgesagten Orakelwirkung und auch weil die Raupen des Apollofalters sich von den saftigen Blättern ernähren, um dann als schöne Schmetterlinge das Auge zu erfreuen. Als Wildpflanze finden wir sie heute eher selten. In Österreich steht sie unter Naturschutz. Es ist die

Purpur-Fetthenne
(Sedum telephium),

ein Dickblattgewächs, auch rote oder große Fetthenne, Bohnen-, Dick- beziehungsweise Heilblatt, Donnerbart, Mauerpfeffer, Bruch-, Johannis- und Stierkraut genannt.

Botanische Merkmale: Die Wuchshöhe der mehrjährigen Pflanze, die aus rübenartigen Wurzeln mit daran befindlichen bohnengroßen Knollen (Überwinterungsknollen) entspringt, schwankt von 20 bis 80 Zentimeter. Ihr kahler Stängel mit den wechselständig angeordneten, fleischigen, eiförmigen Blättern wächst aufrecht und ist meist nur wenig verzweigt. Die Blätter besitzen eine dünne, wachsartige, abziehbare Hautschicht und sind stumpf gezähnt. Am Ende der Stängel stehen die purpurfarbenen, dichten doldenartigen Blütenstände, die sich aus mehreren kleinen Blütenkörbchen zusammensetzen. Sie blühen zwischen Juni und Oktober. Die aufspringende Frucht gibt die Samen frei. Abgeschnittene Stängel oder Wurzelteile treiben sehr schnell aus.

Vorkommen: Sie gedeiht hauptsächlich auf trockenen Standorten zwischen Felsen, Hecken und Schutt, an Mauern, Acker- und Wegrändern, auf Wiesen und in Kiefernwäldern.

Ernte und Erntezeit: Die Triebspitzen und Blätter von April bis Juni, saftige Blätter auch während der Blüte, die Wurzelknöllchen ab Herbst bis zum Frühjahr. Die Pflanze lässt sich im Winter auch im Blumentopf ziehen und ernten.

Hauptinhaltsstoffe: Da bietet sie Flavonoide, Gerbstoff, Mineralsalze, Vitamine (vor allem C), Schleim, Zucker und leider Piperidinalkaloide, weshalb ein Verzehr größerer Mengen nicht ratsam ist.

Geschmack: Er erinnert bei den Blättern an eine Mischung aus grünem Paprika, Gurke und Kiwi, während die Wurzelknöllchen recht scharf schmecken.

Verwendung in der Küche: Die jungen Triebe und die Blätter werden ab Frühjahr in nicht zu großen Mengen als frische oder gedünstete, würzige Beigabe an Salate, Frühlingsrollen, Suppen, Eintöpfe, Spinat und Gemüsegerichte empfohlen. Auch Aufstriche erhalten einen saftigeren Geschmack mit den vom Häutchen befreiten Blättern. Grundlage phantasievoller Getränke ist ein Presssaft aus den Blättern mit seinem gurkenartigen Geschmack. Da das Trocknen eher schwierig ist, lohnt sich zum längeren Haltbarmachen das Einlegen in Öl oder die Vergärung zu einem „grünen" Sauerkraut. Im Winter können wir die frischen, scharfen Wurzelknöllchen zu Gemüse verarbeiten, um so unsere Gemüsespeisen zu bereichern.

Gesundheitlicher Wert: In der Volksheilkunde werden die frischen Blätter oder der Saft meist äußerlich wie Aloe verwendet, dank der adstringierenden (zusammenziehenden), erweichenden, wundheilenden und wundreinigenden Wirkung. Empfohlen wird die Anwendung bei Wunden, aber auch bei Hautflechten, Hühneraugen und Warzen, Quetschungen, Schrunden und Schwielen sowie bei Verbrennungen. Roh gegessen wirken die Blätter und Triebe gegen Durchfall und Hämorrhoiden.

Achtung: Ein übermäßiger Genuss kann zu Erbrechen führen! Es ist eine Pflanze, die wir nur sparsam verwenden sollten – gewissermaßen als kleine förderliche Zutat!

Elisabeth Westphal

Die Autorin ist Ernährungsberaterin und Marktleiterin auf dem Ökomarkt der GRÜNEN LIGA Berlin (Donnerstag 12 bis 19 Uhr, Januar bis März 12 bis 18 Uhr, Kollwitzplatz Berlin-Prenzlauer Berg). Infos: Tel. 030/ 44339148 oekomarkt.kollwitzplatz@grueneliga.de

Deftiges Chili sin carne

Zutaten (für 4 Personen):

5 Kartoffeln
2 Möhren
1 Stange Lauch
2 Zwiebeln
2 Knoblauchzehen
4 große Fleischtomaten
2 Paprika
1 kl. Glas Mais
1 kl. Glas Kidneybohnen
2 rote Chilischoten
300 ml Gemüsebrühe
Etwas Olivenöl
Chilipulver, Salz, Pfeffer und Ingwer nach Belieben
4 EL Tomatenmark
Je ein viertel Bund frischer Majoran, Oregano, Thymian und glatte Petersilie

Die Temperaturen gehen runter und auch in der Wohnung wird es kälter. Als Gegenmaßnahme dazu kann man sich ein einheizendes Chili sin carne zubereiten. Zuerst werden Knoblauch und Zwiebeln enthäutet. Die Chilischoten werden in feine Streifen geschnitten. Das andere Gemüse und die Kräuter kleinschneiden. In einen großen Topf nun etwas Olivenöl erhitzen und die Zwiebeln und den Knoblauch anschwitzen. Möhren und Kartoffeln nach wenigen Minuten dazu geben, etwas später den Lauch und nach fünf Minuten die Tomaten, das Tomatenmark die Gewürze und den Großteil der Kräuter hinzugeben und anbraten.

Aufgelöste Gemüsebrühe mit in den Topf geben und unter Rühren 30 Minuten köcheln lassen. Nun noch die Bohnen und den Mais zugeben und fünf Minuten weiter kochen. Wenn alles gar ist, kann das Chili auf Tellern angerichtet werden und mit dem Rest der Kräuter und Ingwer garniert werden.

Guten Appetit!

Zitrone-Mohn - Kekse

Zutaten (für 4 Personen)

200 g Margarine
150-200 g Zucker
350-400 g Mehl
2 EL abgeriebene Zitronenschale
1 Prise Salz
Mohn nach Belieben
1/2 TL Natron

Zuerst bringt man die Margarine zum Schmelzen und lässt sie anschließend abkühlen. Dann wird die abgeriebene Zitrone und vier bis fünf Teelöffel Zucker in einer Extraschale vermischt. In die abgekühlte Margarine kommt nun der Zucker. Beides wird in einer Schüssel schaumig geschlagen. Eine Prise Salz, Backpulver, gesiebtes Mehl und Mohn dazugeben. Alles gut vermengen und kneten.

Aus dem Teig Rollen oder rechteckige Stangen (zwei mal zwei Zentimeter) formen und diese in der Zitronen-Zucker-Mischung wälzen. Anschließend die Rollen in Folie wickeln und drei Stunden kalt stellen. Nun die Rollen in 0,5 bis ein Zentimeter lange Stücke schneiden. Auf Backpapier verteilen und bei 180 Grad 25 Minuten im Backofen backen. Etwas abkühlen lassen und fertig sind die leckeren Zitronen-Mohn-Kekse.

Guten Appetit wünscht
Anne-Marie Stark

Anzeige

Bevölkerungswachstum und Ressourcenverbrauch

Die Welt ist nicht schlecht, sondern voll. (Brecht)

In römischer Zeit gab es geschätzt 200 bis 400 Millionen Menschen auf der Erde. Erst um 1800 wurde die erste Milliarde erreicht. Seitdem wächst die Zahl beständig. Wer um 1950 geboren wurde, teilte die Erde mit 2,5 Milliarden Menschen. 1975 waren es schon vier Milliarden. Im Jahr 2014 Geborene leben gemeinsam mit 7,2 Milliarden. Innerhalb von nur 64 Jahren hat sich die Menschenmenge auf unserem Planeten nahezu verdreifacht. Selbst wenn die Zunahme zu einem Ende kommt und sich die Zahl der Menschen durch eine weltweit rückläufige Geburtenrate bei etwa neun Milliarden stabilisiert, ist das eine dramatische Entwicklung.

Seltsamerweise ist das Thema Bevölkerungsgröße aus den Debatten um zu hohen Ressourcenverbrauch nahezu verschwunden. Dabei ist die vom Menschen gemachte Gesamtbelastung des Planeten das Produkt aus dem Durchschnittsverbrauch des einzelnen Menschen und der Gesamtzahl der Menschen (Klaus Prätor).

Wir sollten also über sinkende Geburtenraten in Deutschland erleichtert sein. Stattdessen beherrschen negative Bilder das Thema: unsere Gesellschaft vergreise, wir seien international nicht mehr innovativ und konkurrenzfähig, die deutsche Kultur werde marginalisiert und so weiter. Ebenso konform wird Überbevölkerung als Problem wahrgenommen, dass vor allem Entwicklungsländer betrifft. In der Tat wächst die Bevölkerung in Ländern Asiens, Südamerikas und Afrikas, während sie in Europa stagniert. Es wiederholt sich extremer und in kürzerem Zeitraum, was in Europa zu Beginn der Neuzeit mit der Entstehung moderner Staaten und noch einmal zu Anfang des 19. Jahrhunderts mit Beginn der Industrialisierung stattgefunden hat. Die Gründe für das Bevölkerungswachstum waren und sind vielfältig. Neben medizinischen und hygienischen Verbesserungen und Neuerungen in der Landwirtschaft, spielen auch kulturelle und soziale Faktoren sowie die Zerstörung traditioneller Lebensweisen eine Rolle. Damals wie heute kann das Bevölkerungswachstum auch politisch gewollt sein.

Ökologischer Fußabdruck

Im weltweiten Vergleich sind es aber nach wie vor die europäischen Länder, die am dichtesten besiedelt sind. Auch der ökologische Fußabdruck, also die Belastung der Umwelt durch Konsum und Abfall eines Menschen in einem jeweiligen Gebiet, ist in Europa sehr viel höher als in Asien, wo mehr Menschen leben. Gegenwärtig verbrauchen wir in Deutschland so viele Ressourcen, dass es vier Erden bedürfte, um diesen Verbrauch auf Dauer decken zu können. Es wäre also kein absurder Vorschlag, in den nächsten Generationen die Anzahl der Deutschen auf ein Viertel zu reduzieren, oder? Jedenfalls nicht absurder als die Freude über wachsende Absatzmärkte für deutsche Autos in Asien bei gleichzeitiger Furcht, dass diese dort auch gefahren werden und es bald zu viele Autos sein könnten. Bei der Verbindung beider Größen, Ressourcenverbrauch und Anzahl der Menschen, wird schnell sichtbar, worum es geht. Nämlich um eine für alle gerechte Wirtschaft und die gemeinsame Nutzung begrenzter Ressourcen.

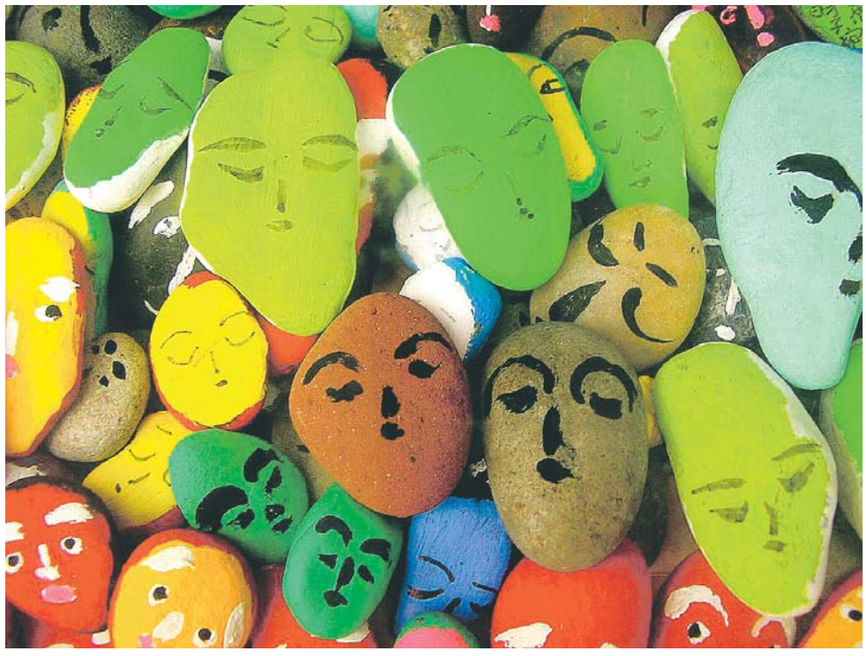


Foto: tanakawho - www.flickr.com/photos/28481088@N00/159877769/sizes/o/

Wieso ist es in der Gegenwart so schwierig, über so etwas wie eine optimale Bevölkerungsgröße zu sprechen? Man muss dabei gar nicht an restriktive Maßnahmen denken. Wiederholt hat sich gezeigt, dass Bildung, Frauenemanzipation und soziale Absicherung die besten Mittel sind. Das Thema ist schwierig, weil sich sehr private Entscheidungen und allgemeines Interesse überschneiden. Und es ist schwierig, weil es verbunden ist mit einer Argumentation aus dem frühen 19. Jahrhundert, die Bevölkerungswachstum mit Ressourcenmangel und Auslese verbindet.

Malthus versus Godwin

Malthus´ Essay *„On The Principle Of Population"* erschien 1798. Er wurde so populär, weil er auf die Frage nach den Ursachen von Armut eine einfache Antwort gab: Die Armen sind zu viele. Der Essay richtet sich gegen die Gesellschaftsutopien eines William Godwin und eines Marquis de Condorcet. Das Bevölkerungsargument war das zentrale Argument gegen deren utopische Vorstellungen.

Wenn die Lage der Armen durch Umverteilung verbessert werde, dann werden diese früher heiraten und eine größere Zahl Kinder werde überleben. Die Bevölkerung werde sich exponentiell vermehren. Demgegenüber können die landwirtschaftlichen Erträge nicht exponentiell vermehrt werden. Es sei, so Malthus, ausgeschlossen, die Nahrungsmenge auf Dauer der wachsenden Bevölkerung anzupassen. Die Folge von Reformen wäre, dass noch mehr Menschen in Armut und Elend leben würden. Die Bevölkerung müsse dann der verfügbaren Nahrungsmenge angepasst werden. Dazu gäbe es zwei Wege. Zum einen eine erhöhte Sterblichkeit (durch Hunger, Kriege, Seuchen) und zum anderen sexuelle Enthaltsamkeit.

Godwin war der Einwand, die positiven Effekte von Sozialreformen würden durch eine wachsende Bevölkerung wieder zerstört, bekannt. Zudem war er ebenso wie Malthus davon überzeugt, dass der natürliche Verlauf der Dinge zu einem Gleichgewicht führen müsse. Godwin setzt aber auf andere Mittel. Zur Bevölkerungskontrolle gebe es zum einen die klassischen, schon in der Antike praktizierten Methoden, nämlich Verhütungsmittel, Abstinenz, Kindesaussetzung, Abtreibung. Das sei aber immer noch recht grausam. Deshalb werde es in der Zukunft so sein, dass medizinischer und moralischer Fortschritt das Leben der Menschen verlängert, bis zur Unsterblichkeit. Und weil die Menschen immer älter werden und zunehmend vergeistigen (inmitten einer Gesellschaft, die geprägt ist von Gerechtigkeit, Wohlstand, Sicherheit und hoher Kultur), werde der Sexualtrieb erlahmen. Die Menschen verlören das Interesse an der Zeugung von Kindern. Condorcet war etwas pragmatischer und schlug zur Lösung der Bevölkerungsfrage lediglich Empfängnisverhütung vor.

Malthus schloss gesellschaftlichen Fortschritt zu mehr Wohlstand für alle gar nicht aus. Aber er war davon überzeugt, das Ziel von Geschichte sei nicht das Glück und Wohlbefinden aller Menschen, sondern deren sittliche Läuterung. Godwin wandte ein, alle Menschen machen sich Gedanken darüber, wie sie ihre Kinder groß bekommen. Je weiter die Menschen von der Armut und dem puren Überleben entfernt seien, desto mehr Gedanken können sie sich über die Erziehung und das Wohlbefinden ihrer Kinder machen. Eben deshalb, so Malthus´ Pointe, müsse die Armenfürsorge abgeschafft werden. Rationalerweise würden dann die Armen nur die Kinder bekommen, die sie ernähren können. Die Kinder, die zuviel in die Welt gesetzt werden, würden konsequenterweise durch Hunger und Krankheit hinweg gerafft. Es sollte erwähnt werden, dass es Malthus und nicht Adam Smith war, der den ersten Lehrstuhl für politische Ökonomie innehatte und dass dieser schreckliche Mann drei Kinder hatte.

Gerechterweise muss man Malthus zugestehen, dass er gegen den Fortschritts- und Machbarkeitsglauben der utopischen Gesellschaftsentwürfe die Begrenztheit der Ressourcen ins Spiel gebracht hat. Malthus konnte sich Wachstum (des Wohlstands und der Bevölkerung) ohne negative Folgen nicht vorstellen. Wachstum, das nicht harmonisch ist, werde von der Natur korrigiert. Nur konnte er sich eine andere Gesellschaft ebenso wenig vorstellen. Auf die Frage nach den Ursachen des Elends gab es auch andere Antworten und damit andere Vorschläge zur Lösung: eine Reform der Gesellschaft, gerechte Löhne, Umverteilung von Boden und Besitz.

Heute ist es in der Tat wünschenswert, dass die Bevölkerungszahl sinkt, damit der Ressourcenverbrauch zurückgeht. Entscheidend sind die Mittel. Es stehen auch heute den „Utopisten" wieder sehr viel mehr „Realisten" gegenüber. Sie setzen weiter auf restriktive Maßnahmen und können sich eher das Ende der Welt vorstellen, als das Ende profitorientierten Wirtschaftens.

Dana Jestel

Transformationsdesign

Wege in eine zukunftsfähige Moderne

Die Autoren fordern nicht weniger als einen radikalen Wandel dieser Gesellschaft. Es geht ihnen nicht um ein „ob“ von Transformation, sondern nur um das „wie“. Angesichts sich dramatisch verändernder Umweltbedingungen - so die These des Buches - ist eine Transformation des jetzt dominanten Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturmodells unausweichlich. Die Wahl bestehe nur noch, ob diese „By design or by disaster“ erfolgen wird, wobei *by design* zu bevorzugen sei.

„Was wir brauchen, ist ein komplett anderes Leben, nicht das Auswechseln altmodisch gewordener Technologien gegen andere“, so die Autoren. Transformationsdesign versteht sich als Suche in Richtung einer reduktiven Moderne und stellt die Frage, wie die in der kapitalistischen Moderne erreichten zivilisatorischen Standards aufrechterhalten und zugleich die Zerstörung des Naturraums drastisch zurückgefahren werden kann. „Wiederverwenden, umnutzen, mitnutzen“ muss das Credo einer neuen, reduktiven Moderne lauten. Doch wie lässt sich eine Kultur des Weniger gestalten? Funktioniert Transformationsdesign als Einübung des Weglassens? Was können wir aus den großen Transformationen der Vergangenheit lernen? Liegt die Lösung in einer Wiederentdeckung alter Sozialformen?

Die Autoren zeigen schlüssig auf, dass es allein mit technischen Lösungen, beispielsweise erneuerbaren Energien und mehr Effizienz allein keine nachhaltige Wirtschaftsweise geben kann. Drei technische Lösungen werden besonders hinterfragt: die unkritische Nutzung von Agrarsprit, das *Carbon Capture and Storage* (CCS, unterirdische Speicherung von Kohlendioxid aus der Kohleverstromung) und Geoengineering, das mit isolierten technischen Mitteln den CO_2-Gehalt der Atmosphäre zu senken versucht. Gründlich räumen die Autoren auf mit dem Mythos des Grünen Wachstums auf.

Da für die Veränderung der gesellschaftlichen Praxis unter dem Leitbild der Zukunftsfähigkeit sehr viele unterschiedliche Transformationen erforderlich sind (und nicht nur eine Transformation im Singular), kommen im Buch immer wieder auch Akteurinnen und Akteure zu Wort, die sich in ihren jeweiligen Bereichen auf sehr unterschiedliche Art und Weise mit einer „transformation by design“ beschäftigen. Dazu zählen unter anderem Muck Petzet, Generalkommissar des deutschen Beitrags „Reduce, Reuse, Recycle“ auf der Architekturbiennale 2012 in Venedig, der Begründer der Transition Town-Bewegung Rob Hopkins, der Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie Uwe Schneidewind oder der Urheber der Gemeinwohl-Ökonomie Christian Felber.

Das Buch liefert eine spannende Vision unserer Zukunft - sie wäre genügsamer, aber auch stabiler und nachhaltiger, und sie wäre ein Gewinn an Lebensqualität und Glück durch Befreiung von Überfluss.

Gudrun Vinzing

Harald Welzer, Bernd Sommer: Transformationsdesign - Wege in eine zukunftsfähige Moderne
oekom verlag München, 2014
240 Seiten, 19.95 Euro
ISBN 9783865816627

Die Letzten ihrer Art

66 Nutztiere, die Sie kennenlernen sollten, bevor sie aussterben

Wenn ein wertvolles Kunstwerk oder ein altes bedeutendes Gebäude von Zerstörung bedroht sind, gibt es mehr oder minder laute öffentliche Aufschreie, Protestaktionen, Rettungsversuche. Genauso eine Kulturleistung sind alte Haustierrassen und alte Pflanzensorten, hier fällt der Aufschrei jedoch weniger laut aus. Eher noch wächst das Bewusstsein für die Unwiederbringlichkeit von Wildtieren, die vom Aussterben bedroht sind. Schneeleopard, Panda, Nashorn, Tiger & Co sind den meisten von uns heute näher als alte Haustierrassen. Dabei ist ihr Verlust genauso endgültig, als ginge eine Gemäldegalerie in Flammen auf oder der Naumburger Dom würde einstürzen.

Der Autor beschreibt sehr eindringlich, was die industriemäßige Landwirtschaft damit zu tun hat, dass nur noch wenige sehr leistungsstarke Rassen Verwendung finden und 98 Prozent des Bedarfes an Fleisch decken. So droht eine nie dagewesene Verarmung bei den Haustierrassen.

Viele alte Nutztierrassen wie das Angus Rind, das Bunte Bentheimer Schwein, das Rauwollige Pommersche Landschaf oder das Vorwerkhuhn und die Pommerngans sind vom Aussterben bedroht. Archehöfe und sogar Tiergärten führen inzwischen Erhaltungszuchtprogramme. Genreserven gibt es heutzutage fast nur noch im Kühlschrank, in Form von tiefgefrorenem Sperma. Während die industrialisierte Landwirtschaft auf wenige Hochleistungsrassen setzt, verschwinden mit den alten Rassen nicht nur kulturelle und kulinarische Vielfalt, sondern auch das wertvolle Genmaterial dieser robusten standortangepassten Tiere.

Darf man Tiere essen, von denen es nur noch wenige gibt, die fast ausgestorben sind? Man muss sogar, sagt der Autor dieses Buches, Jens Mecklenburg. Nur was wir nutzen, schützen wir auf lange Sicht, „Use it - or lose it“.

Das Buch bietet quasi lexikalisch 66 Porträts von seltenen Rindern, Schweinen, Schafen, Ziegen, Hühnern, Enten, Gänsen und Puten. Gleichzeitig jedoch macht der Autor uns Appetit, welches Tier so ganz besonders schmeckt: So überzeugt das Fleisch des Rotbunten Niederungsrinds „durch einen kräftigen Geschmack“, die Lammkeule des Rauwolligen Pommernschafs ist für den Autoren „eine Offenbarung“ und wenn man das Porträt des Mangalitza Wollschweins gelesen hat, schaut man sogleich im Serviceteil des Buchs nach, wo man Schinken und Salami dieses außergewöhnlichen Tieres kaufen kann. Dieser Serviceteil ist eine sehr lebensnahe praktische Ergänzung.

Der Autor macht uns deutlich, was Massentierhaltung für Tier und Mensch bedeuten. Was wir verlieren, wenn wir nur auf industrielle Produktion von Fleisch und wenige Hochleistungsrassen setzen. Wir verlieren ein Stück Heimat: die Tiere, die uns Menschen seit Jahrhunderten begleitet haben und die wir nicht nur auf dem Speiseplan schmerzlich vermissen werden.

Eine kleine Kritik zum Schluss: Leider ist die Bebilderung nicht optimal, da hätte man sich bei der ansonsten sehr schönen Ausstattung ein größeres Format gewünscht.

Gudrun Vinzing

Jens Mecklenburg:
Raritäten von der Weide
66 Nutztiere, die Sie kennenlernen sollten, bevor sie aussterben
oekom verlag, München, 2014
210 Seiten, 18,95 Euro
ISBN 978-3-86581-460-9

Und am Anfang war das Glück

Annette Jensen, Ute Scheub: Glücksökonomie. Wer teilt, hat mehr vom Leben

Wirtschaftswachstum macht nicht glücklich. Es mehren sich Stimmen, dass eine Wirtschaft, deren einzige Aufgabe Wachstum ist, nicht mehr zeitgemäß sei. Ökonomisches Handeln jenseits vom Wachstumsdruck kann dagegen Glück bringen. Die Autorinnen Annette Jensen und Ute Scheub besuchten Menschen, die umdenken und neue Wege beschreiten und erklären die Theorie hinter diesen Bewegungen. Über diese vielseitigen und alternativen Ansätze berichtet das Buch „Glücksökonomie – Wer teilt, hat mehr vom Leben." Dieser Titel verrät, dass gemeinschaftliches Handeln ein wichtiges Element dieser Wirtschaftsform ist.

Die Autorinnen widmen sich zunächst dem Thema Wachstum und den Auswirkungen des bestehenden Wirtschaftssystems auf unser aller Leben. Anschließend wird der Haltungswandel des Menschen vom *Homo oeconomicus* zum *Homo cooperativus*, also der Wechsel von einem egoistischen zu einem gemeinschaftlich denkenden Menschen beschrieben. Danach geht es um die Um-(fair)-teilung von Geld, Arbeit und Status. Das Konzept der solidarischen Ökonomie wird vorgestellt; der Leser in Alternativen bzw. neue Lebensstile des Tauschens, Teilens und gemeinsamen Nutzens eingeführt. All diese Praktiken könnten die Gesellschaft gleicher und somit glücklicher machen, so die Hauptaussage des Buches. In den elektronischen Möglichkeiten unserer Zeit sehen die Autorinnen ein großes Potential; sie bezeichnen es als die *„Elektr(on)ische Revolution"*. Beispielweise erweitern kostenfreie Software- und Kommunikationsprogramme, Gemeinschaftslexika oder freie Internetbibliotheken die Ausmaße einer Kultur des Teilens.

An vielen Stellen des Buches klingt an, dass wir uns momentan in einem Übergangsstadium befinden. Dieser positive und gestalterische Grundton bestimmt das Buch: Es geht nicht um einen radikalen Umsturz bestehender Strukturen, sondern um ein „fröhliches Hineinwuchern" in das bestehende System, indem Freiräume geschaffen werden, in denen Teilen wichtiger ist als Besitzen. Dies wird dem Leser gleich auf dem Buchrücken suggeriert. Weiterhin wird ein optimistisches Menschenbild vermittelt. Abgrenzend zu den vorherrschenden Meinungen zum Menschen, der ausschließlich sein Eigeninteresse zu maximieren versucht, werden hier Studien aufgezeigt, die unsere kooperative Seite betonen und feststellen, dass das menschliche Gehirn auch emphathisch arbeitet.

Das Buch hat einen logischen Aufbau und verfügt über einen großen Informationsgehalt. Dem Thema Glückswirtschaft wird sich auf wissenschaftliche, kulturelle, philosophische und kreative Weise genähert. Dadurch erhält der Leser vielseitige Einblicke in das komplexe Feld. Zu jedem Unterpunkt werden Projekte oder Bewegungen, wie zum Beispiel *Transition Towns*, *Alltagscommonismus* und *Schwarmgeld* vorgestellt. Zu allen vorgestellten Punkten sind die Internetseiten angegeben und es gibt viele Informationskästen.

Das Buch regt zum Nachdenken an. Sollten bestimmte Wirtschaftsformen erst festgelegt werden, wenn definiert wurde, was menschliches Glück bedeutet, beziehungsweise was es hervorrufen kann? Es erscheint sinnvoll, die Wirtschaft als menschlichen Gestaltungsraum zu betrachten. Anregende Bespiele dazu kann das Buch Glücksökonomie in jedem Fall bieten.

Anne-Marie Stark

Annette Jensen, Ute Scheub:
Glücksökonomie:
Wer teilt, hat mehr vom Leben
oekom verlag München, 2014
320 Seiten, 19,95 Euro
ISBN 9783865816610

Schöne neue (postfossile) Mobilität

politische ökologie, Nr. 137

Wie bitte? Gemessen am CO_2-Ausstoß in Gramm pro Personenkilometer fahren wir mit dem Reise-/Fernbus am günstigsten? Steht da so drin – unter der Rubrik Einstiege im nicht mehr ganz neuen Heft (Nr. 137) der politischen ökologie (pö) mit dem Titel *Postfossile Mobilität.* Kaum zu glauben!

Anke Ochsenfarth, Cheflektorin des oekom verlags München bringt es gleich im Editorial auf den Punkt, wenn sie – was das Verkehrsgeschehen der Zukunft betrifft – feststellt: „Neben eindeutigen politischen Rahmensetzungen, ausgefeilten technischen Lösungen und einer modernen Stadtplanung sind vor allem ... individuelle Experimentierfreude und geistige Mobilität gefragt". Das Wort „geistige" möchte man unterstreichen.

Die 15 Beiträge des Heftes sind den drei großen Überschriften *Spritschlucker, U-Turn und Neue Beweglichkeit* zugeordnet – und zwar schön gleichmäßig: fünf Artikel für jede. Abgesehen vom sehr lesenswerten Beitrag von Oliver Schwedes *Vom Homo Civis Mobilis* (gleich am Anfang, Seite 18) über Mobilität im Wandel der Geschichte, sind es eher die Themen der zweiten und dritten Überschrift, die mit neuen Konzepten und Ideen dem Titel gerecht werden. Hier Beispiele:

Unter U-Turn richtet Michael Adler einen Weckruf an die öffentlichen Verkehrsbetriebe (Seite 54): „Die drei wesentlichen Zugangshemmnisse zum ÖV (öffentlicher Verkehr, die Redaktion) sind Fahrplan, Fahrpreis und Fahrtaktung." Herrlich ausgemalt sind darin die zum Beispiel tollen Möglichkeiten des modernen, elektronischen Fahrkartenerwerbs im Gegensatz zur oft sehr nüchternen Realität – Stichwort Fahrkartenautomat, das heißt, dessen Bedienung beziehungsweise dessen Mängel. Und weiter: „Wer versteht schon die Tarifkonstrukte mit Waben, Sektoren, Zeitkarten, Verbundgrenzen sowie öffentlichem und Schienenpersonennahverkehr?" In der Tat. Dann vielleicht doch lieber Fahren, zumindest im ÖPNV, zum Nulltarif? Und dafür eine Umlagefinanzierung möglich machen?

Aufhorchen lässt auch der Beitrag *Unterwegs im ländlichem Raum. Es geht auch ohne Auto!* von Melanie Herget und Frank Hunsicker (Seite 61). Die Autor_innen begenen darin der beinahe unumstößlichen Meinung, „fern der Städte sei das Auto unverzichtbar." Bereits praktizierte Projekte wie das Odenwaldmobil oder der Kombibus in der Uckermark würden das Gegenteil beweisen.

Absolutes Highlight des Rezensenten und bekennenden Fußgängers ist der Beitrag des jüngsten der Autor_innen, Ulrich Leth, über den Fußverkehr: Die Verkehrsart der postfossilen Stadt (Seite 101) – hier vielleicht das „die" unterstreichen? Sein Credo: „Es ist an der Zeit, dem Zufußgehen wieder den angemessenen Stellenwert in der Planung beizumessen und den entsprechenden Platz im öffentlichen Raum zur Verfügung zu stellen, der ihm im vergangenen Jahrhundert genommen wurde."

Wie immer, runden der Impulse-Teil mit aktuellen Kurzbeiträgen und der Medien-Rubrik sowie die Spektrum-Nachhaltigkeit-Beiträge die pö wohltuend ab. Also rundum eine gelungene Ausgabe!

Jörg Parsiegla

oekom e.V. - Verein für ökologische Kommunikation (Hrsg.)
Wissenschaftlicher Beirat des BUND (Mitherausgeber)
Postfossile Mobilität. Zukunftstauglich und vernetzt unterwegs
(pö Nr. 137)
oekom verlag München
Juni 2014
145 Seiten, broschiert, 17,95 Euro
ISBN 978-3-86581-468-9

Sa 6.12.

Nachts im Museum für Naturkunde - Taschenlampenführung
18 und 20 Uhr
Wir schleichen im Licht eurer Taschenlampen durch die dunklen Museumsräume. Dabei erkunden wir, wie es viele Tiere schaffen, sich nachts zurechtzufinden.
Anmeldung erforderlich:
Tel. 030/ 2093-8550
besucherservice@mfn-berlin.de
Kosten: Erwachsene 12 Euro, Kinder 9 Euro
Bitte Taschenlampen mitbringen!
Treffpunkt am rechten Seiteneingang vom Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43, 10115 Berlin-Mitte
Infos: www.naturkundemuseum-berlin.de

So 7.12.

Adventsökomarkt der GRÜNEN LIGA Berlin
12-19 Uhr
Ort: Kollwitzplatz, Wörtherstraße, 10435 Berlin-Prenzlauer Berg
Infos: Tel. 030/ 4433910
oekomarkt.kollwitzplatz@gruen-eliga.de

Di 9.12.

Ocean of Life
19 Uhr
Wie der Mensch die Meere verändert - Green Lecture mit Prof. Callum Roberts. Mit ihm wollen wir diskutieren, wie gravierend die Auswirkungen menschlichen Handelns bereits sind und welche Lösungsansätze er vorschlägt.
Ort: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin-Mitte
Ansprechpartner: Kristin Funke, Tel. 030/ 28534-310, funke@boell.de
Infos: calendar.boell.de/de/event/ocean-life-wie-der-mensch-die-meere-veraendert

Mi 10.12.

Eröffnung Dauerausstellung gegen Murks
16-20 Uhr
Der Verein MURKS? NEIN; DANKE! e.V. eröffnet seine Zentrale in Berlin. Die Dauerausstellung macht geplante Obsoleszenz transparent und klärt über Alternativen auf. Bei der Eröffnungsveranstaltung gibt es unter anderem einen Vortrag von Stefan Schridde und eine Führung durch die Ausstellung.
Ort: Mariendorfer Damm 16, 12109 Berlin-Tempelhof
Infos: www.murks-nein-danke.de

Do 11.12.

Der Park am Weißen See - Botanische Führung
11 Uhr
Das Umweltbüro Pankow lädt zu einer Führung durch den Park am Weißen See ein.
Ort: Berliner Allee 125, 13088 Berlin-Pankow
Treffpunkt: Parkeingang auf der Höhe der Berliner Allee 125
Verkehrsverbindung:
Tram M4, M13, 12, 27 und Bus 255, 259
Anmeldung erforderlich: Tel. 030/ 92090480 oder 030/ 92091007
umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
Infos: www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

So 14.12.

Adventsökomarkt der GRÜNEN LIGA Berlin
12-19 Uhr
Ort: Kollwitzplatz, Wörtherstraße, 10435 Berlin-Prenzlauer Berg
Infos: Tel. 030/ 4433910
oekomarkt.kollwitzplatz@grueneliga.de

Mo 15.12.

Energieberatung im Umweltladen Mitte
12-15 Uhr
Energieberatung für Bürger_innen durch Energieberater der Verbraucherzentrale Berlin. Die Hauptthemen sind: Stromsparen, Wärmedämmung, Heizungsumstellung, Prüfung der Heizkosten und Vermeidung von Schimmelpilz.
Ort: Umweltladen Mitte, Rathaus Mitte, Raum 238, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin
Kosten: 5 Euro, Anmeldung erforderlich: Tel. 030/ 901822081
Infos: umweltamt.uwl@ba-mitte.berlin.de
www.berlin.de/ba-mitte/org/umweltladen/energieberatung.html

Di 16.12.

erneuerBAR* - Luxusgut Menschenrecht III "Klimaflüchtlinge"
19.15-21 Uhr
Wie geht die Politik mit der Grauzone zwischen Umweltschutz und Asylpolitik um? Welche internationalen Normen können geschaffen werden? Welchen Anteil nehmen Klimamigrant_innen innerhalb der Anzahl Asylsuchender ein? Wie können Länder des globalen Nordens mit dem Thema umgehen? Und was können wir selbst tun? Mit diesen Fragen setzt sich die erneuerBAR* im Dezember auseinander.
Ort: Kiezkneipe „Laika", Emser Straße 131, 12051 Berlin-Neukölln
Infos: berlin.bundjugend.de/termin/erneuerbar-iii

Do 18.12.

Bäume im Winter - Botanischer Volkspark Pankow
10.10 Uhr
Botanische Führung des Umweltbüros Pankow durch den Botanischen Volkspark Pankow - Dauer: ca. 2 Stunden
Treffpunkt: in der Botanischen Anlage auf dem Hauptweg zur Gewächshausanlage, Blankenfelder Chaussee 5, 13159 Berlin-Pankow
Verkehrsverbindung: Bus 107, 124
Anmeldung erforderlich: Tel. 030/ 92090480 oder 030/ 92091007
umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
Infos: www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php
Nachhaltiger Jahresausklang

Wunschzettel an den neuen Regierenden Bürgermeister
18-22 Uhr
Berlin 21 lädt alle an nachhaltiger Entwicklung Interessierten zum Jahresausklang. Gemeinsam wollen wir das vergangene Jahr auswerten, uns über Pläne für das kommende austauschen und unsere Wünsche an Michael Müller formulieren.
Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Robert-Havemann-Saal, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Anmeldung erforderlich: info@berlin21.net
Infos: berlin21.net/termin/vielfalt-fuer-nachhaltigkeit

So 21.12.

Mit den Augen des Habichts
11-13 Uhr
Auf dieser Waldrunde zum Dahlemer Feld erfahren Sie einiges über das Leben der Greifvögel in und um Berlin, Leitung: Antonius Gockel-Böhner
Kosten: Erwachsene 4 Euro, Kind 3 Euro, Familie 10 Euro
Treffpunkt: Ökowerk Berlin, Teufelsseechaussee 22-24, 14193 Berlin
Infos: www.oekowerk.de

Auf diesen Seiten stehen Berliner Umwelt-Termine (im weiteren Sinne). GRÜNE LIGA-Termine sind mit dem Logo gekennzeichnet (grau: Mitarbeit).
Wir möchten besonders auch Termine kleinerer Umweltgruppen und BIs veröffentlichen und bitten um rechtzeitige Information bis zum 15. des Vormonats.
Die Redaktion

Adressen: Seite 31

Adventsökomarkt der GRÜNEN LIGA Berlin
12-19 Uhr
Ort: Kollwitzplatz, Wörtherstraße, 10435 Berlin
Infos: Tel. 030/4433910
oekomarkt.kollwitzplatz@grueneliga.de

Sa 27.12.

Vom Köppchensee nach Schildow
10-13 Uhr
Abschied vom alten Jahr mit Apfelpunsch mit Wolfgang Heger – NABU Berlin
Treffpunkt: Bushaltestelle Lübarser Weg in Pankow Blankenfelde
Verkehrverbindung: Tram M1, Richtung Niederschönhausen Schillerstraße bis Waldstraße, Bus 107 bis Lübarser Weg

Fr 2.1.

Pionierpflanzen erobern die ehemalige Abhörstation Teufelsberg
14.30-16.30 Uhr
Wie auf Trümmerschutt und Bauruinen neue Biotope entstehen.
Leitung der Exkursion: Detlev Dahlmann
Kosten: 15 Euro, ermäßigt 8 Euro, bitte kleine Taschenlampe mitbringen.
Treffpunkt: Teufelssee Chaussee 10, 14193 Berlin-Charlottenburg, am Eingangstor der ehemaligen Abhöranlage oben auf dem Teufelsberg
Anmeldung erforderlich:
Tel. 030/ 45023189

So 4.1.

Wintermorgen auf Pichelswerder
11.30-13 Uhr
Freuen Sie sich auf einen vogelkundlichen Spaziergang an der Havel mit Derk Ehlert.
Veranstalter: NABU Berlin e.V.
Treffpunkt: Siemenswerder Weg, Ecke Heerstraße, 13595 Berlin-Spandau
Verkehrsverbindung:
Pichelswerder (Bus M49)

Fr 9.1.-Sa 10.1.

Tropische Nächte - Eine tropische Reise durch die Pflanzenwelt
18 Uhr
Weitere Termine: Fr 16.1.-Sa 17.1., Fr 23.1.-Sa 24.1., Fr 30.1. und Sa 31.1.
Der Botanische Garten lädt Sie zu einer tropischen Reise durch die Pflanzenwelt in den festlich illuminierten Gewächshäusern ein. Mit Cocktails, karibischer Live-Musik und botanischen Kurzführungen.
Kosten: 15 Euro, ermäßigt 10 Euro, für Kinder bis zum 12. Lebensjahr freier Eintritt.
Ort: Botanischer Garten, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin-Dahlem
Infos: www.bgbm.org

So 11.1.

Pflegeeinsatz Flughafensee
10-14 Uhr
Mit Frank Sieste - NABU Berlin
Treffpunkt: NABU Blockhütte Reservatseingang.
Verkehrsverbindung: U6, U-Bhf. Otis- oder Holzhauser Str. anschließend 15 Minuten Fußweg, Bus 133 Haltestelle Sterkrader Straße,

Mi 14.1.

Banane, Kaffee, Tee – globale Genüsse
14 Uhr
Zweiter Termin: 18.1., 10 Uhr
Führung in den Gewächshäusern mit Dipl. Biologin Beate Senska
Ort: Botanischer Garten Berlin-Dahlem, Eingang Königin-Luise-Platz
Kosten: Führung 6 Euro + ermäßigter Garteneintritt 3 Euro
Infos: www.bgbm.org

Fr 16.1.-So 25.1.

Internationale Grüne Woche
Die weltgrößte Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau
Ort: Messegelände Berlin, Messedamm 22, 14055 Berlin-Charlottenburg
Alle Infos: www.gruenewoche.de

Sa 17.1.

Wir haben es satt! Stoppt Tierfabriken, Gentechnik und TTIP! Für die Agrarwende!
12-15 Uhr
Demonstration – Treckerzug - Kundgebung
12 Uhr: Auftaktkundgebung am Potsdamer Platz
12:30 Uhr: Demonstration zum Kanzleramt
Die GRÜNE LIGA Berlin ruft zur Teilnahme auf!
Infos: www.wir-haben-es-satt.de

So 18.1.

Baumbestimmung im Winter
14.30-17 Uhr
Vortrag mit anschließendem Rundgang im Schleipfuhlgebiet
Beate Kitzmann - Naturschutzstation Malchow
Treffpunkt: Naturschutz Schleipfuhl, Hermsdorfer Str. 11 A, 12627 Berlin

Mi 28.1.

Heilkraft aus dem Regenwald
14 Uhr
Führung in den Gewächshäusern mit Dipl. Biologin Beate Senska
Kosten: Führung 6 Euro + ermäßigter Garteneintritt 3 Euro
Ort: Botanischer Garten Berlin-Dahlem, Eingang Königin-Luise-Platz
Infos: www.bgbm.org

Fr. 6.2.

Festveranstaltung 25 Jahre GRÜNE LIGA
18 Uhr
Der Bundesverband der GRÜNEN LIGA lädt Mitglieder, Unterstützer_innen und Freund_innen ganz herzlich zum offiziellen Festakt mit Grußworten, Buffet, Musik und Spendentombola ein. Die Festrede hält Prof. Dr. Dr. Klaus Töpfer. Darüber hinaus gibt es Impulsreferate vom Ehrenvorsitzenden Klaus Schlüter und René Schuster (GRÜNE LIGA Umweltgruppe Cottbus).
Ort: Haus der Demokratie und Menschenrechte, Robert-Havemann-Saal, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin
Anmeldung bis zum 10.1.2015:
25jahre@grueneliga.de

Auswärts

Sa 6.12.

Natur-Erlebnis trifft Nikolaus!
10-13 Uhr
Unsere Naturschule begibt sich im Erpetal auf eine jahreszeitliche Entdeckungstour. Möglicherweise entdecken wir dabei den Nikolaus, der sicherlich noch kleine Überraschungen bereithält.
Ort: Naturschutzgebiet Erpetal, Waldesruh, 15366 Hoppegarten
Anmeldung erforderlich: Tel. 030/ 52549301 oder
veranstaltung@naturschule-berlin-brandenburg.de
Der genaue Treffpunkt wird bei Anmeldung bekannt gegeben.
Kostenfrei, Spenden willkommen!
Weitere Infos: www.naturschule-berlin-brandenburg.de/termine-plaene.html

Fr 26.12.

Weihnachtswanderung zu Lug ins Land und Froschmaul
14-16.30 Uhr
Die Wanderung führt uns durch den Cöthener Urwald über die Berge zu Froschmaul und Lug ins Land. An der Park-Hütte im Park Carl von Jena Rast mit Stollen, Kaffee und Glühwein. Rückweg zum Mon Choix.
Wanderleiter: Wolfgang Bülow / Organisation: Bernd Müller
Anmeldung bis 24.12.:
Tel. 03344/ 333200
Kosten: Erwachsene 2,20 Euro
Kinder 1,10 Euro
Treffpunkt: Waldgaststätte Mon Choix, Cöthener Weg 4, 16259 Falkenberg
Infos: www.berg-frei.de/veranstaltungen

Mi 31.12.

Silvesterwanderung auf den Semmelberg
13.30-15.30 Uhr
Die Exkursion führt uns Winterwald auf den Semmelberg, dem höchsten Berg Ostbrandenburgs mit 158 Metern.
Wanderleiterin: Corinna Gerber
Wir bitten um Anmeldung:
Tel. 03344/ 333200 oder
wandermueller@aol.com
Kosten: Erwachsene 2,20 Euro, Kinder 1,10 Euro
Treffpunkt: Forsthaus Bodenseichen an der B 158 bei 16259 Bad Freienwalde, Brandenburg
Infos: www.berg-frei.de/veranstaltungen

Sa 3.1.

Neujahrsspaziergang im Erpetal
10-13 Uhr
Mit unserer bewährten Mischung aus Natur-Beobachtung und Natur-Erlebnis-Spielen wird es ein toller Jahresbeginn, der uns lange in Erinnerung bleibt.
Ort: Naturschutzgebiet Erpetal, Waldesruh, 15366 Hoppegarten
Anmeldung erforderlich: Tel. 030/ 52549301 oder veranstaltung@naturschule-berlin-brandenburg.de
Der genaue Treffpunkt wird bei Anmeldung bekannt gegeben.
Kostenfrei, Spenden willkommen!
Infos: www.naturschule-berlin-brandenburg.de/termine-plaene.html

Ausstellungen

Bis 19.12.

Fotoausstellung: „Tiere im Winter“
Umweltbüro Pankow, Hansastraße 182 A, 13088 Berlin
Verkehrsverbindung: Tram M4, 27 und Bus 156, 259
Infos: Tel. 030/ 92091007 oder 030/ 92090480
umweltbuero@agrar-boerse-ev.de
www.umweltbuero-pankow.de/php/kalender.php

Bis 8.2.2015

Der Deutsche Wald: Fotografien von Sabine Wenzel
10-18 Uhr
Die Fotografin Sabine Wenzel zeigt den Wald, wie wir ihn noch nicht kennen.
Ort: Botanisches Museum, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin-Dahlem
Eintritt: Museum: 2,50 Euro, ermäßigt 1,50 Euro, Botanischer Garten + Museum: 6 Euro, ermäßigt 3 Euro
Infos: www.bgbm.org/de/event/der-deutsche-wald-fotografien-von-sabine-wenzel

Bis 22.2.2015

Pflanzenvielfalt zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer
10-18 Uhr
Lernen Sie die einzigartige Pflanzenvielfalt des Kaukasus kennen sowie die Forschungen zu diesem Thema mit Partnern in Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Erkunden Sie das „neue“ Kaukasusrevier im Garten und die Sonderausstellung im Museum.
Ort: Botanisches Museum, Galerie und Botanischer Garten, Königin-Luise-Str. 6-8, 14195 Berlin-Dahlem;
Eintritt: Botanischer Garten und Museum, 6 Euro, ermäßigt 3 Euro;
Infos: www.bgbm.org/de/node/1256

Bis 30.6.2015

natürlich BERLIN!
10-15 Uhr, Sa/So 13-16 Uhr
Fotografische Ausstellung über die Naturschätze der Metropole Berlin. Die Ausstellung präsentiert beeindruckende Fotos von ausgezeichneten Naturfotografen und lädt ein, den herausragenden Naturreichtum der Stadt zu entdecken.
Ort: Lokhalle im Natur-Park Schöneberger Südgelände, Prellerweg 47-49, 12157-Berlin-Schöneberg
Infos: www.gruen-berlin.de/parks-gaerten/natur-park-suedgelaende/ausstellungen-fuehrungen

Regelmäßig

Montags

VoKü und Treffen der Transition Town Initiative Friedrichshain-Kreuzberg
Mo 19.30 Uhr
Ort: Nachbarschaftstreff K19 Kreutzigerstr. 19, info@soned.de Tel. 2945401

Rettet den Regenwald Regionalgruppentreffen
1. Mo 19 Uhr
Haus d. Demokratie, Greifswalder Str. 4, Prenzlauer Berg
2. Aufgang, 2. Stock rechts Raum 1209

Dienstags

Attac Berlin Regiongruppentreffen
3. Di 19 Uhr
Haus d. Demokratie, Greifswalder Str. 4, Prenzlauer Berg
Tel. 6946101

Verkehrsrechtsberatung
Di 19-20 Uhr
ADFC, Brunnenstr. 28
Mitte; Tel. 4484724
nur Mitglieder

Grüne Radler Versammlung
1. Di 19 Uhr
Crellestr. 43, Baubüro, Schönebg.

Mittwochs

VCD Nordost Aktiventreffen
3. Mi 18.30 Uhr
VCD LV Nordost
www.vcd-nordost.de

BISS-Treffen
2. Mi 19 Uhr
Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS), Plesserstr. 4, Treptow
www.stop-A100.de

Anti Atom Berlin
1. Mi 20 Uhr
Warschauer Str. 23
Friedrichshain, Tel. 61201791
www.antiatomberlin.de

Donnerstags

Ökomarkt am Kollwitzplatz GRÜNE LIGA
12-19 Uhr
Kollwitz-/Wörther Str.
12-19 Uhr Ernährungsberatung, Pilzberatung, Tel. 443391-48

Samstags

Natur-Erlebnis-Tag
1. Sa
Der Verein Naturschule Berlin-Brandenburg e.V. lädt ein zu einen besonderen Mix aus Naturerleben, Erlebnis-Spielen, Naturbeobachtung und Möglichkeit zum Picknick mit Gedankenaustausch.
Infos: www.naturschule-berlin-brandenburg.de/termine-plaene.html

Sonntags

ZDF-planet e
sonntags
Infos: planet-e.zdf.de

Naturschutzjugend-Treff
letzter So, 15 Uhr
Naturerlebnisgarten, am S-Bhf. Bornholmer Str., Bösebrücke Wedding, Tel. 51067134

Öko-Märkte

Ökomarkt Domäne Dahlem Berlin - Dahlem Königin-Luise-Str. 49
Sa 8-13 Uhr
U 3 Dahlem Dorf
Info-Tel. 66630024
www.domaene-dahlem.de/landgut-museum/hofladenundoekomarkt.html

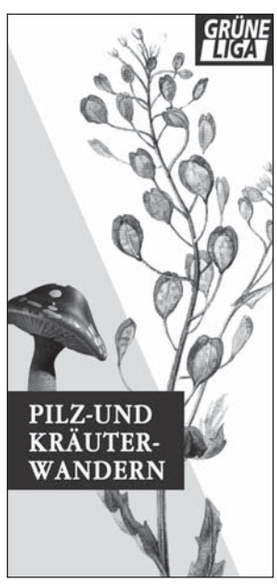
Ökomarkt Chamissoplatz Berlin - Kreuzberg
Sa 9 - 15 Uhr
U 6 Platz der Luftbrücke
U 6 & 7 Mehringdamm
Info-Tel. 8430043
www.oekomarkt-chamissoplatz.de

Ökomarkt am Nordbahnhof
Berlin-Mitte
Invalidenstraße/Elisabeth-Schwarzhaupt-Platz
Mi 11-18 Uhr
S-Nordbahnhof, S1, S2, S25
Tram-Nordbahnhof, M10, M8
Bus-Nordbahnhof, 245, 247
Info-Tel. 0170/ 4832058
oekomarkt-am-nordbahnhof@t-online.de
Facebook:
Ökomarkt am Nordbahnhof

Ökomarkt Zickenplatz Berlin - Kreuzberg (am Hohenstaufenplatz) Schönleinstr. / Ecke Dieffenbachstr.
Di 12-18
Sommer: bis 18.30 Uhr
Sa 9-15 Uhr
U 8 Schönleinstraße
Info-Tel. 0157/ 78937884

Ökomarkt am Kollwitzplatz Berlin-Prenzlauer Berg Kollwitzstr./ Ecke Wörther Str. GRÜNE LIGA
Do 12-19 Uhr
Jan-März bis 18 Uhr
U 2 Senefelder Platz
Kollwitz-/ Ecke Wörther Str.
Info-Tel. 44339148
www.grueneliga-berlin.de/?page_id=35

Ökomarkt im Hansaviertel Berlin-Tiergarten Altonaer Str./ Ecke Klopstockstr.
Fr 12-18.30 Uhr
U 9 Hansaplatz
Info-Tel. 0170/ 4832058
www.ökomarkt-im-hansaviertel.de



GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen
DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

Unkonventionelles und Hintergründiges aus der vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen
Kostenlos an vielen Berliner Auslageorten wie Bibliotheken, Bio-, Natur- und Umweltläden oder für jährlich 20 € per Abo ins Haus.
Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin

Kleinanzeigen

Private Kleinanzeigen kosten nicht die Welt, sondern 0,60 Euro pro Zeile (ca. 30 Zeichen), bitte Vorkasse (Briefmarken, bar). Für 0,50 Euro zusätzlich schicken wir ein Belegexemplar. Redaktionsadresse siehe Impressum.

Doppelhaushälfte, Backsteinarchitektur 1909, Ortsrandlage in MV, 20km westlich von Stralsund, 3 Zi, Kü, Bad plus Stallbereich, Ölheizung, Kachelöfen im Wohnbereich, Scheunenboden 230 qm, großer Garten. Ab Mitte 2014 sehr günstig zur Miete mit Kaufoption, ideal für Selbstversorger / Kunsthandwerker. Kontakt: Tel. 0177/ 5677389

Wurlsee/Lychen/Uckermark: Sehr schöne, modern eingerichtete Ferienwohnungen (2 bis 7 Betten, rollstuhlgeeignet) mit großzügigem Außengelände und Gemeinschaftsraum bieten Platz für Erholung, Spiel und Sport. Ideal für Familien.
Infos: www.ferienhauslychen.de oder Tel. 0160/ 96245696

Berliner Umland: Mehrgenerationen, Natur-/Tierschutz, Selbstversorgung, dafür zusammen auf Hofsuche gehen, w e r (veget./vegan) hat auch Lust darauf? Kontakt: naturtier@gmx.net

Zu verkaufen: 20 km von Berlin: Ökohaus in Ökosiedlung, Holz und Lehm, Wandstrahlungsheizung, Pellets, Pflanzenkläranlage, Kompost-toilette, 167 qm, viel Land, weiter, unverbaubarer Blick, Kosten: 300.000 Euro, Infos: oekohaus-hohenbruch.de

NACH DEM LESEN

WEITERREICHEN!

NATOUR
Reisen mit der GRÜNEN LIGA

Klassenfahrten
Kinder-und Jugendreisen zu allen Ferienterminen
Trainingslager
Seminarfahrten
Tel. 030-44 33 91-50/52
natour@grueneliga.de
www.grueneliga-berlin.de

GRÜNE LIGA Berlin e.V. GRÜNE LIGA Netzwerk Ökologischer Bewegungen

Landesgeschäftsstelle:
Prenzlauer Allee 8
10405 Berlin-Prenzlauer Berg
Tel. 030 / 44 33 91-0, Fax -33
berlin@grueneliga.de

Projekte (Durchwahl, E-Mail):
Umweltbibliothek: -30
DER RABE RALF: -47
raberalf@grueneliga.de
Ökomarkt/Ernährungsberatung: -48,-58
oekomarkt.kollwitzplatz@...
Presse/Öffentlichkeitsarbeit: -49
NATOUR Reisen: -50, Fax -53
natour@grueneliga.de
Lokale Agenda 21 Berlin: -65
berliner.agenda21@...
Beratung/Hofbegrünung: -49
hofberatung.berlin@...
Artenschutz an Gebäuden: -49
International: -70,
internationales@...

IMPRESSUM

DER RABE RALF
Die Berliner Umweltzeitung

GRÜNE LIGA Berlin e.V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg (Tram M2 Metzer Str.; U2 Senefelderpl.)
Tel.: (030) 44 33 91-47, -57, Fax -33
E-Mail: raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de

Herausgeber: GRÜNE LIGA Berlin e.V.
ISSN: 1438-8065
V.i.S.d.P.: Leif Miller
Redaktion: Jochen Mühlbauer, Jörg Parsiegla, Veit Ulrich, Elisabeth Westphal, Volker Voss
Satz/Layout: Evelin Bulling
Karikaturen: Freimut Woessner
Vertriebsleitung: Jochen Mühlbauer

Post-Bezug: siehe Abo-Coupon im Heft
Konto-Nr.: 3060502, BLZ: 10020500
IBAN: DE 38100205000003060502
BIC: BFSWDE33BER
Bank für Sozialwirtschaft
Adressenänderung bitte melden!

Erscheinen: zu Beginn gerader Monate
Redaktionsschluss: 5. des Vormonats, Anzeigen und Termine bis 15. des Vormonats

Anzeigenvertretung:
GRÜNE LIGA Berlin e. V.
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin,
Tel.: 030/443391-0, Fax: -33
raberalf@grueneliga.de
Grundpreis: 0,60 Euro je Spalte und mm (netto)
Kleinanzeigen: über die Redaktion, je 30 Zeichen 58 Cent, nur Vorkasse (Briefmarken, bar)

Auflage: 10.000
Druck: Union Druckerei, Berlin

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Die Redaktion behält sich das Bearbeiten von Beiträgen vor. Für unverlangt eingesandte Texte und Materialien keine Haftung. Beiträge bitte möglichst per E-Mail senden. Nachdruck nach Rücksprache gestattet und erwünscht, bitte Quelle angeben, Belegexemplar schicken.

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Herausgebers. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Herausgeber zurückzusenden.

Erfolg: Volksinitiative gegen Massentierhaltung

Aktionen des Aktionsbündnisses Agrarwende Berlin-Brandenburg

Bis zum 31.Oktober konnten noch Unterschriften für die Volksinitiative „Stoppt Massentierhaltung" gegen die industrielle Tierhaltung im Land Brandenburg eingereicht werden. Aktuell haben rund 34.000 Brandenburger_innen die im März gestartete Initiative unterzeichnet. Um vom Landtag angenommen zu werden hätten es eigentlich nur 25.000 Unterschriften sein müssen. Dieser große Erfolg setzt das Parlament hoffentlich noch mehr unter Druck, das Anliegen der Initiative verantwortungsvoll im Plenum zu besprechen.

Die "Volksinitiative Brandenburg stoppt Massentierhaltung" wird vom Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg getragen. Darüber hinaus wird sie von 42 Organisationen und Bürgerinitiativen aus den Bereichen des Tier- und Umweltschutzes sowie des ökologischen Landbaus, darunter auch von der GRÜNEN LIGA Berlin, unterstützt. Seit der Gründung im November 2013 wird an einer Agrarwende in der Region und für eine artgerechte, nachhaltige, regionale und ökologische Landwirtschaft gearbeitet.

Die Forderungen des Aktionsbündnisses zur Einschränkung der Tierindustrie lauten im Einzelnen wie folgt:
- Die Initiative fordert alle rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um die stetige Ausbeutung der Natur und der Tiere durch Massentierhaltungsanlagen in Brandenburg zu unterbinden
- Es soll ausschließlich die artgerechte Tierhaltung finanziell gefördert werden
- Das Abschneiden (sogenanntes „Kupieren") von Schwänzen und Schnäbeln soll auch in Ausnahmefällen verboten werden
- Der Schutz der Tiere im Land Brandenburg soll durch die Berufung eines/einer Landestierschutzbeauftragten gestärkt werden.
- Den Tierschutzverbänden soll ein Mitwirkungs- und Klagerecht zum Wohl der Tiere eingeräumt werden.

Weiterhin bemüht sich das Aktionsbündnis darum, auch auf Bundesebene Veränderungen in der Landwirtschaft durchzusetzen. Daher wird die brandenburgische Landesregierung dazu angehalten einen Gesetzesentwurf in den Bundesrat einzubringen, um weitere Forderungen umzusetzen:
- Die Verschärfung des Immissionsschutzrechts
- Erneuerung der Düngemittelverordnung
- Reduzierung des Einsatzes von Antibiotika in der Tierhaltung
- Selbstbestimmungs- und Mitspracherecht der Kommunen bei Genehmigungsverfahren von Anlagen der Massentierhaltung stärken

Am 20. November wurde die Volksinitiative mit einer Kundgebung vor dem Brandenburger Landtag in Potsdam beendet und die 34.000 gesammelten Unterschriften bei der Landtagspräsidentin Britta Stark eingereicht. Die gesamte Initiative wird von den Organisatoren als Erfolg bewertet, der zeigt wie groß der Rückhalt in der brandenburgischen Bevölkerung zum Thema Massentierhaltung ist.

Die Kampagne gegen Massentierhaltung und für eine andere Agrarpolitik geht weiter: **Am 17. Januar 2015 findet die fünfte „Wir haben es satt" Demonstration parallel zur Grünen Woche in Berlin am Potsdamer Platz statt. Das Ziel ist es, sich gegen Tierfabriken, Gentechnik und TTIP zu positionieren und deutlich zu machen, dass eine Agrarwende dringend nötig ist.**

Anne-Marie Stark

Weitere Informationen:
www.agrarwende.wordpress.com
www.wir-haben-es-satt.de

5. Wir haben es satt!-Demonstration

Stoppt Tierfabriken,
Gentechnik und TTIP!
Für die Agrarwende!

Samstag, 17.1.2015

12.00 Uhr:
Auftaktkundgebung,
Ort: Potsdamer Platz

12.30 Uhr:
Demo zum Kanzleramt

Verschwendungsfall „Sitzkiesel"

Bund der Steuerzahler rügt Geldverschwendung in Berlin-Moabit

Im 42. Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler und in zahlreichen Fernseh- und Presseberichte seit dem 7. Oktober (wie zum Beispiel RTL aktuell, rbb-Abendschau, STERN TV, Berliner Zeitung, Berliner Abendblatt und andere) wurde der Bau der 11 Sitzkiesel für rund 280.000 Euro im Kleinen Tiergarten/Ottopark zu den brisantesten Steuergeldverschwendungsfällen in Deutschland gerügt (siehe Schwarzbuch im Internet: www.schwarzbuch.de/print/26272).

Das Bezirksamt Berlin-Mitte denkt nicht daran die geforderten Konsequenzen zu ziehen und den Sitzkieselbau einzustellen. Die Parkumgestaltungsplanung werde auch für den Bauabschnitt sieben im Kleinen Tiergarten fortgesetzt, so der zuständige Bezirksstadtrat Carsten Spallek (CDU) auf eine entsprechenden Anfrage in der BVV Mitte am 16. Oktober. Im Bauabschnitt sechs werden gerade drei weitere Sitzkiesel betoniert und im Bauabschnitt sieben sind drei weitere geplant, so dass die zu recht gerügte Verschwendung von Steuergeldern noch auf etwa 430.000 Euro steigen wird.

Auch den Forderungen der Stadtteilvertretung AZ Turmstraße für eine Abspeckung und Modifizierung der Parkplanung wurde eine Absage erteilt. Die Zahl der zu fällenden Bäume wurde für den Bauabschnitt sieben von 61 auf 68 erhöht. Ein Baubeginn ist für das Frühjahr 2015 terminiert. Bürger_ineninteressen sind unerwünscht und werden ignoriert - trotz der neuerlichen schwerwiegenden öffentlichen Kritik!

Rudolf Blais

Neuer Moabitonline-Blog zur Verschwendung: www.moabitonline.de/21496#comment-31287

NDR-Video „Realer Irrsinn: Die Sitzkiesel von Moabit: www.youtube.com/watch?v=Ib1NHGvgQzo

Anzeige

Aus Platzgründen kann hier nur eine Auswahl von Umwelt-Adressen in Berlin und Umgebung veröffentlicht werden. Die grau unterlegten Adressen sind Mitglieder der GRÜNEN LIGA.

ADFC - Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club, Brunnen- 28, 10119 (Mitte) T 4484724, F 44340520 www.adfc-berlin.de

AG Kleinstlandwirtschaft und Gärten in Stadt und Land c/o FU Inst. für Soziologie www.urbanacker.net

Agenda-Agentur Berlin Runge- 22-24 10179 (Mitte) T 6128087-1/-2/-3, F -4 www.agenda-agentur.de

Aktionsgemeinschaft Gleisdreieck c/o Büro Rheinlaender, Crelle- 43, 10827 (Schöneberg) T 7883396, F 7811059 Matthias Bauer, T 2151135 www.gleisdreieck-blog.de

Aktion Tier - Menschen für Tiere e.V. Kaiserdamm 97, 14057(Charlottenburg), T 30103831, F -34

A-Laden Brunnen- 7, 10119 (Mitte) T 22805237, www.a-laden.org

Anti-Atom-Plenum Waldemar- 46 10999 (Kreuzberg) www.squat.net/aap-berlin

Anti Atom Berlin c/o Stadtteilladen Friedrichshain Warschauer- 23 10243 (Friedrichshain), T 61201791 www.antiatomberlin.de

Arbeitskreis Igelschutz Berliner- 79a 13467 (Hermsdorf) www.igelschutzberlin.de

Arbeitskreis Nordkaukasus c/o Vitali Kovaljov, NABU, Charitéstr. 3 10117 (Mitte), T 284984-0

Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V. Exerzier- 20, 13357 (Wedding), T 4927-473, F -972 www.umkehr.de

Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung e.V. Kopenhagener- 71 10437 (Prenzl. Berg), T 44013028 www.asfrab.de

Arge Autofrei Wohnen in Berlin c/o Markus Heller, T/F 2807940 www.autofrei-wohnen.de

Attac Gneisenau- 2a, 10969 (Kreuzberg) T 69517791, F 6926590 www.attacberlin.de

autofrei leben! e.V. Körtingstr. 63b 12107 (Tempelhof), T 23135674 www.autofrei.de

BANA mobil Projektbüro im Kotti e.V. Sibylle Trage, Adalbert- 95a 10999 (Kreuzberg), T 8514783 bana-mobil@web.de

Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche c/o DOSTO, Breitscheid- 43a 16321 Bernau, T/F 03338/5590 www.dosto.de/gengruppe

B.A.U.C.H. e.V. Verein für Umweltchemie, Wilsnacker- 15, 10559 (Moabit) T 394-4908, F -7379 bauch@alab-berlin.de

BauFachFrau e.V. *Ökolaube, Komposttoilettenausstellung* Lehder- 108 13086 (Weißensee), T 92092176 www.baufachfrau-berlin.de

Baumschutzgemeinschaft c/o A. Solmsdorf, Windscheid- 40 10627 (Charlottenb.), T 0170/2147676 kontakt@bmsgb.de

Berliner Entwicklungspolitischer Ratschlag Greifswalder- 4 10405 (Prenzl. Berg) T 4285-1587 www.ber-landesnetzwerk.de

BERLINER NETZWERK FÜR GRÜNZÜGE c/o Berliner Landesarbeitsgemeinschaft für Naturschutz e.V. (BLN) Potsdamer- 68, 10785 (Tiergarten) kontakt@gruenzuege-fuer-berlin.de www.grünzüge-für-berlin.de

Berlin 21 Greifswalder- 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 420823-63, Fax -80 www.berlin21.net

B.F.S.S. Büro für stadtteilnahe Sozialplanung GmbH Müller- 155 13353 (Wedding), T 4617771 www.bfss-berlin.de

BI Berliner Luft + Fahrgastbeirat Hohenschönhausen Ahrenshooper- 5 Zi. 1, 13051, T/F 9621033

BI FREIe HEIDe c/o Benedikt Schirge Dorf- 27, 16831 Zühlen, T/F 033931-2338, www.freie-heide.de

BI „Nein zum Kohlekraftwerk“ Alte Schmiede, Spitta- 40, 10317 (Lichtenberg), www.kraftwerksneubau.de

Biochemischer Verein Greifswalder - 4 10405 (Prenzl. Berg), T 2044599 www.biochemischerverein-berlin.de

BIP - Biomasse in Pankow Gundolf Plischke, Duncker- 46, 10439 (Prenzl. Berg), T 747682-36, F -37 www.biomasse-in-pankow.de

BI Rettet die Marienfelder Feldmark M. Delor, Marienfelder- 85, 12309 bimfeldmark@aol.com

Bürgerberatung Energie und Umwelt, Berliner Energietelefon 3016090 Gesellschaft für Lärmbekämpfung e.V. Sauerbruch-23, 14109 (Zehlendorf) T-3016090, F 80602497, kostenloses Auskunftstelefon Di, Do 10-14 Uhr

Bürgerinitiative (BISS) Plesser- 3 12435 (Treptow), Bürgertel: 70121004 (AB) www.stop-A100.de

BI Westtangente (BIW) Crelle- 43 10827 (Schöneberg), T 7883396 F 7811059, www.bi-westtangente.de

B-Laden Lehrter - 27-30 10557 (Moabit), T/F 3975238

BLN - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz Potsdamer- 68 10785 (Tiergarten), T 2655-0864 -0865, F -1263, www.bln-berlin.de

BLUE 21 - Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung c/o FDCL, Gneisenau- 2a 10961 (Kreuzberg), T 6946101 F 6926590, www.blue21.de

Botanischer Verein Königin-Luise- 6 14195 (Dahlem), T 7748437, www.botanischer-verein-brandenburg.de

Britzer Umweltforum Fulhamer Allee 53, 12359, T 6079338

BUND Crelle- 35, 10827 (Schöneberg) T 787900-0, F -18 www.bund-berlin.de

BUNDjugend *LandesGSt* Erich-Weinert- 82, 10439 (Prenzl. Berg) T 392-8280, F -7997 *BundesGst* Am Köllnischen Park 1 10179 (Mitte), T 275865-0, F -55 www.berlin.bundjugend.de

Bundesumweltministerium Stresemann- 128-130, 10117 (Mitte) T 18305-0 F -4375, www.bmu.de

Bündnis 90/Die Grünen *Landesverb., Bereich Umwelt* Kommandanten- 80 10117 (Mitte), T 615005-0, F -99, *Grüne Jugend* -43, www.gruene-berlin.de *Abgeordnetenhaus* Niederkirchner- 5 10111 (Mitte), T 232524-00, F -09 *Umwelt* -06/-62, *Verkehr -12 Bundestag, Bereich Umwelt*, Luisen- 32-34, 10117 (Mitte), T 2275-8939 F -6911, ak2@gruenefraktion.de

Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) *gegen Flughafen Schönefeld* Wilhelm-Grunewald- 48-50, 15827 Blankenfelde, www.bvbb-ev.de

Cöllnische Heide e.V. c/o Dr. Erxleben Steinbach- 11, 12489 (Adlershof) T 67198381

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) c/o BamM (Buchladen Schwarze Risse) Gneisenau- 2a 10961 (Kreuzberg), www.dfg-vk.de

Deutsche Umwelthilfe (DUH) Hackescher Markt 4, 10178 (Mitte) T 2400867-0, F -19, www.duh.de

Deutscher Bahnkundenverband (DBV) Kurfürstendamm 11, 10719 (Charlottenburg), 634970-76, F -99 www.bahnkunden.de

Deutscher Naturschutzring (DNR) Marien-19/20, 10117 (Mitte) T 6781775-70, F -80, www.dnr.de

Diözesanrat der Katholiken, Sachausschuss Eine Welt und Bewahrung der Schöpfung, Niederwall- 8/9 10117 (Mitte), T 32684-206, F -203 www.dioezesanrat-berlin.de

ecovillage e.V. c/o H.-R. Brinkmann Glogauer Weg 38, 49088 Osnabrück T/F 0541/445941, www.ecovillage.de

European Network for Mobility and Local Agenda 21, Benda-15 12051(Neukölln) info@mobilocal21.org

Fachverband Biogas c/o Roland Schnell, Graefe- 14, 10967 (Kreuzbg.) T 707198-60, F -62, www.graskraft.de roland@graskraft.de

FIAN - Food First Information and Action Network Ute Stephani, T 51635868 www.fian-berlin.de

Förderverein Naturpark Südgelände c/o Hans Göhler, Sophie-Charlotten- 59, 14057 (Charlottenb.), T 3217731

Förderverein Landschaftspark Nordost Dorf- 4a (Dorfkate Falkenberg) 13057, T/F 9244003 www.dorfkate-falkenberg-berlin.de

Forum Umwelt Entwicklung Marien-19-20, 10117 (Mitte) T 6781775- 89, -74 info@forumue.de, www.forumue.de

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e.V. (FÖS), Schweden- 15a 13357 (Wedding), T 7623991-30 F -59, foes@foes.de, www.foes.de

FUSS e.V. - Fußgängerschutzverein, Exerzier- 20, 13357 (Wedding) T 4927-473, F -972, www.fuss-ev.de

Future-on-Wings e.V. c/o Afrikahaus Bochumer - 25, 10555 (Moabit) T 3928567, www.future-on-wings.net

Gen-ethisches Netzwerk (GeN) Brunnen- 4, 10119 (Mitte) T 6857073, F 6841183 www.gen-ethisches-netzwerk.de

Germanwatch Schiffbauerdamm 15 10117 (Mitte), T 288835-60, F -61 www.germanwatch.org

Gesellschaft für Ausbildung, innovativen Landbau und Arbeit - GAIA e.V., Plauener- 160, 13053 (Hohenschönhausen), T 981992-0, F -37 www.gaia.de

Gesellschaft Naturforschender Freunde c/o Inst. f. Zoologie der FU Königin-Luise- 1-3, 14195 (Dahlem) T 8383917, F -16

Gesundheitsladen Veteranen- 21 10119 (im ACUD), T 6932090 www.gesundheitsladen-berlin.de

BAOBAB Infoladen Eine Welt e.V. 10405 (Prenzl. Berg), Greifswalder Str. 4, T 4426174, F 44359066 gwrbln@mailandnews.com

Greenhouse Infopool Duncker- 14 10437 (Prenzl. Berg) www.jpberlin.de/greenhouse

Greenpeace Chaussee- 131 10115 (Mitte), T 283915-50, F -51 www.greenpeace-berlin.de

GRÜNE LIGA e.V. *BundesGSt., Red. ALLIGATOR* Greifswalder- 4, 10405 (Prenzl. Berg), T 2044-745, F - 468 www.grueneliga.de

BKst Wasser, Michael Bender T 40393530, wasser@grueneliga.de

GRÜNE LIGA Berlin e.V. *LandesGSt.* Prenzlauer Allee 8, 10405 (Prenzl. Berg), T 443391-0 www.grueneliga-berlin.de

Grüne Radler Crelle- 43, 10827 (Schöneberg), Claudia Kristine Schmidt T 81887615, Dieter Hertwig, T 6236833, www.gruene-radler-berlin.de

Grünes Haus für Hellersdorf Boizenburger- 52-54, 12619 (Hellersdorf), T 56298081, F 56499950 www.gruenes-haus-hellersdorf.de

Habitat-Informationsbüro Greifswalder- 33 A, 10405 (Prenzl. Berg) T 428515-85, F -86 habitat-infobuero@berlinet.de

Haus der Natur Potsdam Linden- 34 14467 Potsdam, T 0331/20155-25 F-27, www.hausdernatur-brandenburg.de
Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) T -15, F -16
Arbeitskreis Naturschutzgeschichte T -25, F -27
ARGUS *Umweltbiblioth.*, T -11, F -12
Förderverein für Öffentlichkeitsarbeit im Natur- und Umweltschutz (FÖN) T -35, F -36
GRÜNE LIGA Brandenburg T -20 F -22
Landesbüro anerkannter Naturschutzverbände T -50, F -55
NaturFreunde Brandenburg T -40 F -44
Naturschutzbund NABU *LV Brandenburg* T -70, F -77
Naturschutzjugend *LV Brandenburg* T -75, F -78
VCD - Verkehrsclub Deutschland *LV Brandenburg T -60, F -66*
HOLON e.V. *Fr*iedrich-Engels- 26 15711 (Königs Wusterhausen) T/F 03375/294636

HU-RefRat *Referat Ökologie und Umwelt*, Unter den Linden 6, 10099 (Mitte), T 2093-2603, -2614, -1749 F -2396, www.refrat.hu-berlin.de/oeko

IUGR e.V. *Studienarchiv Umweltgeschichte*, Brodaer - 2, 17033 (Neubrandenburg), T 0395/5693-8201, -4500 F -74500, www.iugr.net, www.naturschutzgeschichte-ost.de

IGEB e.V. Fahrgastverband S-Bhf. Lichtenberg, Weitling- 22 10317 (Lichtenberg), T 787055-11 F -10, www.igeb.org

IG Saubere Energie Berlin, Haupt- 72 10317 (Lichtenberg) kontakt@ig-biomasse.de www.ig-biomasse.de

IG Wuhletal c/o Angele Schonert, Sewan- 181, 10319 (Friedrichsfelde) T 5122816

Infrastrukturelles Netzwerk Umweltschutz (INU) Dorf- 36, 13057 (Falkenberg), T 934427-10, F -29 www.inu-ggmbh.de

Initiative gegen die Verletzung ökologischer Kinderrechte Wundt- 40 14057 (Charlottenburg), T 3257443

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) Potsdamer- 105 10785 (Tiergarten), T 884594-0 F 8825439, www.ioew.de

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (IZT) Schopenhauer- 26, 14129 (Nikolassee) T 803088-43, F -88, www.izt.de

GIZ *Landesbüro Berlin/Brandenburg* Köthener- 2, 10963 (Kreuzberg) T 40819022-3, F -423, www.giz.de

IPPNW *Ärzte gegen Atom* Körte- 10 10967 (Kreuzberg), T 6980740 F -8166, www.ippnw.de

Jugendfarm Moritzhof Schwedter- 90 10437 (Prenzl. Berg) T 44024220 F -22, www.jugendfarm-moritzhof.de

Jugendnaturschutzakademie Brückentin, 17237 Dabelow, T/F 039825/20281, www.brueckentin.de

KATE Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung Greifswalder- 4 10405 (Prenzl. Berg), T 440531-10 F -09, www.kate-berlin.de

Bauwerkarchitekt Lutz Dimter Naturbahnhof Prenzlau Brüssower Allee 90, 17291 Prenzlau T 03984-834679-14, lutz.dimter@naturbahnhof-prenzlau.de

Kinderbauernhof „Pinke Panke“ Am Bürgerpark 15-18 13156 (Pankow), T 47552593 www.kinderbauernhof-pinke-panke.de

KMGNE *Kolleg für Managment u. Gestaltung nachhaltiger Entwicklung* Reichenberger- 150, 10999 (Kreuzberg), T 293679-40, F -49 www.kmgne.de

Kunst-Stoffe-Berlin Berliner- 17, 13189 Berlin T 0049(0)30-34089840

Linkspartei Kl. Alexander- 28 10178 (Mitte) *Ökologische Plattform* T 24009542, F 2411046 www.oekologische-plattform.de *Abgeordnetenhaus, AG Umwelt* c/o Marion Platta MdA, Niederkirchner- 5 10111 (Mitte), T 232525-50, F -39 platta@linksfraktion-berlin.de

Lokale Agenda 21 *siehe Berlin 21 und GRÜNE LIGA Berlin* www.agenda21berlin.de

LÖPA - Linksökologische pazifistische Anarchisten c/o M99 Manteuffel- 99, 10999 (Kreuzberg) www.geocities.com/theloepa

Messzelle e.V. *(Umweltanalytik)* Müller-Breslau- 10, 10623 (Charlottenburg) T 3142-5806, F -6863 www.tu-berlin.de/~messev

Moabiter Ratschlag e.V. Rostocker- 32 10553, T 390812-0, F -29 www.moabiter-ratschlag.de

NaturFreunde Deutschlands e.V. Warschauer- 58a, 10243 (Friedrichshain) T 29773260, F-80 www.naturfreunde.de info@naturfreunde.de

Naturfreundejugend Berlin e.V. Gryphius- 23, 10245 (Friedrichshain) T 325327-70 F-71 www.naturfreundejugend-berlin.de info@naturfreundejugend-berlin.de

Naturschutz- und Grünflächenämter *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*

NABU Wollank- 4, 13187 (Pankow) T 986-08370, F -7051 www.berlin.nabu.de *Bezirksgr. Pankow* T -083728 *Freilandlabor Flughafensee* 4325155

Naturschutzstation Malchow/ Förderverein Dorf- 35, 13051 T 927998-30 F -31 www.naturschutzstation-malchow.de

Naturschutzzentrum Schleipfuhl Hermsdorfer- 11a 12627 (Hellersdorf), T 9989184

NETZ für Selbstverwaltung PF 620553, 10795, T/F 2169105 www.netz-bb.de

Netzwerk SPIEL/KULTUR Kollwitz- 35 10405 (Prenzl. Berg), T 44356851 www.netzwerkspielkultur.de

Nichtraucherbund Greifswalder- 4 10405 (Prenzl. Berg), T 2044583 www.nichtraucher-berlin.de

Ökologisch-Demokratische Partei ödp Erich-Weinert- 134, 10409 (Prenzl. Berg), T 49854050 www.oedp.de

oekogekko Zentrum für Oekologie Gesundheit Kunst und Kommunikation 14552 (Wilhelmshorst), T 033205-210482, info@oekogekko.com www.oekogekko.com

ÖkoLeA Hohensteiner Weg 3, 15377 Oberbarnim, OT Klosterdorf, T 03341-3593930, F -50, www.oekolea.de

Ökowerk Naturschutzzentrum Teufelsseechaussee 22-24, 14193 (Grunewald), T 300005-0, F -15 www.oekowerk.de

Pankgräfin e.V./Wagendorf Karow Pankgrafen- 12d, 13125 (Buchholz) T 475996-24, F -25 www.pankgraefin.de

Permakultur-Akademie Kreutziger- 19, 10247 (Friedrichshain), T 89208488 www.permakultur-akademie.net

per pedes e.V., c/o Heiko Balsmeyer Wilhelm-Kuhr- 82 (Pankow) T 57707707 buero@perpedes-ev.de

PINiE e.V. Pankow c/o NABU Wollank- 4, 13187 (Pankow) F 9867051, www.pinie-solar.de

pro agora - Gesellschaft für nachhaltige Stadtkultur Mühlen- 62-65 13187 (Pankow), T/F 4257731 www.proagora.de

Robin Wood T 20687813 berlin@robinwood.de www.robinwood.de

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Clayallee 226a, 14195 (Dahlem) T 8329-137, F -236

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (SenStadt) Am Köllnischen Park 3, 10179 (Mitte), T 9025-0, F -1073 *Umwelt*-Tel. 9025-1111 www.stadtentwicklung.berlin.de

Solarverein Berlin e.V. Paulsen- 55/56 12163 (Steglitz), T 82097-236, F -366 www.solarverein-berlin.de

Stiftung Naturschutz Berlin Potsdamer- 68, 10785 (Tiergarten) T 26394140, F 2615277 www.stiftung-naturschutz.de

Tauschring Friedrichshain Boxhagener - 89, 10245, T 44359575 www.tauschringe-berlin.de

Tierschutzverein - Tierheim Berlin Hausvaterweg 39, 13057 (Falkenberg), T 76888-0 www.tierschutz-berlin.de

Tierversuchsgegner Dahlmann- 16 10629 (Wilmersdorf), T 3418043 info@tierversuchsgegner-berlin-brandenburg.de

TU-Energieseminar March- 18, 10587 (Charlottenb.), T 314-25280, F -73379 www.tu-berlin.de/fb6/energieseminar

TU-Kooperations- und Beratungsstelle für Umweltfragen - kubus Franklin- 28-29, 7. OG, TUB Sekr. FR 7-1 10587 (Charlottenburg), T 314-24378 F -24276, www.tu-berlin.de/zek/kubus

Dr. Turgut Altug, Leiter des Umweltzentrums, Prinzen- 23, 10969(Kreuzberg), T 69535293, F 56935889 Träger des Umweltzentrums: Türkisch-Deutsches Zentrum e.V.

Ufa-Fabrik/id22 Victoria- 10-18 12105 (Tempelhof), T 75503-0 F -110, www.ufafabrik.de

UMKEHR e.V. *siehe ArbeitskreisVerkehr*

Umsonstladen Brunnen- 183, 10119 (Mitte), www.umsonstladen.info

UfU - Unabhängiges Institut für Umweltfragen Greifswalder- 4 10405 (Prenzl. Berg), T 428499332 F 42800485, www.ufu.de

Umwelt und Bildung e.V. Storkower- 36, 15537 Gosen T/F 03362/8432, www.umbi.de

Umweltämter der Bezirke *siehe Gelbe Seiten: Berlin-Service (vorn) oder Telefonbuch: „Landesregierung - Bezirksämter“ (grau) oder www.berlin.de/verwaltungsfuehrer*

Umweltbeauftragter der Ev. Kirche Pfr. Reinhard Dalchow, Pufendorf- 11 10249 (Friedrichshain), T 526802128 F -29, rdalchow@t-online.de

Umweltberatungsstelle Berlin e.V. Nikolsburger Pl. 6, 10717 (Wilmersdorf) T 8618778, F 8621885

Umweltbüro Berlin Pankow Hansa- 182A, 13088 (Weißensee) T 92091007 oder 92090480 F 92093007, umweltbuero@agrar-boerse-ev.de

Umweltforum Berlin Auferstehungskirche Pufendorf- 11, 10249 (Friedrichshain), T 5268021-0, F -10 www.besondere-orte.de

Umweltforum Karlshorst c/o Warnheim, Heiligenberger - 12, 10318 (Karlshorst) T 5083266

UmweltKontaktstelle Lichtenberg am Interkulturellen Garten, Liebenwalder Str. 12-18, 13055 (Lichtenberg) T 818590-98, F -97, umwelt@sozdia.de, www.umwelt.sozdia.de

Umweltladen Lichtenberg Markt- 7 10317, T 55669587

Umweltladen Mitte Karl-Marx-Allee 31, 10178 (Mitte) T 901822081-22082 F 9019- 48822081 www.berlin.de/ba-mitte/org umweltamt.uwl@ba-mitte.verwalt-berlin.de

Urgewald e.V. Marien- 19/20 10117 (Mitte), T 28482271 www.urgewald.de

VCD - Verkehrsclub Deutschland *LandesGSt* Yorck- 48 ,10965 (Schöneberg), T 4463-664 F -703 www.vcd-nordost.de *BundesGSt* Rudi-Dutschke- 9 10969 (Kreuzberg), T 280351-0 www.vcd.org

VEBU (Vegetarierbund Deutschland) BundesGSt Genthiner - 48 10785 (Schöneberg) T 29028253-0, www.vebu.de Regionalgruppe Ingo Seubert T 34389159, www.berlin.vebu.de

Verbraucher Initiative Elsen- 106 12435 (Treptow), T 536073-3, F -45 www.verbraucher.org

Verbraucherzentrale Berlin Hardenbergplatz 2, 10623 (Charlottenb.) T 214850, F 2117201 www.vz-berlin.de

Volksbund Naturschutz Königin-Luise- 6-8, 14195 (Zehlend), T 84107131 F 83229321, www.vbnev.de

WEED *Weltwirtschaft, Ökologie Entwicklung* Eldenaer- 60 10247 (Friedrichshain), T 275-82163 F -96928, www.weed-online.org

Wurzelwerk e.V. *Food-Coop* Oder- 10 10247 (Friedrichshain), T/F 2941216

WWF Reinhardt- 14, 10117 (Mitte) T 308742-0

Fehler gefunden?
Bitte melden!
Tel. 44 33 91-47,-0
Fax -33
raberalf@grueneliga.de

Das Kind von MORGEN

von Nikola Schmidt

Wo wart ihr
Frage ich den Vater
Und Mutter auch
Als ich euch brauchte

Wart immer für mich da
Doch als ich noch nicht da war
Wo wart ihr da?

Ihr wart hier, ihr wart dort
Hattet immer viel zu tun
Niemals Zeit euch auszuruhn
Arbeit, Einkauf, Fernsehen, Sport

Notebook, Netbook, E-Book, Facebook
Zeitplan, Fahrplan, Lernplan, Putzplan
Haustier, Haushalt, Einhalt! - Kein Halt

Antrag, Auftrag, Vortrag, bevors grad
Weitergeht, Termin, Termin,
Vorher noch schnell umziehn

Werbung, Bewerbung – der Beste sein
Versicherung, Absicherung – der Klügste sein

Einkommen, Auskommen, Weiterkommen, Klarkommen
Kein Entkommen vom Verkommen
Kein Entkommen vom Konsum

Danke, dass ihr perfekte Lebensläufe hattet und sichere Jobs bekommen habt
Damit ich mir keine Sorgen machen muss
Wie ich meine Ausbildung und meinen Arztbesuch finanziere
Sondern lediglich
Wie ich an frische Luft und sauberes Wasser kommen kann

Danke, dass ihr euer Geld klug angelegt habt
Damit ich jetzt aus dem Fenster eurer Eigentumswohnung
Den Eigentums- und Wohnungslosen beim Hausen zusehen kann

Danke, dass ihr in zwanzig verschiedenen Ländern Urlaub gemacht habt
Und mir nun Bilder zeigen könnt
Damit ich sehen kann
Wie schön es gewesen sein muss

In Spanien, bevor ihr zu jeder Jahreszeit
Gemüse aus zweitausend Kilometer entfernten Gewächshäusern gekauft habt

Auf Bali, bevor euer Um-die-Wette-Gejette das Klima ruinierte
Und die Insel unter dem hohen Meeresspiegel versank

Am Mittelmeer, bevor es voller Leichen war, weil ihr zugelassen habt
Dass eure Regierung die Konsequenzen ihrer Exportpolitik mit Grenzschützern bekämpft

In Japan, bevor die Fische und Seevögel an eurem
Über alle Meere verteilten Plastikmüll erstickt sind

Am Amazonas, bevor auch der letzte Hektar Regenwald gerodet wurde
Um Futtermittel anzubauen, damit euer gnadenloser Fleischhunger befriedigt werden konnte

Danke, dass ihr gelebt, gearbeitet und gekämpft habt
Für Dinge, die euch wichtig waren
Wo wart ihr
Frag ich meinen Vater
Und Mutter auch

Wart immer für mich da
Doch damals, als ich noch nicht da war, Da hätte ich euch gebraucht.

Anzeigen